



universität  
wien

# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Das Stockholm-Syndrom der SPÖ-Linken“

verfasst von / submitted by

Mag.a. Sonja Grusch

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 688

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Betreut von / Supervisor:

a.o.Univ. Prof. Dr. Reinhard Sieder

# Das Stockholm-Syndrom der SPÖ-Linken<sup>1</sup>

„...dass die Treue zum Sozialismus wichtiger ist als eine falsch verstandene Parteidisziplin.“

Erwin Scharf, 1948

---

<sup>1</sup> „Unter dem Stockholm-Syndrom versteht man ein psychologisches Phänomen, bei dem Opfer von Geiselnahmen ein positives emotionales Verhältnis zu ihren Entführern aufbauen. Dies kann dazu führen, dass das Opfer mit den Tätern sympathisiert und mit ihnen kooperiert.“ Zitiert nach Wikipedia (28.2.2016)

## **Inhalt:**

|                                                                                  |          |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 1. Einleitung                                                                    | Seite 5  |
| 2. 1945: Die Wiedergründung der SPÖ als taktischer Kompromiss                    | Seite 8  |
| 2.1. Die Rechten haben einen Startvorteil                                        | Seite 8  |
| 2.2. Abgrenzung nach links – offen nach rechts                                   | Seite 14 |
| 2.3. Parteitag 1947: Die Resolution der 44                                       | Seite 16 |
| 2.4. Es wird scharf geschossen: Gegen Erwin Scharf und die Parteilinke           | Seite 18 |
| 2.5. Die Ikone der Linken: Josef Hindels – und seine durchaus zweifelhafte Rolle | Seite 20 |
| 2.6. Rückzug der Linken                                                          | Seite 22 |
| 2.7. Zerfall der Linken in Folge der Schläge                                     | Seite 25 |
| 2.8. Warum diese Wucht gegen die Parteilinke?                                    | Seite 26 |
| 2.9. Objektiv unmöglich?                                                         | Seite 28 |
| 3. Von der ArbeiterInnenpartei zur (mehr oder weniger sozialen) Volkspartei      | Seite 29 |
| 3.1. Die wesentlichen Strukturen der Parteilinken                                | Seite 32 |
| 3.1.1. Sozialistische Jugend – SJ                                                | Seite 32 |
| 3.1.2. Verband Sozialistischer Mittelschüler – VSM                               | Seite 37 |
| 3.1.3. Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs – VSStÖ                  | Seite 41 |
| 3.1.4. Linke in den Gewerkschaften bzw. in der FSG                               | Seite 45 |
| 3.2. Thematische Schwerpunkte linker Polarisierung                               | Seite 50 |
| 3.2.1. Die Programmdebatte 1958                                                  | Seite 50 |
| 3.2.2. Militarismus und Bundesheer                                               | Seite 51 |
| 3.2.3. Antifaschismus                                                            | Seite 53 |
| 3.2.4. Internationale Entwicklungen und Solidaritätsarbeit                       | Seite 55 |
| 3.2.5. Neue Linke                                                                | Seite 55 |
| 3.2.5.1. Die „Frauenfrage“                                                       | Seite 56 |
| 3.2.5.2. Ökologie                                                                | Seite 57 |
| 3.3. Die Linke in der von 68 beeinflussten SPÖ                                   | Seite 58 |
| 3.3.1. Kreisky: Höhepunkt und Wendepunkt                                         | Seite 60 |
| 3.3.2. Ein Stück des Weges auch mit der radikalen Linken                         | Seite 61 |
| 3.3.3. Die Programmdebatte 1978                                                  | Seite 65 |

|          |                                                                               |           |
|----------|-------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 3.3.4.   | Den Linken eine Tribüne geben – keine Organisation                            | Seite 68  |
| 3.3.5.   | „Denselben Cap begeht man nur einmal“                                         | Seite 69  |
| 4.       | Neue linke Versuche in einer immer verbürgerlichteren SPÖ                     | Seite 71  |
| 4.1.     | Die Rahmenbedingungen verändern sich. Wie reagiert die Linke?                 | Seite 72  |
| 4.2.     | Ein großer Teil der Linken bleibt trotz Rechtsentwicklung in der SPÖ          | Seite 75  |
| 4.2.1.   | Initiative(n) für Sozialistische Politik – ISP                                | Seite 76  |
| 4.2.2.   | Hot Spot SJ                                                                   | Seite 77  |
| 4.2.2.1. | Stamokap Strömung                                                             | Seite 79  |
| 4.2.2.2. | Vorwärts Strömung                                                             | Seite 82  |
| 4.2.2.3. | Funke Strömung                                                                | Seite 85  |
| 4.2.3.   | Sektion 8                                                                     | Seite 88  |
| 4.3.     | Aufflackern hie und da                                                        | Seite 89  |
| 5.       | Eine frustrierende Bilanz von über 70 Jahren Widerstand von Linken in der SPÖ | Seite 92  |
| 6.       | Anhänge                                                                       | Seite 101 |
| 6.1.     | Die Resolution der 44                                                         | Seite 101 |
| 6.2.     | Die Eisenstädter Erklärung                                                    | Seite 103 |
| 7.       | Literatur                                                                     | Seite 105 |
| 8.       | Abstract (English)                                                            | Seite 113 |
| 9.       | Abstract (Deutsch)                                                            | Seite 114 |

## 1. Einleitung:

Die SPÖ gehört zu den am meisten untersuchten politischen Organisationen in Österreich. Das spiegelt ihren enormen Einfluss wider - aber vor allem auch die großen Veränderungen, die diese Partei durchlaufen hat. Vom Schmuttelkind wurde sie zur Staatspartei. Sie agierte in der Illegalität, ihre Mitglieder wurden verfolgt, doch sie wurde auch selbst zur Verfolgerin von Oppositionellen in Partei und Staat. Sie begann als Arbeiterpartei und wurde zu einer Organisation, in der MillionärInnen das Wort führen, Adelige hofiert werden und vor der sich „die KapitalistInnen“ schon längst nicht mehr fürchten. Die Sozialdemokratie durchläuft seit spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts einen Prozess der Verbürgerlichung, der im letzten Viertel dieses Jahrhunderts zu einer qualitativen Veränderung der SPÖ geführt hat.

Auch wenn die SPÖ noch heute der „linken Reichshälfte“ zugeordnet wird, hat sie sich von ihren Wurzeln und Inhalten inzwischen weit entfernt. Doch dieser Prozess verlief nicht linear. Er stieß auf Widerstände in den eigenen Reihen. Immer wieder gab es Versuche „der Linken“ in der Sozialdemokratie, Einfluss auf den Kurs der Partei zu nehmen. Und es gab Versuche von Linken von außerhalb der SPÖ, in dieser zu arbeiten; auch, aber nicht nur, um den Kurs mitzubestimmen. Die vorliegende Arbeit untersucht die Rolle, die Entwicklung und den Einfluss der Linken in der österreichischen Sozialdemokratie zwischen 1945 und 2015. Anhand von drei Perioden – die Jahre der Nachkriegsentwicklung, die Konsolidierung zur Staatspartei und die endgültige Verbürgerlichung der SPÖ – sollen verschiedene linke Projekte in der Sozialdemokratie (also der SPÖ bzw. den ihr angehörenden und nahestehenden Strukturen) untersucht werden. Die Vorgehensweise ist durch die fehlende Kontinuität von Linken in den einzelnen Strukturen schwierig: eine chronologische Abarbeitung macht Sprünge zwischen den verschiedenen Organisationsstrukturen notwendig. Auch eine thematische Gliederung scheitert am Wechsel der im Zentrum der Auseinandersetzung stehenden Inhalte. Diese sind von Linken teilweise selbst gewählt, im Wesentlichen aber ein Reagieren auf politische Ereignisse bzw. der Positionierung der Gesamtpartei zu diesen. Gewisse Themen (wie z.B. Fragen von Auf- bzw. Abrüstung) kommen immer wieder. Manche sind für eine Periode ein Polarisationspunkt, später aber nicht mehr (Zwentendorf, Hainburg bzw. die Umweltfrage an sich). Es wird letztlich eine chronologische Betrachtung gewählt, wobei in den einzelnen Perioden Organisationen, Themen und Methoden mit dem Ziel herausgearbeitet werden, grundlegende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Näher betrachtet wird ob, wo und wie die Linken sich organisiert bzw. formiert haben, wie sie wahrgenommen und welche Themenbereiche und Arbeitsschwerpunkte gesetzt wurden.

Viele Linke<sup>2</sup> argumentieren, dass die objektive Situation für die Linke nachteilig war und sie daher nichts ausrichten konnte. Ich kann mich anschließen dabei, die objektive Lage als Ausgangssituation zur Erklärung zu nehmen. Dennoch muss untersucht werden, ob es darüber hinaus subjektive Gründe für die Schwäche der Linken gab. Auch soll der reale Einfluss der Linken in der Sozialdemokratie sowie deren Relevanz in verschiedenen Perioden betrachtet werden.

Ein Grund für diese Arbeit ist meine eigene politische Geschichte. Ich war in den 1980er und 90er Jahren Teil der Vorwärts Strömung. Doch viel wichtiger wiegen die vielen Debatten mit Linken in der SPÖ. Seit fast 30 Jahren kenne ich das Argument von der Notwendigkeit der Arbeit in Sozialdemokratie, um „die Partei“ wieder zurück zu gewinnen. Tatsächlich ist der Kampf sogar noch älter. Die Frage, die sich für mich als politischen Menschen stellt, ist jene nach Sinn und Erfolgsaussichten dieser Strategie. Jedes politische Projekt muss bilanziert werden.

Der vorliegenden Arbeit liegen Thesen zu Grunde, die es im Folgenden zu untersuchen gilt: Die Linke hat in der Sozialdemokratie nach 1945 nie einen für den Gesamtkurs der Partei relevanten bzw. für die Parteiführung gefährlichen Einfluss gewonnen. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe:

- In Österreich ist es der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen gelungen, sich als einzige relevante Kraft auf der Linken zu etablieren und zu behaupten. Ziel war „die Einheit der Arbeiterklasse in der Sozialistischen Partei Österreichs zu verwirklichen“<sup>3</sup>. Es gibt einen starken Alleinvertretungsgedanken, der unter großen Teilen der Linken quasi als Dogma existiert und die Linke damit „auf Gedeih und Verderb“ an die Sozialdemokratie bindet.<sup>4</sup> Damit kam der Linken aber auch das Druckmittel der Abspaltung abhanden, was sie schwächte.
- Es gab zwar immer Linke in der Partei, aber kaum eine organisierte Linke, die auch bereit war, die Machtfrage zu stellen und sich über das Fraktionsverbot hinweg zu setzen.
- Die Linken in der Sozialdemokratie konzentrierten ihre Arbeit auf jene Strukturen, die für die Politik der SPÖ letztlich nicht ausschlaggebend waren: die Jugend (die stets das Privileg hat, „frecher“ zu sein, aber real wenig Einfluss hat) und die Bildungsarbeit. In der gewerkschaftlichen Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie gab es hingegen nie eine relevante Linke. „Es gibt wahrscheinlich keinen Bereich in der Arbeiterbewegung, wo es so

---

2 Hugo Pepper, Fritz Weber u.a.

3 Informationsdienst der SPÖ vom 8.12.1945, zitiert nach Erwin Scharf „Ich darf nicht schweigen“ (Wien 1948), Seite 11

4 Josef Hindels erklärte: „Es gilt, den Bruch mit der SPÖ, selbst um den Preis gewisser Konzessionen, zu vermeiden.“ zitiert nach: Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen (Wien und München 1990), Seite 188

schwierig ist, linke Sozialisten aufzuspüren und ihren Einfluss nachzuweisen, wie in den Gewerkschaften.“<sup>5</sup>

Methodisch handelt es sich in großen Teilen und v.a. bezüglich der früheren Perioden um eine Literatuarbeit, auch weil die Perioden der 40er und 50er Jahre ungleich besser aufgearbeitet sind als die Perioden danach. Das ist einerseits auch notwendig, da damals die zentralen Weichenstellungen stattfanden und weil die Linke damals eine wichtigere Rolle in der Partei spielte als später. Andererseits erschwert es die Untersuchung späterer Entwicklungen (insbesondere ab den 1980er Jahren), da über diese Periode wesentlich weniger geforscht wurde – was auch die mäßige Bedeutung der Linken in dieser Zeit reflektiert. Insofern fließen durch die persönliche Geschichte, die Bekanntschaft mit einigen der AkteurInnen und Interviews auch Elemente von Oral History ein. Die Schreibweise wird gegendert, allerdings in abgeschwächter Weise (nur bei nicht-zusammengesetzten Worten), dies mit dem Ziel, die Lesbarkeit zu erhöhen. Organisationsnamen und Zitate werden in Originalschreibweise, somit in den meisten Fällen nicht gegendert, aber mit angepasster Rechtschreibung wiedergegeben.

Wer zur „Linken in der Sozialdemokratie“ gehört, ist eine Definitionssache. Eigen- und Fremdwahrnehmung müssen sich nicht immer decken. Das Feld, das inhaltlich als links gilt, ist je nach Verortung der definierenden Person ebenfalls unterschiedlich. Josef Hindels definierte den Begriff „Linke“ folgendermaßen: „Unter der Linken verstehe ich in der Arbeiterbewegung jene Kräfte, die an den sozialistischen Grundsätzen und Zielsetzungen festhalten und den Kampf gegen die Integration der Arbeiterbewegung in die bestehende kapitalistische Gesellschaft führen. Zu den wesentlichsten Merkmalen einer Linken gehören, dass sie Reformen in der bestehenden Gesellschaft akzeptiert, um Reformen ringt, sich aber nicht mit Reformen begnügt, sondern immer wieder die Veränderung der Gesellschaft in sozialistische Richtung in den Mittelpunkt stellt.“<sup>6</sup>

Für die vorliegende Arbeit wird ein relativ breites Spektrum als links definiert, reichend von links-reformistischen (inkl. stalinistisch geprägten) bis zu sich als revolutionär verstehenden (häufig trotzkistischen) Strömungen, von Gruppen und Individuen, die sich meistens, aber nicht immer außerhalb der Führungsstrukturen der Sozialdemokratie befanden. Neben einer Reihe von Individuen waren die Linken meistens (aber keineswegs durchgängig) in der Hochschul-Organisation (VSSStÖ), den Jugendorganisationen der Partei (Sozialistische Jugend - SJ, Junge Generation – JG und Verband Sozialistischer Mittelschüler - VSM) sowie in antifaschistischen Bewegungen und Gruppen (Sozialistische Freiheitskämpfer) zu finden.

---

5 Peter Ulrich Lehner, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, in: SPÖ – Was sonst?, Seite 99

6 Hindels Josef, Die Linke in der SPÖ (VSSStÖ Edition Politik 1), zitiert in: Svoboda Wilhelm, Seite 25

Wenn also in Folge von „Linke in der Sozialdemokratie“ gesprochen wird, kann das sowohl Einzelpersonen als auch lose oder festere Gruppen sowie ganze Organisationsstrukturen umfassen.

Die Erfolgsbilanz ist sehr dürftig. Das kann bereits zu Beginn der Arbeit festgestellt werden. Sonst sähe die Sozialdemokratie heute anders aus. Den existierenden Linken ging es eigentlich schon recht bald nach 1945 nicht mehr darum, die Partei wirklich für die eigenen Ideen zu gewinnen. Sie hatten sich mit der Situation abgefunden, sahen es v.a. als ihre Aufgabe „Schlimmeres zu verhüten“ und „ein Maximum an sozialistischen Vorstellungen in der SPÖ zu halten und zu verteidigen“<sup>7</sup>.

## **2. 1945: Die Wiedergründung der SPÖ als taktischer Kompromiss**

1945 wird gern als Geburtsstunde der Zweiten Republik und auch der SPÖ präsentiert. Doch tatsächlich waren beide nicht gänzlich neu, sondern beinhalteten starke Elemente von vor 1933, 1934 und 1938. In Teilen gab es sogar eine Kontinuität des NS-Staates. Der Staat Österreich versuchte in weiten Teilen seiner politischen Struktur an die Erste Republik anzuschließen. Wirtschaftlich wurde der Kapitalismus als ökonomisches System nicht in Frage gestellt (und im Gegensatz zu Deutschland, wo selbst die CDU von Sozialismus sprach, nicht einmal propagandistisch). Insbesondere durch Krieg und Besatzung war die Wirtschaft stark geschwächt, Österreich eines der ärmsten Länder Europas und damit die soziale Lage von großen Teilen der Bevölkerung dramatisch. Die SPÖ stellte fest, dass „die Lebenshaltung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung Österreichs, trotzdem Voraussetzungen für eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation gegeben sind, auf einem unerträglichen Niveau geblieben ist und sich noch weiter zu verschlechtern droht“<sup>8</sup>. Mit dem Nationalsozialismus wurde durch die Befreiung 1945 gebrochen. Durch die Moskauer Erklärung, die Österreich mehr zum Opfer, denn zum Täterstaat machte, fand, wieder im Gegensatz zu Deutschland, kaum eine ernsthafte Entnazifizierung statt. Vor diesem Hintergrund kam es im April 1945 zur Gründung der SPÖ.

### **2.1. Die Rechten haben einen Startvorteil**

Von 12. bis 14. April 1945, noch vor Kriegsende, wurde die SPÖ als "Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)" gegründet. Am 28. April

---

7 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen – Die fünfziger Jahre, in: SPÖ – Was sonst, Seite 41  
8 Resolution des SPÖ-Parteitages 1947, zitiert nach: Scharf Erwin, Ich darf nicht schweigen (Wien 1948), Seite 47

wurde Peter Strasser mit dem Aufbau der Sozialistischen Jugend SJ betraut.<sup>9</sup> So war denn die SPÖ auch keine vollständige Neugründung, sondern im Wesentlichen eine Fortsetzung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei – inhaltlich, personell und strukturell.<sup>10</sup> Die Sozialdemokratie war spätestens seit 1934 eine gespaltene Partei, doch die Dominanz des rechten Flügels war unmittelbar mit der Gründung der neuen SPÖ klar. Teile der linken SozialdemokratInnen hatten sich nach 1934 der KPÖ angeschlossen, andere hatten sich in der Illegalität als „Revolutionäre Sozialisten“ (RS) gegründet. „Diese Namensänderung war weder eine Formalität noch ein Trick, sondern brachte die tiefreichende Kritik an der Politik der Sozialdemokratie ebenso zum Ausdruck, wie die Entschlossenheit, für die Erneuerung der Arbeiterbewegung im revolutionär-sozialistischen Sinn zu wirken.“<sup>11</sup> Doch war die Trennung von der restlichen Sozialdemokratie keineswegs eine vollständige. Im Exil gab es konkrete Zusammenarbeit, sogar gemeinsame Strukturen und Publikationen. Die Zusammenarbeit in der AVÖS (Auslandsvertretung der österreichischen Sozialdemokratie) umfasste VertreterInnen der unterschiedlichen Strömungen, inklusive der Revolutionären Sozialisten.<sup>12</sup> Später versuchten Vertreter der RS wie Oscar Pollak und das Londoner Büro der österreichischen Sozialisten in der Welt weniger eine Kampforganisation aufzubauen, als die britische Labour Party bzw. die Regierung über die Situation in Österreich zu informieren.<sup>13</sup> Vor allem aber fällt auf, dass die linken SozialdemokratInnen politisch und regional zerstreut waren, es keine dauerhafte gemeinsame Organisation gab, die nach Ende des Faschismus den Führungsanspruch in der Sozialdemokratie stellen hätte können. Letztlich orientierte sich der überwiegende Teil der AnhängerInnen der Revolutionären SozialistInnen nach 1945 auf die SPÖ.

Dominierend waren von Anfang an jene Teile der Sozialdemokratie, die in Österreich quasi überwintert hatten. Viele Mitglieder der Revolutionären Sozialisten (RS) waren individuell oder organisiert, teilweise auch gemeinsam mit KommunistInnen im Widerstand gewesen, waren verfolgt und viele ermordet worden. Es gab politische Differenzen innerhalb der RS und man war organisatorisch schwach aufgestellt. Die ExilantInnen und die KZlerInnen

---

9 Weber Fritz, Der kalte Krieg in der SPÖ: Koalitionswächter, Pragmatiker und revolutionäre Sozialisten 1945-1950 (Wien 1986), Seite 17

10 Konecny Albrecht und Tieber Herbert, Bewegung oder Organisation, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 113

11 Hindels Josef, Gegen den Strom - Die Linke in der SPÖ bis 1970 , in: Gegen den Strom“, Seite 43

12 Marschalek Manfred, Untergrund und Exil – Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (Wien 1990), Seite 232ff

13 Maimann Helene, Vom Flüchten und Wiederkommen – „Die Rückkehr beschäftigt uns ständig“, in: Die ersten 100 Jahre, Seite 236f

waren noch nicht zurück, viele waren umgekommen.<sup>14</sup> Die Heimkehr war schwierig, die HeimkehrerInnen waren unerwünscht. Helene Maimann schreibt dazu: „bei der Entscheidung, die Rückkehr von Emigranten (viele davon „Bauerianer“<sup>15</sup>) möglichst hinauszuzögern, wenn nicht zu verhindern, handelte es sich um eine politische.“<sup>16</sup> VertreterInnen einer gemäßigten Linie waren mehr, dominanter, organisierter und sowohl für die Alliierten (und zwar auch die Sowjetunion<sup>17</sup>) als auch für das österreichische Kapital die bevorzugten Bündnispartner. Die Rechten hatten einen Startvorteil, den sie auch weidlich nutzten.

Die RS waren nicht homogen, nur wenige hatten „die Zeit des Nationalsozialismus ohne eine Verstümmelung ihrer revolutionären Anschauungen überstanden“<sup>18</sup>. Hindels beklagte, dass „ein nicht geringer Teil von führenden RS-Funktionären 1945 die linke Ideologie ablegte wie ein nicht mehr modernes Kleidungsstück, und sich in kürzester Zeit mit der rechtssozialdemokratischen Parteispitze arrangierte.“<sup>19</sup> Oscar Pollak, immerhin einer der Mitbegründer der RS, wurde 1945 sogar Chefredakteur der SPÖ-Parteizeitung, der *Arbeiter-Zeitung*, was sich allerdings nicht in einem revolutionären Kurs derselben niederschlug. Er trat für einen „Ausgleich zwischen den Klassen“<sup>20</sup> ein. Manche der führenden RSlerInnen spielten gar keine Rolle (wie z.B. Buttinger), manche schlossen sich der rechten Parteimehrheit an (wie z.B. Franz Olah, Alfred Migsch, Franz Rauscher und Bruno Pittermann). Es gab verschiedene ideologische Zugänge wie sich z.B. an der Haltung zur Sowjetunion noch zeigen sollte.

Im provisorischen Parteivorstand besetzten RS-VertreterInnen mit Josef Afritsch, Hilde Krones, Josef Pfeffer, Felix Slavik und Gabriele Proft die Hälfte der Mandate. Doch sie hatten ein Personalproblem und konnten nicht alle Positionen besetzen. Daher wurde Gabriele Proft kurzerhand zur Revolutionären Sozialistin gemacht, um das Mandat annehmen zu können. (Später wurde der Parteivorstand vergrößert und es waren auch mehr RS-VertreterInnen vertreten, was aber am realen Kräfteverhältnis nichts änderte.) Personell war die Linke, unter der sich in der Ersten Republik viele jüdische Intellektuelle befunden hatten und von denen viele im Widerstand gewesen waren, ausgedünnt, während die Rechte beide faschistischen Diktaturen weitgehend unbeschadet überlebt hatte: Karl Renner, Adolf Schärf, Oskar Helmer,

---

14 In zwei großen Verhaftungswellen wurden Ende 1938/Anfang 1939 und am 22. August 1939 RS-AktivistInnen und FunktionärInnen vom NS-Regime verhaftet und später verurteilt. (Marschalek Manfred, *Untergrund und Exil*, Seite 249)

15 Gemeint sind die AnhängerInnen von Otto Bauer

16 Maimann Helene, *Vom Flüchten und Wiederkommen*, Seite 241

17 Das wird u.a. aus dem Briefwechsel zwischen Renner und Stalin deutlich.

18 Weber Fritz, *Der kalte Krieg*, Seite 44

19 Hindels Josef, *Gegen den Strom*, Seite 44

20 Oscar Pollak: *Frankeich und Italien*, *Arbeiter-Zeitung* vom 30.11.1947 – zitiert nach: Weber Fritz, *Der Kampf für eine austromarxistische Partei*, Seite 20

Franz Popp, Heinrich Scheidmadl.<sup>21</sup>

Diese Inhomogenität formulierte Karl Cernetz Anfang 1947 in der Zeitschrift *Zukunft*: „Die revolutionären Sozialisten sind heute keine Fraktion in der SPÖ, sie sind kein eigener Verein und am allerwenigsten ein Veteranenverein (...) Die revolutionären Sozialisten bilden im Rahmen der großen und einigen SPÖ eine breite Strömung von aktiven Genossen, die der Meinung sind, dass die Erfahrungen der Vergangenheit wie die realen Tatsachen des täglichen Kampfes in der Gegenwart die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution im politischen und im sozialen Sinne beweisen(...)“.<sup>22</sup> Die Folge war, wie Fritz Weber, Kenner der SPÖ nach 1945, feststellt: „Die innerparteiliche Hegemonie der Gemäßigten war daher schon in den ersten Jahren nach 1945 nicht gefährdet.“<sup>23</sup>

Warum ließ die Linke es überhaupt zu, dass die Rechten dominierten? Fritz Weber schreibt, dass erstere „verantwortlich“ handelten: „Sie konzentrierten sich ganz darauf, die Produktion wieder in Gang zu setzen und delegierten die politischen Entscheidungen an ihre Führer in Regierung und Partei.“<sup>24</sup> Rasch verlor man auch durch die intensive Beteiligung am „Wiederaufbau Österreichs“ den Kontakt zur Parteibasis. Hatte die Linke 1945 im Döblinger Arbeiterheim noch gut besuchte öffentliche Diskussionsveranstaltungen organisiert, so endeten diese aufgrund der Arbeitsüberlastung im Wahlkampf.<sup>25</sup> „An die Stelle des unmittelbaren Kontakts mit der Parteibasis trat jener zu den linken Sozialisten aus den Bundesländern, die ebenfalls in den Genuss eines Nationalratsmandates gekommen waren.“<sup>26</sup> Die Einheit der Partei wurde als zentral gesehen und dafür auch inhaltliche Zugeständnisse gemacht. Josef Hindels beschreibt, wie die Linke sich angesichts der Angriffe gegen den angeblich „moskauhörigen“ Renner durch die westlichen Alliierten gezwungen sah, diesen Vertreter der Parteirechten zu verteidigen.<sup>27</sup>

Wichtig ist es, neben der personellen Schwäche den wirtschaftlichen und politischen Rahmen zu beachten, in dem die Parteilinke agierte. Österreich lag an der Frontlinie des Kalten Krieges und galt als besetzt; eine gute Voraussetzung für Antikommunismus und die Forderung, den Klassenkampf zugunsten der „Befreiung“ zurück zu stellen. Das österreichische Bürgertum war schwach, ein starker Staat (u.a. in Form der Verstaatlichung)

---

21 Hindels Josef, Gegen den Strom, Seite 47

22 Czernetz Karl, Revolutionärer Sozialismus ohne Phrase, in: *Zukunft* 3/1947, S68f – zitiert nach: Kriechbaumer

Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Seite 160

23 Weber Fritz, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Seite 15

24 Weber Fritz, Rechtsvorrang: Wie die Linken 1945 in die Sackgasse gerieten, in: Die ersten 100 Jahre, Seite 243

25 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 53ff

26 ebenda, Seite 56

27 Hindels Josef, Gegen den Strom, Seite 48f

war notwendige Basis für den österreichischen Kapitalismus. Dass die SPÖ-Führung auf ein kapitalistisches Österreich setzte war von Anfang an klar. So wurde eine Koalition der beiden Arbeiterparteien SPÖ und KPÖ, die bei den ersten Wahlen im November 1945 gemeinsam die absolute Mehrheit der Mandate erzielt hatte, von der SPÖ-Führung nicht als Option angesehen. Gerade die Verstaatlichung bot Posten und in Verbindung mit dem Nachkriegsaufschwung Illusionen in einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Sie stellte somit die materielle Basis für die Integration und Anpassung auch radikaler Elemente in der Partei her.<sup>28</sup> Obwohl Formulierungen im Ersten Verstaatlichungsgesetz von 1946<sup>29</sup> die Hoffnungen mancher Linker nährten, es würden so Schritte in Richtung Sozialismus gesetzt, blieb alles doch stets im Rahmen einer kapitalistischen Verstaatlichung und wurde „zum Motor der Restauration des (...) Kapitalismus“.<sup>30</sup>

Ein weiterer Faktor, der von Anfang an zum Nachteil für die Linke wurde, war die Tatsache, dass die SPÖ, wie auch die anderen Strukturen der Arbeiterbewegung, nicht durch Bewegungen von unten, aus der Arbeiterklasse selbst, sondern von oben entstanden. Karl Mark beschreibt in seinen Lebenserinnerungen die Situation im „Roten Salon“ im Wiener Rathaus im April 1945, wo die verschiedenen Organisationen, ihr Verhältnis zueinander, ihre Zusammensetzung und Zusammenarbeit durch Verhandlungen zwischen VertreterInnen der unterschiedlichen Strömungen festgelegt wurden.<sup>31</sup> Echte Basisstrukturen, die es natürlich gab (u.a. bei den Eisenbahnen oder regional in gemeinsamen Komitees von SozialdemokratInnen, Revolutionären SozialistInnen und KommunistInnen), wurden von oben rasch abgedreht.

Auch wurde die reale Macht rasch verschoben, als Renner, der immer am rechten Rand der Sozialdemokratie gestanden war, zum Kanzler und de facto Parteiführer wurde.<sup>32</sup> In der SPÖ-Regierungsmannschaft befand sich keinE VertreterIn der RS. Programmatisch hatten kurze Zeit sowohl das Linzer Programm der SDAP von 1926, als auch die „Prinzipienerklärung“ der RS von 1934 als Basis für eine Mitgliedschaft gegolten. Doch auch dieses formale Zugeständnis an die RS fiel bald. Beide Programme wurden rasch als überholt bezeichnet und „sorgsam hinter 'Aufbau-' und 'Aktionsprogrammen' verborgen.“<sup>33</sup>

Solange die Stärke der KPÖ und die Pläne der Sowjetunion für Österreich unklar waren, musste der rechte Flügel den Linken Raum geben. Doch ab der Wahl vom 25.11.1945, bei der

---

28 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei – Die ersten Nachkriegsjahre, in: SPÖ – was sonst?, Seite 12

29 Verstaatlichung, <http://austria-forum.org/af/AEIOU/Verstaatlichung> (18.5.2016)

30 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 74

31 Mark Karl, Lebenserinnerungen - 75 Jahre Roter Hund (Wien 1990), Seite 135

32 Marschalek Manfred, Untergrund und Exil, Seite 251f

33 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 243

die KPÖ nur schwache 5,4% errang und da die Sowjetunion die Moskauer Deklaration („*They (USA, GB, SU, China) declare that they wish to see re-established a free and independent Austria.*“<sup>34</sup>) offensichtlich zugunsten eines kapitalistischen Österreichs auslegte, war das nicht länger notwendig.

Der Zusatz im Parteinamen „Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten“ verschwand bereits im August 1945 wieder und der politische Kurs wurde vom rechten Flügel bestimmt. Entgegen allen Behauptungen der ÖVP über ein Bündnis der SPÖ mit der KPÖ gab es bereits vor der ersten Wahl vom 25. November 1945 eine geheime Absprache zwischen ÖVP und SPÖ für eine Koalition.<sup>35</sup> Der rechte Flügel drängte in die Regierung. Als Erklärung werden hier oft u.a. die Traumata der Ersten Republik sowie des Nationalsozialismus bzw. Faschismus genannt<sup>36</sup>. Doch es trat hier auch die generelle ideologische Verschiebung in der Sozialdemokratie zum Vorschein, die sich vom Austromarxismus<sup>37</sup> Bauerscher Prägung der Zwischenkriegszeit verabschiedet hatte. Der rechte Flügel der AustromarxistInnen um Renner, Helmer und Schärf, die schon in der Zwischenkriegszeit für eine Zusammenarbeit mit den Christlich-Sozialen eingetreten waren, war nun dominant. Doch es war nicht nur ein aktives Hinausdrängen der Linken. Zahlreiche RS-VertreterInnen hatten einflussreiche Positionen,<sup>38</sup> nutzten diese aber im Wesentlichen zum Aufbau der Gesamtpartei ohne maßgebliche Differenzen zur Parteirechten. So war z.B. auch der Beschluss am Parteitag 1945 für den Verbleib in der Konzentrationsregierung einstimmig.<sup>39</sup>

Einige VertreterInnen des RS hatten wichtige Positionen erlangt: Hilde Krones, Karl Mark, Albrecht Gaiswinkler und andere waren in den Nationalrat gewählt worden, Erwin Scharf war Zentralsekretär.<sup>40</sup> Insgesamt waren die RS weniger homogen und stark, als es im Nachhinein scheinen mag bzw. dargestellt wird. Die verzerrte Darstellung mag auch daran liegen, dass sie den ersten und wichtigsten Ansatzpunkt für spätere Linke darstellten und hier eine gewisse Idealisierung stattfand.

---

34 Moskauer Deklaration, zitiert nach: <http://www.ibiblio.org/pha/policy/1943/431000a.html> (2.5.2015)

35 Scharf Erwin, Ich darf nicht schweigen, Seite 21

36 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 244

37 Der Austromarxismus ist politisch nicht eindeutig zuordenbar sondern deckte in der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit ein breites Spektrum von Renner über Adler bis Bauer ab. Auch wenn heute Austromarxismus meist mit der Reformpolitik des Roten Wiens identifiziert wird, gehört doch auch die gemäßigtere Haltung der Sozialdemokratie angesichts der Ereignisse von 1927, 1933 und 1934 zur Praxis des Austromarxismus. Wirtschaftlich kam es unter den AustromarxistInnen nicht zu einem Bruch mit dem Kapitalismus sondern zu weitgehenden Sozialreformen kombiniert mit einer durchaus radikalen Rhetorik z.B. Otto Bauers.

38 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 27

39 ebenda, Seite 49

40 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 243

## 2.2. Abgrenzung nach links – offen nach rechts

Die Linke war zwar unorganisiert und inhomogen aber weitgehend einig in ihrer Orientierung auf die Sozialdemokratie und in ihrer Arbeit innerhalb der SPÖ. Das bedeutete Arbeit in den Strukturen der Partei und den Kampf um Inhalte in ihr. Hugo Pepper schreibt dazu durchaus selbstkritisch, dass die Linke, „die irrige Auffassung vertrat, die Geltendmachung ihrer politischen Position sei im Wege der innerparteilichen Diskussion möglich.“<sup>41</sup> Wichtige Kristallisationspunkte dieser inhaltlichen Auseinandersetzung waren insbesondere in den ersten Jahren nach dem Krieg die Parteitage. Auf dem zweiten Parteitag nach 1945, der vom 15. bis 17. November 1946 in Wien tagte, kam es zur Polarisierung rund um eine eingebrachte Resolution sowie die Debatte um Oskar Helmer, Teil der Parteirechten und damaliger Innenminister. Eine Resolution für eine „linkere“ Politik wurde erst am Parteitag selbst zusammengestellt (auf Basis verschiedener geplanter Anträge einzelner Delegierter und Gruppen). Auch das ist ein Beispiel für die Unorganisiertheit der Linken in der SPÖ.

*„Der Parteitag (...) verpflichtet die sozialistischen Funktionäre, Mandatäre und Regierungsmitglieder zu einer dem Willen und den Interessen des arbeitenden Volkes entsprechenden tatkräftigen Politik des wirtschaftlichen Aufbaues und des gesellschaftlichen Fortschritts.*

*Der Parteitag fordert:*

- 1. Außenpolitik: gleichmäßig freundschaftliches Verhältnis zu allen Mächten, also auch zur Sowjetunion*
- 2. Innenpolitik: Ausschaltung aller faschistischen Kräfte, Abrechnung mit dem Austrofaschismus (...)*
- 3. Wirtschaftspolitik: Überwindung der Not und Wiederaufbau der Wirtschaft durch planmäßige Organisation aller wichtigen Wirtschaftszweige (...) im Interesse der arbeitenden Schichten unter deren entscheidender Mitwirkung.*
- 4. Sozialpolitik: Wiederherstellung und Weiterentwicklung des Werkes von Ferdinand Hanusch, Deckung der Mehrkosten durch Besteuerung aller Nutznießer von Faschismus, Krieg und Nachkriegselend.*

*Zur Erköpfung dieser Ziele beschließt der Parteitag folgende innerparteiliche Maßnahmen:*

- 1. Vertiefung der inneren Demokratie in allen Parteikörperschaften.*
- 2. Volle Verantwortlichkeit der sozialistischen Mandatäre, Regierungsmitglieder und*

---

41 Hugo Pepper, Erinnerungen an die SPÖ-Linke nach 1945 - Geistige Partisanen, in: Gegen den Strom, Seite 33

öffentlichen Funktionäre gegenüber den Parteiorganisationen (...)“.<sup>42</sup>

Die Resolution war als Schritt nach links angelegt (und wohl auch so verstanden). Der Parteivorstand verhinderte durch die Empfehlung eine Konfrontation und tat in Folge nichts, um die Resolution auch tatsächlich umzusetzen. Das war vielleicht nach 1945 der erste Fall einer linken Programmatik, für die die Linken zwar eine Mehrheit erringen konnten, was aber keinerlei Auswirkungen auf die Realpolitik der SPÖ gehabt hat. Das zeigte sich in der zweiten wichtigen Frage auf dem Parteitag von 1946, jener um Helmer:

*„Ganz besonders unbehaglich fühlte sich jedoch Oskar Helmer, Obmann der SPÖ Niederösterreichs und Innenminister, in Brunos (gemeint ist Josef Hindels, Anm. SG) Gegenwart. Er hatte auch allen Grund dazu: Schon auf dem Parteitag 1946 las ihm Josef Hindels als Delegierter der SJ – vor allem wegen seiner Personalpolitik in der Exekutive – schonungslos die Leviten: Helmer hatte den Mantel sozialdemokratischer Nächstenliebe über die austrofaschistische und teilweise Nazi-Vergangenheit zahlreicher Beamter gebreitet und sie in Gnaden wieder aufgenommen (...) während Bruno in den Saal donnerte und bei den damaligen Parteitagsdelegierten für seine Kritik reichlich Beifall erntete.“*<sup>43</sup> Die moralische Empörung war auf Seiten der Parteilinken, doch tatsächlich hatte sich in der SPÖ längst die Rechte durchgesetzt. An der Helmer-Debatte lassen sich einige Punkte ausmachen: Der Umgang der Partei mit der Frage der Alt-Nazis, die Koalitionsfrage und das innerparteiliche Taktieren. Denn während gegen links scharf vorgegangen wurde, war die SPÖ recht schnell nach 1945 nach rechts recht offen. „Bis tief in die Reihen der Parteifunktionäre (der SPÖ!) war das Nazigift gedrungen“ beschreibt Paul Blau die Situation nach dem Krieg.<sup>44</sup> Seit damals konzentriert sich antifaschistische Arbeit, die meist eng mit den Linken in der SPÖ verbunden war, hauptsächlich auf die Freiheitskämpfer sowie die verschiedenen Jugendorganisationen.<sup>45</sup>

Die Gründe dafür, dass die Parteiführung „auf dem rechten Auge blind war“ waren handfest ökonomische: die wirtschaftliche und politische Elite war während des NS-Regimes eng verflochten gewesen. Die eine nach 1945 anzugreifen hätte automatisch den Angriff auf die andere bedeutet. Da Antikapitalismus nicht auf dem Programm der SPÖ-Rechten stand, konnte es konsequenter Antifaschismus auch nicht sein. Helmer stand für diesen Umgang mit

---

42 Protokoll des 2. Bundesparteitags der SPÖ, Wien 1946, S. 235, zitiert nach: Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs: unter besonderer Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels der achtziger Jahre (Wien 1996), Seite 93f

43 Blau Paul, Der Unbestechliche - Josef Hindels in der Sozialistischen Jugend, in: Gegen den Strom, Seite 25

44 ebenda, Seite 23

45 Neugebauer Wolfgang, SPÖ und Antifaschismus: Der rechten neue Kleider, in: Roter Anstoß, Seite 60

(ehemaligen) Nazis und auch für die Linie der Koalitionsregierung. Zwar hatte es schon vor dem Parteitag Kritik an der Koalitionspolitik der Partei gegeben, doch am Parteitag selbst kristallisierte sich die Kritik der Linken rund um Oskar Helmer. Wohl auch weil sie das Kräfteverhältnis noch nicht klar einschätzen konnte, setzte die Parteiführung auf ein taktisches Manöver: sie empfahl den linken Antrag (der aber keinerlei praktische Folgen hatte) zur Annahme und sicherte Helmers Verbleib im Parteivorstand durch eine offene Blockwahl (was ein Bruch der Statuten war).<sup>46</sup> Das zeigt auch, dass inhaltliche Resolutionen weniger Bedeutung und weniger praktische Auswirkungen hatten als Personalfragen. Bei der Koalitionsfrage waren die Rechten zu keinen Zugeständnissen bereit und mauerten daher bei der Personalfrage. Resolutionen, so wussten sie, waren ebenso wie Programme gut für Reden an Feiertagen, hatten aber für die praktische Politik der Partei weniger Bedeutung.

Die Linke war nicht stark genug, nicht vorbereitet genug, nicht entschlossen genug, um sich auch personell wirklich durchzusetzen. Das wurde auch von Linken von außerhalb der SPÖ scharf kritisiert: *„Die 'Linken' traten unorganisiert auf, beherrschten die Technik des Parteitages nicht und wurden darum von den rechten Routiniers überspielt. Wie verhielten sie sich politisch? Es war der Auswirkung nach eine glatte Kapitulation. Vergessen waren Reden und Artikel über die Notwendigkeit einer proletarischen Klassenpolitik wie über die klassenmäßigen Strukturen des Staatsapparates. Schüchtern wagten sie den Versuch, einige Phrasen darüber zu verlieren, um dann bei der Abstimmung sang- und klanglos unterzugehen und gehorsam für die vorgelegten Resolutionen zu stimmen: Die wichtigsten Beschlüsse wurden einstimmig gefasst; der Vorsitzende Schärff konnte feststellen, dass das Prinzip der Teilnahme der Partei an der Regierung unbestritten geblieben ist.“*<sup>47</sup>

### 2.3. Parteitag 1947: Die Resolution der 44

*„Die Linke beschloss aus den Fehlern von 1946 zu lernen, und ihr Auftreten auf dem Parteitag 1947 kollektiv vorzubereiten. Weiters wurde festgelegt, die linken Aktivitäten auf zwei Ebenen zu konzentrieren: In den Jugendorganisationen, wo die Linken vor allem die Bildungsarbeit dominierten, und in den Parteiorganisationen, wo sie damals noch gewisse Positionen hatten. Die Gewerkschaften wurden eher vernachlässigt.“*<sup>48</sup> Ein Grund dafür, dass die Linke sich gerade in den Jugendorganisationen fand, lag darin, dass die Bildungsarbeit nach

---

46 Müller Wolfgang C., SPÖ und große Koalition, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Seite 26f

47 Zum Parteitag der SPÖ, Spartakist Nr. 16, Februar 1947, zitiert nach: Marxismus, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 40

48 Hindels Josef, Gegen den Strom, Seite 51

1945 vom erklärten Linken Erwin Scharf geleitet wurde.<sup>49</sup>

Beim Parteitag im Oktober 1947 wurde neben einem Aktionsprogramm (das in seinen Formulierungen durchaus radikal war und z.B. Planwirtschaft forderte, aber für die Praxis keine Konsequenz hatte) und einer Reihe oppositioneller Anträge und Resolutionen durch SJ und VSSTÖ vom damaligen Zentralsekretär und Mitglied des Parteivorstandes Scharf die „Resolution der 44“ eingebracht. Die Resolution kritisierte die de facto Koalitionspolitik, den Antikommunismus und forderte „die Reinigung des täglichen Lebens von allen faschistischen Elementen“ sowie „die Rückkehr zur großen Tradition des österreichischen Sozialismus“<sup>50</sup>. Die Resolution war nach Angaben Webers allerdings nicht „von langer Hand“ vorbereitet, sondern der „endgültige Wortlaut wurde erst während des Parteitages fixiert.“<sup>51</sup> Rund ein Fünftel<sup>52</sup> der Delegierten (VertreterInnen der Linken, der SJ mit Ausnahme des Vorsitzenden Peter Strasser, der sozialistischen Studierenden, aber auch einige wichtige ParteifunktionärInnen, Landtagsabgeordnete und NationalrätInnen<sup>53</sup>) unterstützten den Antrag, während eine „radikalere Entschließung der Sozialistischen Jugend“, die sich trotz Konzentrationsregierung für einen „Kampf gegen die ÖVP“ aussprach nur etwas weniger als 50%, erhielt.<sup>54</sup> Auf diesem Parteitag, der als Höhepunkt der linken Opposition in der SPÖ gesehen wird, inszenierte die Parteiführung einen „radikalen“ Antrag der GewerkschafterInnen, der dann gegen die Resolution der 44 abgestimmt und einstimmig angenommen wurde.<sup>55</sup> Die Resolution der 44 erhielt nur „wenig mehr als 80 von 395 Delegierten“<sup>56</sup>. Weber berichtet über die Stimmung am Parteitag: *„Die Vertreter des rechten Parteiflügels nahmen gegen die Anträge der Linken Stellung, die Resolution der SJ wurde bloß in verstümmelter Form im Antragsheft veröffentlicht, und bei der Wahl der Parteivertretung versuchten Helmer und seine Gesinnungsfreunde eine Streichungsaktion gegen die Linkssozialistin Hilde Krones zu organisieren.“*<sup>57</sup>

Peter Pelinka spricht zwar davon, dass die Resolution der 44 „das einzige größere Auftreten einer geeinten Linksoption auf einem sozialistischen Parteitag nach 1945“<sup>58</sup> war, doch letztlich handelte es sich nicht um eine organisierte linke Gruppe oder gar Fraktion, sondern bestenfalls um einen Kern rund um das Ehepaar Krones, sowie Scharf, Mark,

---

49 Hugo Pepper, Geistige Partisanen, Seite 32

50 Resolution der 44

51 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 21

52 Weber Fritz, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf, Seite 18

53 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 244

54 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 21

55 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 159

56 ebenda, Seite 158

57 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 22

58 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 17

Pittermann, der Unterstützung aus anderen Teilen der Partei erhielt.<sup>59</sup>

Die Resolution an sich war nicht sonderlich radikal. Pittler meint, es ließen sich „aus der Distanz von 46 Jahren (...) nur schwer Passagen fest(stellen), denen nicht jeder Sozialdemokrat zustimmen könnte“<sup>60</sup>. Doch die Resolution wurde von der Parteiführung zum Anlass für eine Säuberung der Partei genommen. Die Tatsache, dass ein Zentralsekretär gleichzeitig eine linke Opposition unterstützte, wurde als Affront gesehen, Scharf in Folge abgesetzt, zum Rücktritt gezwungen, mit Funktions- und Redeverbot belegt und schließlich ausgeschlossen. Die Inhalte der „Resolution der 44“ (die Forderung, sich mehr nach rechts als nach links abzugrenzen und sich nicht am Aufbau des Kapitalismus zu beteiligen) ignorierte die Parteiführung völlig.<sup>61</sup> Denn vor dem Hintergrund der Lohn-Preis-Abkommen und des massiven Widerstandes in der Arbeiterklasse dagegen war für die Parteiführung jeder Organisationsversuch der Linken eine Bedrohung, die beseitigt werden musste. Während der Parteitag 1946 noch einen gewissen Raum für die Linke gegeben hatte, wurde im Anschluss an den Parteitag von 1947 von Seiten der Parteiführung ein offensiver Kampf gegen die Linken geführt.

#### **2.4. Es wird scharf geschossen: Gegen Erwin Scharf und die Parteilinke**

Bereits nach dem Parteitag von 1946 hatte sich in der SPÖ die „Pogromstimmung“<sup>62</sup> gegen Linke verschärft. „Der schlimmste Verdacht, der damals jemanden in der Partei treffen konnte, war der, ein verkappter Kommunist zu sein.“<sup>63</sup> Pepper spricht vom „parteioffiziell gewordene(n) einäugige(n) Antikommunismus“.<sup>64</sup> „Es herrschte in der SPÖ ein Klima, das jede offene Diskussion unterband, in dem – unausgesprochen - ‚Loyalitätsadressen‘ und ‚Treueeide‘ verlangt wurden, in dem kritische Funktionäre und Mitglieder regelrecht ‚fertig‘ gemacht und sogar um ihre Existenzgrundlage gebracht wurden. Die SPÖ unterschied sich gar nicht mehr sonderlich von jener KPdSU, die sie nach außenhin so entschieden ablehnte und bekämpfte.“<sup>65</sup> In Bezug auf die Behandlung oder besser Verfolgung, Diffamierung und Ruhigstellung der Linken innerhalb der SPÖ wird auch der Vergleich mit der US-amerikanischen McCarthy-Ära herangezogen.<sup>66</sup> Der kalte Krieg fand in der SPÖ seinen

---

59 Mark Karl, Lebenserinnerungen, Seite 162

60 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 95

61 Hindels Josef, Gegen den Strom, Seite 52

62 Ebenda, Seite 54

63 Blau Paul, Der Unbestechliche, Seite 26

64 Hugo Pepper, Geistige Partisanen, Seite 33

65 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 100f

66 Ingrisch Doris, Ohne Kompromiss – Das Leben von Hilde Krones, in: „Die Partei hat mich nie enttäuscht“, Seite 324

Widerhall<sup>67</sup>.

Der Antikommunismus der SPÖ ging so weit, dass sie eine Gleichsetzung von Faschismus und „Kommunismus“ (= stalinistische Staaten) vornahm: „unbeugsame und kompromisslose Gegner der faschistischen und der kommunistischen Diktaturen“<sup>68</sup>. In der Praxis allerdings wurde zwar die Abgrenzung gegen links rigoros ausgelegt, gleichzeitig aber (ehemaligen) Nazis die Tür in die SPÖ geöffnet.<sup>69</sup>

Nach dem Parteitag von 1947 erreichten die Angriffe auf die Linken in der SPÖ eine neue Qualität: Im Fokus standen Linke, die ihre Wurzeln oftmals bei den RS gehabt hatten. So hatten sich unmittelbar nach Kriegsende in einigen Regionen Österreichs in Folge des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes von SozialdemokratInnen, Revolutionären SozialistInnen und KommunistInnen Ansätze in Richtung einer „Einheitspartei der Arbeiter“ gebildet<sup>70</sup>. Diese wurden aber nach Gründung von SPÖ und KPÖ rasch beendet. Teile der RS hatten für diese Zusammenarbeit argumentiert, was in der zunehmend antikommunistischen Stimmung in der SPÖ gegen sie verwendet wurde.<sup>71</sup> Im Zentrum der Angriffe der Parteirechten stand Erwin Scharf. Scharf war Revolutionärer Sozialist, Widerstandskämpfer und Kämpfer bei den slowenischen Partisanen gewesen. 1945, als das Kräfteverhältnis zwischen Parteirechter und Parteilinker noch unklar war, wurde er Zentralsekretär. Eine mächtige Position, die die Parteirechte nun wieder mit einem ihrer Vertreter besetzen wollte. Die Unterstützung der linken Oppositionellen am Parteitag 1946 hatte ihm das Stimmrecht im Parteivorstand gekostet, das Einbringen der Resolution der 44 am Parteitag 1947 die Funktion als Zentralsekretär.<sup>72</sup> Die Veröffentlichung seiner Broschüre „Ich darf nicht schweigen“ 1948 war ein Alleingang<sup>73</sup> und wurde als Nestbeschmutzung angesehen und zum Anlass genommen, Scharf endgültig aus der Partei zu entfernen<sup>74</sup>. Scharf gründete nach seinem Ausschluss im März 1949 die „Vereinigung fortschrittlicher Sozialisten“, die im Oktober 1949 in einem Wahlbündnis mit der KPÖ als Linksblock antrat und dann 1950 die „Sozialistische Arbeiter-Partei“ (SAP), die sich 1956 mit

---

67 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 96ff

68 SPÖ-Parteiprogramm von 1978, zitiert nach: Spira Leopold, KPÖ und SPÖ 1945-1982, in: SPÖ – Was sonst, Seite 146

69 Siehe dazu Debatte bzw. Studie über die braunen Flecken in der SPÖ unter Alfred Gusenbauer u.a. in Wiener Zeitung vom 6.7.2005  
[www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/295601\\_Wider-das-Vergessen.html?em\\_cnt=295601](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/295601_Wider-das-Vergessen.html?em_cnt=295601)

70 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 14f

71 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 13ff

72 Scharf Erwin, Ich darf nicht schweigen, Seite 4

73 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 185f

74 Es sei hier nur auf den unterschiedlichen Umgang mit linken und rechten Problemfällen hingewiesen: Scharf wurde wegen einer Broschüre umgehend ausgeschlossen, die Trennung der Partei von Olah dauerte, trotz Kronenzeitungsskandal und FPÖ-Finanzierung, weit länger. Pikantes Detail: Olah erhielt 1948 das durch Scharfs Ausschluss freigewordene Mandat.

der KPÖ vereinigte.<sup>75</sup>

Die SPÖ wurde gesäubert bzw. in ihr eine Stimmung geschaffen, die Kritik schwer oder sogar unmöglich machte. „*Ein instrumenteller Antikommunismus, der die Vorgänge in Osteuropa zum Vorwand nahm, um jede Kritik am Kurs der Parteiführung als gleichsam unmoralisch und den Bestand der SPÖ und der parlamentarischen Demokratie in Österreich gefährdend denunziert wurde, hat bei der Einschränkung der Parteidemokratie eine wichtige Rolle gespielt.*“<sup>76</sup> Pepper beschreibt auch, dass in der ganzen Partei eine Praxis des Denunzierens von Oppositionellen und KritikerInnen um sich griff.<sup>77</sup> Die SPÖ-Führung nutzte den Stalinismus, um selbst stalinistische Methoden anzuwenden und einzuführen.

Der Parteitag 1948 „stand im Zeichen einer ausgesprochenen Pogromstimmung gegen die orthodoxen, d.h. 'KP-freundliche' Linke“.<sup>78</sup> Scharfs Antrag auf eine Wiederaufnahme des Schiedsgerichtsverfahrens erhielt nur eine einzige Stimme. Die lauteste Kritik an Scharf kam von VertreterInnen der Parteilinken, u.a. von Hindels.<sup>79</sup> Eine weitere Vertreterin der Linken, Hilde Krones, beging im Dezember 1948 Selbstmord. Karl Mark schreibt: „Mit Hilde Krones war auch die 'neue Linke' in der SPÖ gestorben.“<sup>80</sup>

## 2.5. Die Ikone der Linken: Josef Hindels – und seine durchaus zweifelhafte Rolle

Eine der zentralen Personen der SPÖ-Linken war über viele Jahrzehnte lang Josef Hindels. Er begann (und beendete) seinen politischen Werdegang in der Sozialdemokratie. In den 1920er Jahren war seine politische und organisatorische Heimat der linke Flügel des Austromarxismus, doch ab 1930 wurde er nach Angaben seines damaligen Weggefährten Georg Scheuer Kommunist, ab 1935 Trotzkist und 1936 Begründer der Gruppe „Revolutionäre Kommunisten“ (RK), die in Kontakt mit der Vierten Internationale von Leo Trotzki stand.<sup>81</sup> Während und nach seiner Zeit im schwedischen Exil gab es hier auch wieder eine Wegbewegung, insbesondere da die erwartete revolutionäre Welle nach Ende des Zweiten Weltkrieges ausblieb. Am 30.12.1945, vor seiner Rückkehr nach Österreich 1946, vertrat Hindels in einem Brief an seine noch in Frankreich lebenden GenossInnen die Ansicht, die SPÖ sei nur ein Zwischenstadium: „(...) wir müssen in die großen Arbeiterorganisationen, obwohl

---

75 Spira Leopold, KPÖ und SPÖ 1945-82, Seite 138 (Die SAP ist kaum untersucht, hat es nicht einmal zu einem Wikipedia-Eintrag geschafft. Weber schreibt, dass es kaum verlässliche Angaben zur Stärke der SAP gibt, diese aber, kurz vor ihrer Auflösung 1956 noch über 8.750 Mitglieder verfügte (Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 28))

76 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 26

77 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 29

78 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 24

79 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 190

80 Mark Karl, Lebenserinnerungen, Seite 167

81 Scheuer Georg, Genosse Unbekannt – Der junge Revolutionär Josef Hindels, Seite 4ff

diese durch und durch opportunistisch sind, hineingehen und dort für die Sache des Sozialismus wirken. Nur in einem langen, harten und opferreichen Kampf innerhalb der bestehenden, opportunistischen Arbeiterbewegung werden wir allmählich die Voraussetzungen für die Schaffung einer neuen Partei, ohne die das Proletariat nicht siegen kann, schaffen können.“<sup>82</sup> Es ist im Nachhinein nicht festzustellen, wann sich Hindels von dieser Taktik verabschiedete. Tatsache ist, dass er sich – wohl auch aus der berechtigten Angst vor stalinistischer Repression gegen TrotzkiInnen (die Verschleppung von Karl Fischer in die Sowjetunion war hier ein warnendes Beispiel<sup>83</sup>) – unmittelbar nach seiner Rückkehr der Sozialdemokratie anschloss. Hindels selbst stellt seine Geschichte anders dar: „Von 1939 bis zur Gegenwart hat sich mein politisches Leben innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie (...) abgespielt“. Er verschwieg die - wie er es nannte - „Episode“ der RKÖ bewusst; wie er andeutete, aus Angst vor Repression in der SPÖ.<sup>84</sup> Was auch immer der Grund für diese Entwicklung war bzw. wann dieser Wandel tatsächlich stattfand: Hindels war während seiner ganzen Zeit in der SPÖ einer der wichtigsten VertreterInnen der Linken und half mit, andere Linke an die Partei zu binden. Es war wohl auch seine Tätigkeit als GPA Generalsekretär (1951-1970), die die Basis für die Positionierung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) am linken Rand des gewerkschaftlichen Spektrums legte. Und doch hat er seinen Einfluss und auch seine verschiedenen Positionen nicht eingesetzt, um eine organisierte (und nicht nur vernetzte) Linke in der SPÖ aufzubauen.

Überliefert sind eine Reihe von Beispielen, wo Josef Hindels sich der antikommunistischen Keule bediente, die zur Diffamierung Linker benutzt wurde. Hindels distanzierte sich z.B. am Parteitag 1948, als die Parteiführung scharf gegen die Linke vorging, von dieser „in überaus scharfen Worten.“<sup>85</sup> Im Rahmen des immensen Drucks, der auf der Linken in der Phase des scharfen Antikommunismus lastete, gab es „Selbstkritik“ und „Wiederrufungen“. Bei manchen ging das recht weit, manche (wie Hindels) „schoß(en) dabei fraglos über das Ziel hinaus“.<sup>86</sup> 1947 schrieb er in der Zeitung *SJ-Funktionär* in Bezug auf die FÖJ<sup>87</sup>: „Diese Agenten tarnen sich in der Regel als linke Sozialisten, als oppositionelle SJ-ler. In Wirklichkeit sind sie Werkzeuge der KP. Sie erhalten Weisungen von einer Zentrale, der sie

---

82 Zitiert nach: Scheuer Georg, Genosse Unbekannt, Seite 41

83 Siehe dazu Fritz Keller, In den Gulag von Ost und West – Karl Fischer, Arbeiter und Revolutionär (Frankfurt/Main 1980)

84 Brief von Hindels an Scheuer vom 27.11.1975, zitiert nach: Scheuer Georg, Genosse Unbekannt, Seite 47

85 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 24

86 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 103

87 FÖJ – Freie Österreichische Jugend, Jugendorganisation der KPÖ die ursprünglich als parteiübergreifende Jugendorganisation geplant gewesen war

auch ständig über die geleistete Zersetzungsarbeit Bericht erstatten.“<sup>88</sup> Später äußerte sich Hindels durchaus kritisch dazu, ohne seine eigene Rolle dabei wirklich zu bilanzieren: „wurde damals, das muss heute von mir selbstkritisch festgehalten werden, von der SPÖ-Linken ein Fehler begangen, der sich bitter gerächt hat: Sie hat darauf verzichtet, die gesellschaftliche Bedeutung des Antikommunismus aufzuzeigen und diesen Antikommunismus zu bekämpfen (...) eine Bedeutung, die vor allem darin bestand, die Fragen des Klassenkampfes zu verschleiern, die Gefahren von rechts zu bagatellisieren, die Restauration des Kapitalismus in Österreich vorzubereiten und schließlich zu verwirklichen.“<sup>89</sup>

Hugo Pepper berichtet sogar, dass Hindels 1951 eine aktive Rolle in der Beendigung der – ursprünglich mit seiner Hilfe aufgebauten – Diskussionsgemeinschaft (dazu später) einnahm, die zu der Zeit DER Sammelpunkt der Parteilinken war.<sup>90</sup> Wie die Geschichte verlaufen wäre, wenn Josef Hindels mit seiner ganzen Autorität, die er in verschiedenen Teilen der Sozialdemokratie hatte, einen anderen Weg eingeschlagen hätte – Bruch mit der SPÖ nach links, z.B. mit Scharf oder Aufbau einer organisierten Linken mit dem Ziel, die Führung der Partei zu übernehmen – all das ist ungewiss. Doch durch seine Rolle hat Hindels einen wesentlichen Anteil daran gehabt, linke Kräfte in der SPÖ zu halten und gleichzeitig der rechten Parteiführung die Macht zu überlassen.

## 2.6. Rückzug der Linken

Die Linke war nie wirklich stark, homogen oder organisiert. „Es gab eine relativ große Anzahl linker Subjekte, aber kaum nennenswerte Gruppen. ‚Links‘ war mehr eine Geisteshaltung als eine Strömung.“<sup>91</sup> Linke kamen aus unterschiedlicher ideologischer Tradition und setzten auf verschiedene Taktiken. Das wusste und nutzte die Parteilinke auch. Die einen beriefen sich ideologisch auf Otto Bauers „integralen Sozialismus“ und traten zumindest kurzfristig für die Bildung einer Einheitspartei mit den KommunistInnen ein. Die SJ-Linke um Josef Hindels und Paul Blau setzte auf das Konzept eines „Dritten Weges“.<sup>92</sup> Große Unterschiede gab es auch bezüglich der Einschätzung der stalinistischen Staaten in Osteuropa. Die einen (Scharf, Krones, Mark) waren durchaus kritisch, sahen aber die stalinistischen Staaten als antikapitalistische Alternative, die „einen historischen Fortschritt“<sup>93</sup>

---

SJ-Funktionär 5/47, zitiert nach: Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 104

89 Hindels, Josef, Die Linken in der SPÖ, VSSTÖ-edition 1, Wien 1974

90 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 32

91 ebenda, Seite 34

92 Weber Fritz, Rechtsvorrang, in: Die ersten 100 Jahre, Seite 244

93 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 30

darstellte. Für die anderen (Hindels und Co.) überwog die Kritik am Stalinismus, sie schlossen sich der antikommunistischen Stimmung an und schlossen jede Zusammenarbeit mit der KPÖ in Folge aus.<sup>94</sup>

Die Repressionswelle innerhalb der SPÖ verschärfte diesen Zustand noch. Die Linke wurde zunehmend isoliert bzw. auf wenige Arbeitsfelder beschränkt. Fritz Weber beschreibt den Weg der Parteilinken unmittelbar nach 1945, der eine der Ursachen, später auch Folgen der Schwäche war. Ein Weg der bis heute nicht mehr wirklich verlassen wurde: Die Basisarbeit in den Parteistrukturen wurde vernachlässigt. Man kam aus dem eigenen Kreis kaum heraus<sup>95</sup>. VertreterInnen der Linken wie Hilde Krones, Erwin Scharf und Karl Mark waren als Abgeordnete zum Nationalrat mit parlamentarischer Arbeit eingedeckt, meldeten sich sogar bewusst für unpopuläre Ausschüsse, die kaum bzw. langsam sichtbare Erfolge brachten<sup>96</sup> und überließen damit die Propagandaebene sowie den Kontakt zur Basis der Rechten. Das erleichterte es in Folge der Parteiführung, sie aufgrund der schwindenden Verankerung in der Parteibasis anzugreifen, ohne auf Widerstand von unten zu stoßen. Hilde Krones z.B. war durch ihre Arbeit in den Frauenstrukturen der Partei stark mit Arbeit eingedeckt, wo es um Unterstützung fürs praktische Überleben ging, was wiederum die Ressourcen für Grundsatzarbeit beschränkte<sup>97</sup>. Weil die Linke eben nicht organisiert (z.B. als Fraktion mit dem Ziel der Übernahme der Partei) vorging, wurde diese Schieflage nicht korrigiert.

Nach den Angriffen der Parteiführung auf Linke gab es einen Rückzug auf das Feld der Theorie, wo man ungestraft links und ‚marxistisch‘ sein durfte, da man in der praktischen Politik wiederum rasch in Konfrontation mit der Parteiführung geriet.<sup>98</sup> Man zog sich auf sichere Arbeitsfelder zurück und wählte seine Worte mit Bedacht. Der Demokratieabbau in der SPÖ und der permanente Antikommunismus führten zu einer Politik der „taktischen Konzessionen“. Es wurde bestenfalls angedeutet was gemeint war, die Parteiführung bzw. deren Linie nie direkt kritisiert.<sup>99</sup> Ab Ende der 1940er Jahre blieb die Linke u.a. in der Koalitionsfrage bei eher allgemeinen Parolen, wo die ÖVP zwar kritisiert, ein Ausstieg aus der Koalition aber nicht konkret gefordert wurde.<sup>100</sup> *„Im Klima des Kalten Krieges engte die Kombination von repressiven und integrativen Maßnahmen den klein gewordenen Kreis der*

---

94 Leopold Spira weist in „KPÖ und SPÖ“ (in: SPÖ – Was sonst, Seite 143f) darauf hin, dass die SPÖ zwar auf Distanzierung von der KPÖ drängte aber – zwar stillschweigend aber doch – Stimmen akzeptierte, die sie durch Wahlaufufe der KPÖ für die SPÖ erhielt (1965 bei der Tiroler Landtagswahl, 1966 bei der Nationalratswahl).

95 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 18f

96 Mark Karl, Lebenserinnerungen, Seite 180

97 Ingrisch Doris, Ohne Kompromiss, Seite 314ff

98 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 246

99 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 26

100 Müller Wolfgang C., SPÖ und große Koalition, Seite 28ff

*Linken und ihrer Wirkungsmöglichkeiten weiter ein. Gewisse Positionen und Möglichkeiten verblieben den Linken in der Bildungsarbeit von Partei und Gewerkschaft.*“<sup>101</sup>

Die Bildungsarbeit bot die Möglichkeit, sich weiterhin mit marxistischen Konzepten auseinanderzusetzen und neutralisierte die Linke weitgehend, „indem sie auf das Feld der reinen Theorie eingeschränkt wurde“<sup>102</sup>. Weil die Linke aber keinen Anspruch hatte, ihre Ideen auch nach außen zu verbreiten, also extern zu publizieren, blieb sie isoliert. Die Parteiführung konnte die Opposition einfach totschweigen. So war die Veröffentlichung von Anträgen und Resolutionen zum Parteitag in der *Arbeiter-Zeitung* per Statut zwar vorgesehen, doch geschah das mit den beiden kritischen Resolutionen von 1947 einfach nicht – aus „Papiermangel“. Unmittelbar nach Kriegsende gab es den *Sozialistischen Informationsdienst*, der von Erwin Scharf und Franz Krones redigiert wurde und damit der Linken einen Raum zur Veröffentlichung von Positionen gab. Doch schon 1946 wurde er eingestellt.<sup>103</sup> Am Wahlkampf 1945 beteiligten sich die Linken loyal, setzten aber mit einer eigenen Flugblattreihe namens *Mundfunk* eigene Akzente<sup>104</sup>. Nach Einstellung des Informationsdienstes wurde kurze Zeit der *Strom*, zuerst Zeitung des VSSTÖ, später das gemeinsame Organ von VSSTÖ und Freiheitskämpfern, als Medium genutzt. 1947 gab es Pläne der Linken zur Gründung des *Pfeil-Verlages*, um über ein eigenes Publikationsorgan zu verfügen. Die Parteiführung untersagte das per Änderung der Statuten am Parteitag 1947.<sup>105</sup> 1948 gab man dann als Zeitschrift *Der Kämpfer* durch den Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer zur Veröffentlichung von Positionen heraus.<sup>106</sup> Die Herausgabe des *Kämpfers* wurde vom Parteischiedsgericht als formales Argument für das einjährige Redeverbot für Scharf benützt. Er hatte die Parteiführung erst nach Erscheinen der ersten Nummer informiert, obwohl ParteifunktionärInnen sich nur mit Zustimmung des Vorstandes an politischen Publikationen beteiligen durften.<sup>107</sup> 1947 druckte die SPÖ den Antrag der SJ, der immerhin fast 50% bekommen hatte, aber inhaltlich ähnlich weit ging wie die Resolution der 44, nur in einer „verstümmelten“ Form ab.<sup>108</sup> Peter Pelinka meint: „Je heikler ein Problem für die Partei war, desto offener waren die Verletzungen demokratischer Spielregeln.“<sup>109</sup> Ohne eigene Medien überließ die Parteilinke das Informationsmonopol der Parteiführung.

---

101 Ganglbauer Stephan, Wahl-Gewinne – Profil-Verluste: Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik (Wien 1995), Seite 61

102 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Seite 190

103 ebenda, Seite 166

104 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 56

105 ebenda, Seite 174

106 ebenda, Seite 175

107 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Seite 183

108 Bericht von Josef Hindels, zitiert in: Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 20f

109 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 21

## 2.7. Zerfall der Linken in Folge der Schläge

Die Repressionen gegen die Linke, die Ausschlüsse, Rückzüge und Integration zeigten Wirkung: hatten beim Parteitag 1947 noch rund 20% der Delegierten für die oppositionelle Resolution bzw. fast 50% für den kritischen SJ-Antrag gestimmt, waren es 1949 nur mehr zwei Stimmen (Hindels, Blau), die oppositionell auftraten.<sup>110</sup> Es gab wohl weniger linke Delegierte bzw. auch weniger Delegierte, die es wagten, offen Kritik zu äußern. Das Dauerfeuer aus der Parteiführung gegen die Linke blieb nicht ohne Wirkung: Die Opposition begann zu zerfallen. Mark zog sich zurück, Scharf ging auf Konfrontationskurs, Krones stand (politisch aber auch wegen ihrer komplizierten Beziehung mit Scharf) dazwischen<sup>111</sup>. Inhaltlich ging es u.a. um die Frage, ob ein Bruch mit der SPÖ auch um den Preis inhaltlicher Konzessionen zu verhindern sei (mit dem Argument, dass dies notwendig sei, um sich nicht von den Massen zu isolieren) oder nicht. Nach dem Ausschluss von Scharf wurden die Angriffe aus der Partei auf Hilde Krones immer schärfer. Heute würden wir das wohl als Mobbing bezeichnen. Es endete mit ihrem Selbstmord.

Der Zerfall der Linken war auch Folge ihrer Inhomogenität. Unter den verschiedenen Jugendorganisationen war einmal die eine, einmal die andere das Sammelbecken für Linke. Rebellentum war in der Partei nicht gefragt und die JugendvertreterInnen (z.B. Peter Strasser) stammten teilweise noch aus der Ersten Republik, waren also in der damaligen Lebensrealität sozialisiert.<sup>112</sup> Die Sozialistische Jugend, (wieder)gegründet noch im April 1945, organisierte in den 40er und 50er Jahren v.a. HilfsarbeiterInnen und Lehrlinge (61-76%, im Vergleich dazu nur 6-14% SchülerInnen<sup>113</sup>). Doch der Impuls für linke Politik kam gerade von den SchülerInnen, die auf zwei Landeskonferenzen erfolglos eine schärfere Abgrenzung gegen die Partei forderten.<sup>114</sup> „Die Organisation (spaltete sich) ab 1947 – ähnlich der Bundespartei – in zwei divergierende Flügel, die vor allem in der Frage, ob die SJ einen sozial- und jugendpflegerischen Charakter haben oder sich als ‚revolutionäres Gewissen‘ der Partei verstehen sollte. So gesehen spiegelten sich die Konflikte innerhalb der SPÖ auch in der SJÖ wider, wenn auch zum Teil unter anderen Vorzeichen.“<sup>115</sup> Dies zeigte sich u.a. darin, dass SJ-VertreterInnen (außer Strasser) auf dem Parteitag zwar für die Resolution der 44 gestimmt

---

110 Weber Fritz, Rechtsvorrang, Seite 246

111 Ingrisch Doris, Ohne Kompromiss, Seite 327

112 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe – die vom Parteitag beaufsichtigten Jugendorganisationen, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Seite 153

113 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 14

114 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien (Wien 1985), Seite 16

115 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 91

hatten, die SJ aber in Folge in ihrer Zeitung *Trotzdem* nicht darüber berichtete bzw. in Person von Hindels sogar öffentlich auf Distanz ging und sich dem „oft übertriebene(n) und unreflektierte(m) Antikommunismus“<sup>116</sup> der Partei anschloss (in Folge dessen zumindest ein kleiner Teil der Mitgliedschaft zur FÖJ wechselte<sup>117</sup>). Die Hoffnung war, dadurch einen größeren „Freiraum“ für die eigene Arbeit zu schaffen; „eine taktische Rechnung, die nicht aufging“<sup>118</sup>. Im Gegensatz dazu druckte der VSSTÖ die Resolution der 44 in seiner Zeitschrift *strom* in vollem Umfang ab, und es folgte für eine kurze Periode sogar eine enge Zusammenarbeit mit der Gruppe um Krones, Mark und Scharf.<sup>119</sup>

## 2.8. Warum diese Wucht gegen die Parteilinke?

Bleibt die Frage, warum die Parteirechte mit solcher Wucht gegen die Linke vorging. Dafür muss ein Blick auf die soziale und politische Lage geworfen werden. Österreich war nach 1945 eines der ärmsten Länder Europas und seine Wirtschaft war stark zerstört. Ziel von Wirtschaft, Regierung und SPÖ war ein florierender Kapitalismus. Da ein Bruch mit dem Kapitalismus nie Ziel der Parteiführung war (und in logischer Konsequenz daher auch kein Bruch mit dem bürgerlichen Staat), mussten alle Stimmen, die für ein anderes Wirtschaftsmodell eintraten, gerade in jenen Zeiten, wo sie noch Massenunterstützung erhalten hätten können, diffamiert bzw. zum Schweigen gebracht werden. Zum Wiederaufbau der Wirtschaft wurde auf Unterstützung der USA (in Form des Marshallplans, um Österreich sicher in der kapitalistischen Hemisphäre zu halten), Währungsreform und auf das Instrument der Lohn-Preis-Abkommen gesetzt. Das erste Lohn-Preis-Abkommen wurde 1947 zwischen den künftigen „Sozialpartnern“ fixiert, das fünfte und letzte 1951. Ab Anfang der 1950er Jahre wurde so die „Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft“ institutionalisiert, die „gewerkschaftliche Tarifautonomie (wurde) der staatlichen Wirtschaftspolitik untergeordnet“<sup>120</sup>. Die Abkommen sahen eine Fixierung von Löhnen und Preisen durch Vertretungen von Wirtschaft bzw. ArbeiterInnenklasse vor. In der Praxis brachten sie Reallohnverluste für die Beschäftigten, da zwar die Löhne nicht angehoben wurden, die Preise aber weniger stabil waren. V.a. hielten sich die Schwarzmarktpreise nicht an das Abkommen. Aus der ArbeiterInnenschaft (und zwar keineswegs nur von „KommunistInnen“ wie es die offizielle Geschichtsschreibung und Darstellung von SPÖ und ÖGB lange behauptete) gab es heftige Proteste gegen die Lohn-Preis-Abkommen. Schon 1946 war es angesichts der schlechten Ernährungslage zu

---

116 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 14f

117 ebenda, Seite 14

118 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 21

119 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 22f

120 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 115

Streiks gekommen. Im Mai 1947 „erlebte Wien die größte Demonstration seit 1945“<sup>121</sup>. Die ArbeiterInnenklasse war nach dem Ende des Faschismus durchaus bereit und fähig zu Mitteln des Klassenkampfes zu greifen. Für den Kurs der Parteiführung war das eine Gefahr. Die Gewerkschafts- und SPÖ-Spitze fürchtete die potentielle Macht der ArbeiterInnenbewegung und versuchte Kämpfe zu verhindern. Der ÖGB-Präsident Böhm erklärte 1948: „*dass der Gewerkschaftsbund heute so stark ist, dass er manche Forderungen durchsetzen könnte, die vielleicht soweit über das Ziel hinausschießen, dass sie den Bestand unserer Wirtschaft gefährden könnten*“.<sup>122</sup>

Dennoch griff die Parteilinke das Thema kaum auf, obwohl die „Sozialpartnerschaft den Bruch mit der marxistischen Erkenntnis von der Bedeutung des Klassenkampfes“ und einen „Schritt weit zurück hinter die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus“<sup>123</sup> bedeutete. Weber weist allerdings darauf hin, dass die linken SozialistInnen „die Aufkündigung des Regierungsbündnisses mit der Volkspartei und eine offensive Lohnpolitik der Gewerkschaften“ befürworteten.<sup>124</sup> Zur Durchsetzung der Lohn-Preis-Abkommen, später der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, also einer kooperativen (im Gegensatz zur konfliktatorischen) Gewerkschaftspolitik, brauchte die Sozialdemokratie, die ja auch die Gewerkschaften dominierte, die Hegemonie über die ArbeiterInnenklasse. Dem Antikommunismus in der SPÖ fielen nicht nur Linke, sondern alle zum Opfer, „die mit dem Koalitionskurs der Parteiführung oder der kooperativen Gewerkschaftspolitik auf Kriegsfuß standen“<sup>125</sup>. Der scharfe Antikommunismus der SPÖ hatte auch den Zweck oder zumindest den erwünschten Nebeneffekt, dass die SPÖ-Linke gehemmt war in ihrer Unterstützung der Proteste gegen die Lohn-Preisabkommen, da die KPÖ in diesen eine zentrale Rolle spielte. Hindels beschreibt, wie in BetriebsrätInnenkonferenzen kritische Stimmen aus der SPÖ zum Thema Lohn-Preis-Abkommen mit antikommunistischem Geschrei isoliert wurden.<sup>126</sup> Wobei Weber auch darauf hinweist, dass die Dominanz der KPÖ das logische Ergebnis der bremsenden Rolle der SPÖ-Führung war: „Tatsächlich war der funktionale Antikommunismus der Sozialisten eine Art Bannfluch gegen Streikaktionen, die unter kommunistischer Führung stehen *mussten*, weil die sozialistischen Gewerkschafter Streiks zu verhindern suchten.“<sup>127</sup> Im Oktoberstreik 1950 spielte daher die „erklärte Linke“ in der SPÖ keine Rolle.<sup>128</sup> Die Jugendorganisationen

---

121 SLP, 1950 – Der große Oktoberstreik (Wien 2000), Seite 14

122 Böhm Johann, zitiert nach: Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 118

123 Hindels Josef, Austromarxismus und SPÖ-Linke: Verändern statt bewahren, in: Roter Anstoß, Seite 26

124 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 21

125 Weber Fritz, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf, Seite 19

126 Hindels Josef, Die Linke in der SPÖ (Wien 1979), Seite 16

127 Weber Fritz, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf, Seite 19

128 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 25

(mit Ausnahme des VSStÖ) übernahmen sogar die Putschthese der Parteiführung.<sup>129</sup> Die Parteilinke konzentrierte sich eher auf die Koalitionsfrage und den Umgang mit (Alt-)Nazis, zweifellos wichtige Themen; doch die „Bread-and-Butter-Issues“, die für die Arbeiterklasse überlebenswichtig waren, waren das nicht. Man hatte sich rasch von den sozialen Themen zurückgezogen oder verdrängen lassen. Von Anfang an hatte die Parteilinke die Arbeit in den Gewerkschaften nicht als zentral wahrgenommen. Doch dass es Ansatzpunkte für eine Opposition in den Gewerkschaften gab zeigte ein Aufbegehren von SPÖ-BetriebsrätInnen gegen die Gewerkschaftsführung auf einer Betriebsrätekonferenz im Juni 1954.<sup>130</sup> Die Unzufriedenheit in der ArbeiterInnenschaft erzeugte Druck auf die Gewerkschaftsführung, die versuchte, die Proteste kurz und gering zu halten. Doch ihre Position wurde mit Einsetzen des Nachkriegsaufschwunges leichter. Die SPÖ-Linke hatte in Ermangelung einer Alternative wenig Argumentationsspielraum: die stalinistischen Staaten waren wenig attraktiv, die Propaganda der helfenden USA war omnipräsent. Bezüglich „Marshall-Plan“ (ERP), der natürlich auch mit einer pro-kapitalistischen Propaganda verbunden war, zog man sich daher im Wesentlichen auf die Position der außenpolitischen „Neutralität“ zurück.<sup>131</sup>

Natürlich konnte die Linke das Thema nicht gänzlich ignorieren. Es finden sich kritische Bezugnahmen, so z.B. in der Resolution der 44 (1947) oder auch aus der SJ. Scharf befasst sich in „Ich darf nicht schweigen“ erstaunlich wenig mit den Lohn-Preis-Abkommen, obwohl zum Zeitpunkt des Erscheinens bereits zwei Abkommen geschlossen worden waren. Die zu dieser Zeit an sich eher brave SJ geriet ins Schussfeld der Parteiführung, als der Wiener Ausschuss der SJ (das Führungsgremium der Landesorganisation) eine Protestresolution anlässlich des 4. Lohn-Preis-Abkommens verabschiedete. Zwei der führenden Funktionäre, Edgar Schranz und Ernst Nedwed, kamen vors Schiedsgericht und erhielten vorübergehend Funktionsverbot.<sup>132</sup>

## 2.9. Objektiv unmöglich?

Die objektive Situation für den Aufbau einer Linken war nach 1945 durch eine Reihe von Faktoren erschwert: die physische Vernichtung der linkestes Kräfte durch den Nazi-Terror, eine ganze Generation geprägt durch das NS-Regime, eine völlig zerstörte Wirtschaft, das Ausbleiben der von Linken erwarteten revolutionären Welle nach Kriegsende und die abstoßenden Erfahrungen mit der stalinistischen Diktatur und deren Festigung in Folge ihrer

---

129 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945-1965 (Wien 1985), Seite 53

130 ARKA, Marxismus - Österreichischer Trotzkismus, Band 2 (Wien 2012), Seite 51

131 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 21

132 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 15f

Rolle im Sieg über den Faschismus und die Ausweitung ihrer Einflussosphäre. Dass die SPÖ eine im Rahmen des Kapitalismus agierende Partei wurde, ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich. Doch es gab auch eine Reihe von positiven Ansatzpunkten: ein weit verbreitetes Verständnis über die Verbindung von Faschismus und Kapitalismus (was dazu führte, dass selbst bürgerliche Parteien wie die CDU positiv auf Sozialismus Bezug nahmen), die Erfahrungen mit internationaler Solidarität, der Wunsch nach einer Einheit der ArbeiterInnenklasse (der sich in regional entstandenen Einheitsprojekten ausdrückte) sowie Projekte von ArbeiterInnenkontrolle (wie bei den ÖBB). Dass die Linke in der SPÖ einen schweren Stand hatte ist offensichtlich. Ihr weitgehendes Scheitern war aber dennoch kein Automatismus, sondern auch die Folge von selbstgemachten Fehlern: am schwersten wiegt hier die mangelnde Organisation sowie die absolute Orientierung auf die SPÖ. Weber erwähnt zwar den Anspruch von Scharf, eine Fraktion oder „Unterpartei mit besonderen Zusammenkünften und Vereinbarungen zu schaffen“<sup>133</sup>, doch scheint daraus nichts geworden zu sein. Grund dafür war wohl die Inhomogenität der RS, vielleicht auch ihre Unerfahrenheit mit bürokratischen Manövern und ihre alternativlose Orientierung auf die SPÖ.

Das alles führte dazu, dass nach 1948 die Linke geschlagen war bzw. keine Rolle mehr in der SPÖ spielte. „Mit Hilde Krones wurde auch der linkssozialistische Geist in der Sozialistischen Partei zu Grabe getragen.“<sup>134</sup> Das nächste Mal erhielt die SPÖ-Linke erst in der Programmdebatte 1958 wieder Bedeutung.

### **3. Von der ArbeiterInnenpartei zur (mehr oder weniger sozialen) Volkspartei**

In den 1940er und 1950er Jahren hatte sich die SPÖ als Ganzes nach rechts entwickelt, sich „von einer reformistischen 'Klassen-' in eine 'Volkspartei' gewandelt, die keinen Anspruch mehr auf eine grundlegende Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung erhebt“<sup>135</sup>. Die Tätigkeiten, Ziele und Positionen der Linken fanden in Folge der Säuberung der SPÖ im Rahmen einer Partei statt, deren Ziel die Stabilisierung eines sozialen Kapitalismus war und im Rahmen eines wirtschaftlichen Umfeldes, dass von den harten 1940er und 1950er Jahren in den Nachkriegsaufschwung überging. Ihren Höhepunkt in der Nachkriegsära hatte die SPÖ unter Kreisky in den 1970er Jahren, doch ihre Bedeutung für die Linke begann spätestens mit der 68er Bewegung und ihren Folgen noch komplizierter zu werden. Vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Linksentwicklung schien sich auch ein Raum in der SPÖ zu öffnen. Doch letztlich ging die Partei v.a. mit bürgerlichen Kräften „ein Stück des Weges gemeinsam“. Bis in

---

133 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 33

134 ebenda, Seite 214

135 Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei, Seite 11

die 1980er Jahre beschleunigte sich dieser Prozess der Verbürgerlichung noch. „SPÖ und ÖGB haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg so vollständig in das wirtschaftliche und politische System integriert, dass sie zu dessen tragenden Säulen gehören. (...) Die Entideologisierung führte zu Pragmatismus, Opportunismus und Verlust politischer Moral.“<sup>136</sup> Wirtschafts- und Sozialpolitisch basiert die Parteilinie auf Sozialpartnerschaft und (Austro-)Keynesianismus, politisch orientiert man sich am Westen.

Mit Ende der 1940er Jahre war die Parteilinke im Wesentlichen besiegt bzw. soweit in die Schranken gewiesen, dass von ihr keine Gefahr mehr ausging. Spätestens seit 1948 war das Ziel der Linken nicht, den Kurs der Partei maßgeblich zu verändern, sondern bestenfalls korrigierend einzugreifen<sup>137</sup>. Die Partei als Ganzes war konsolidiert, auf Linie der Parteirechten gebracht, und so konnte man es sich auch leisten, einige Linke quasi als Feigenblätter zu integrieren. Auch aus dem Alleinvertretungsanspruch der österreichischen Sozialdemokratie<sup>138</sup> entstand die Notwendigkeit, stets einen gewissen Raum für die Linke in der Partei zu belassen, um die Motivation, sich außerhalb der Sozialdemokratie zu organisieren, möglichst gering zu halten. Doch wirklichen Einfluss sollten die Linken nicht erhalten. Als z.B. die SPÖ Neunkirchen einen der bekanntesten Vertreter der Linken, Josef Hindels, als Kandidat für die Nationalratswahlen 1949 aufstellte, ging das bereits zu weit. Auf Intervention von Helmer und wohl unter Zuhilfenahme der „Kommunismus-Keule“ wurde die Kandidatur zurückgenommen.<sup>139</sup> Auch die Anstellung von Hindels beim Parteiverlag wurde verhindert, diesmal von Adolf Schärf.

1949 entstand, auch als Reaktion auf die Wahlniederlage der SPÖ und die Wahlerfolge des „Verbandes der Unabhängigen“ (FPÖ-Vorläufer), die linke Diskussionsrunde „Viktor Adler“, an der sich u.a. Paul Blau, Josef Hindels und Hugo Pepper beteiligten. Diese hielt einige größere Veranstaltung mit drei- bis vierhundert Personen ab, wurde rasch auch über Wien hinaus bekannt, und begann sich auszudehnen: „quer durch alle Generationen, Junge aus Gewerkschaften und Betrieben, ebenso RS'ler. Über ehemalige RS-Funktionäre in der Eisenbahnergewerkschaft dehnte sich die Gruppe zunächst in die Steiermark, dann nach Salzburg aus. Mit diesem Ausholen der Initiative war aber auch schon das Ende erreicht“<sup>140</sup>. Die Initiative wurde 1951 von Blau und Hindels wegen angeblicher kommunistischer

---

136 Blau Paul, Sozialismus und Ökologie – Eine neue Begegnung von Politik und Wissenschaft, in: Rot-Grüner Anstoß, Seite 38f

137 Nicht umsonst nennt Hugo Pepper einen seiner Texte auch „Wir konnten Korrekturen anbringen“

138 1946 beschloss der SPÖ-Parteivorstand „Die Einheit der Arbeiterklasse kann nur in sozialdemokratischen Organisationen verwirklicht werden.“ zitiert nach: Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945-65 (Wien 1985), Seite 29

139 Blau Paul, Sozialismus und Ökologie, Seite 27

140 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 32f

Unterwanderung, aber wohl v.a. wegen des Drucks durch die Parteiführung, aufgelöst.<sup>141</sup>

Pepper beschreibt die Diskussionsgemeinschaft als „letzte(n) Versuch einer Koordination“ und meint, dass „Die Linken in den fünfziger Jahren (...) eigentlich Einzelkämpfer (waren).“<sup>142</sup> Neben diesen EinzelkämpferInnen gab es noch den Rückzug in Formen, die in der Partei keinen Machtanspruch stellten. So agierte zwischen 1946 und 1951 das von Hugo Pepper geleitete SPÖ-linke Studierendenkabarett „Der Rote Hund“, das ein in die Tausende reichendes Publikum erreichte.<sup>143</sup>

Ab 1949, am Ende bzw. nach den parteiinternen Kämpfen gegen die Linken, beschlossen Kräfte von außerhalb eine Orientierung auf die SPÖ. Die trotzkistischen „Internationalen Kommunisten Österreichs“ (IKÖ) setzten z.B. zuerst auf „Fraktionsarbeit“, später auf „Tiefenentrismus“, also versteckte Arbeit in Strukturen der Sozialdemokratie unter Zurückstellen der revolutionären Position, um keinen Rausschmiss zu riskieren. Perspektive war eine Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse in Folge zunehmender Klassenkämpfe, Ziel war der Aufbau eines revolutionären Massenflügels. Gearbeitet wurde v.a. in der SJ, teilweise den Gewerkschaften (wo IKÖler beim Schuharbeiterstreik 1948 auch eine zentrale Rolle spielten) und in der Scharf-Bewegung. Als Medium diente *Der Sozialist – Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern*. Das Konzept ging nicht auf<sup>144</sup> und der Tiefenentrismus war so tief, dass sie teilweise jahrzehntelang innerhalb von SPÖ-Sektionen miteinander arbeiteten, ohne voneinander gewusst zu haben.

Die SPÖ war damals eine lebendige Partei mit einer echten Verankerung in der ArbeiterInnenklasse. Daher spiegelten sich die relevanten gesellschaftlichen Debatten in der SPÖ wider und waren oft Anknüpfungspunkte für die Linke, doch zu großen organisatorischen Brüchen oder Machtkämpfen kam es nicht. Es blieb bei der Inhomogenität und Unorganisiertheit der Linken, zu der Hugo Pepper in einem Interview anführte: „Die Linke hat in den fünfziger Jahren aus mehreren nicht koordinierten Kernen bestanden. In der SJ gab es einen Kern, bei den Mittelschülern, in der Gewerkschaftsjugend, vor allem bei den Privatangestellten, eine gewisse Zeit auch bei den Studenten. In anderen Organisationen gab es keine festgefügt Gruppen, eher eine Partisanen-Tätigkeit von Einzelkämpfern.“<sup>145</sup> In den 1950er bis 1980er Jahren gab es verschiedene linke Ansätze in der Sozialdemokratie. Diese kristallisierten sich teilweise gleichzeitig, meist wechselnd in verschiedenen sozialdemokratischen Strukturen, meist in den verschiedenen Jugendorganisationen, kaum in

---

141 Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 218

142 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 32f

143 Hugo Pepper, Geistige Partisanen, Seite 36f

144 ARKA, Marxismus, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seiten 30ff und 58ff

145 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 32f

den Gewerkschaften und in geringem Umfang auch in der Partei selbst (z.B. Initiative für Sozialistische Politik). Die Parteiführung spielte teilweise die verschiedenen Jugendorganisationen gegeneinander aus, gründete neue bzw. verlegte die Aufgaben. Ziel war auch, eine starke und organisierte Opposition zu verhindern. Allerdings ging es wohl nicht in allen Konflikten zwischen Jugendorganisationen und Partei bzw. zwischen einander primär um inhaltliche Fragen, sondern auch um Kompetenzen, Funktionen, um die Vertretung in den Gremien und Ressourcen.

Zur Einleitung ein kurzer Überblick über die verschiedenen Jugendorganisationen der SPÖ:

- Rote Falken: wieder gegründet 1945, Teil der Kinderfreunde
- Sozialistische Jugend (SJ): wieder gegründet 1945, ursprünglich für SchülerInnen, Lehrlinge und JungarbeiterInnen
- Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSSTÖ): wieder gegründet 1945 als Studierendenorganisation der SPÖ
- Jugend der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG-Jugend)
- Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM): wieder gegründet 1953 und bis 1973 SchülerInnenorganisation der SPÖ
- Junge Generation in der SPÖ (JG): gegründet 1956 als Instrument zum Erreichen von JungwählerInnen
- Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS): gegründet 1976 als SchülerInnenorganisation der SPÖ

Es ist daher im folgenden Teil nicht möglich, eine geradlinige Abfolge der Linken in der SPÖ zu beschreiben, da sich diese schwerpunktmäßig zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Organisationen konzentrierten. Doch auch verschiedene Themen entwickelten sich (durchaus in verschiedenen Organisationsstrukturen der SPÖ aufgegriffen) zum Fokus für Linke bzw. zu einem Polarisationspunkt, um den sich die Linke formierte. In der folgenden Darstellung erfolgt daher eine Mischung aus Abarbeitung an den verschiedenen Strukturen, Themen bzw. einer chronologischen Abfolge.

### **3.1. Die wesentlichen Strukturen der Parteilinken**

#### **3.1.1 Sozialistische Jugend - SJ**

Unmittelbar nach 1945 war die SJ als Nachfolgerin der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Revolutionär-Sozialistischen Jugend gegründet worden und wurde in den ersten Jahren von dezidiert Linken wie Strasser, Hindels, Blau und Weissenberg dominiert, was sie aber nicht

daran hinderte, sich von aufmüpfigen Jugendlichen wie den „Schlurfs“<sup>146</sup> zu distanzieren. In den 1950er Jahren wurde sie zu einem „völlig parteiloyalen Verband zur Rekrutierung künftiger Parteifunktionäre“<sup>147</sup>. Der altersbedingte Weggang der linken Gründerväter und die Gründung des VSM 1953, die Veränderung von Jugendkultur und Jugendarbeit waren Grundlagen für den Rechtsruck der SJ. Hinzu kam, dass der SJ seit 1953 (andere Quellen schreiben von 1952) aufgrund eines Paktes zwischen SPÖ und ÖGB die Arbeit in den Betrieben untersagt war. 1948 stellte die SJ immerhin 78,1% aller Jugendvertrauensleute<sup>148</sup> und befasste sich auch in ihrer praktischen Arbeit mit sozialen Themen. Dieser Wegfall potentieller Mitglieder isolierte die SJ von der Stimmung unter proletarischen Jugendlichen. Es hatte aber in Folge den Effekt, dass die Gewerkschaftsjugend bzw. die FSG-Jugend, welche aber in vielen Fällen ident war und ist, von linken Strömungen in den Jugendbewegungen der Partei ferngehalten wurde.

Die SJ war spätestens ab dem Verbandstag 1952 nicht mehr die Struktur für Linke oder auch nur mit einem linken Flügel ausgestattet. Die linken Teile der SJ Wien, der in der SJ immer eine besondere Rolle zukam, konzentrierten sich Ende der 1940er Jahre in den innerstädtischen Bezirken, die v.a. SchülerInnen organisierten, während die Bezirksorganisationen aus den traditionellen ArbeiterInnenbezirken eher dem rechten Flügel zuzuordnen waren.<sup>149</sup> In Wien hielt sich noch eine Gruppe um Erwin Lanc, doch insgesamt setzte man für rund 15 Jahre mehr auf Freizeitgestaltung als auf einen oppositionellen Kurs.<sup>150</sup> Zwar gärte es Mitte der 1950er Jahre rund um die Debatte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht heftig innerhalb der SJ, doch letztlich half die SJ-Führung der Parteiführung bei der Durchsetzung ihrer Linie. Das führte zur Schwächung der SJ und zu einem Zustand, wo Jugendbewegungen eher außerhalb als innerhalb der sozialdemokratischen Jugendorganisationen stattfanden.<sup>151</sup> In Bezug auf internationale Themen (Vietnamkrieg, Faschismus/Bonapartismus in Griechenland, Spanien, Chile etc.) gab es bis in die 1980er Jahre gelegentliches kritisches Aufflackern gegenüber der Parteilinie, doch weder nachhaltig noch weitreichend.<sup>152</sup>

Für mehrere Jahrzehnte war die SJ mit Ausnahme kleiner Aktionen und einzelner Personen kein Kristallisationspunkt für die Linke in der Sozialdemokratie. Auch die im Zuge der 68er Bewegung erfolgte generelle Politisierung von Jugendlichen, das zunehmende Interesse an linken Ideen, spiegelte sich in der SJ anfangs nur wenig wider. Ab Anfang der 70er

---

146 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 36f

147 Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, in SPÖ – was sonst?, Seite 89

148 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 24

149 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 13

150 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 108f

151 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe, Seite 155f

152 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 30

Jahre gab es dem gesamtgesellschaftlichem Trend folgend einen Politisierungsschub in der SJÖ und in Folge auch eine Linksentwicklung. Diese fand in Wien v.a. kurzfristig rund um eine sich trotzkistisch definierende Gruppe „Funke“ (nicht zu verwechseln mit der Funke Strömung, die in Wien und später auch anderen Bundesländern ab Mitte der 1990er Jahre arbeitet) mit eigenen Publikationen (*Die Rote Jugendpresse* - extern, *funke – Organ der linken Sozialisten in der SJ Wien* intern) statt, die zum Teil aus den ausgeschlossenen VSMLerInnen bestand, die nun auf Entrismus setzte<sup>153</sup> und versuchte in der SJ Mitglieder zu werben und letztlich bis zu sechs Bezirksorganisationen hinter sich hatte<sup>154</sup>. Die Funke Gruppe unterlag allerdings auf der Wiener Landeskonferenz 1974, wurde von Partei und SJ-Führung scharf bekämpft und zerfiel rasch wieder.<sup>155</sup> Langfristiger manifestierte sich diese Politisierung in der Wiener Landesorganisation durch aus dem VSSTÖ kommende Personen wie Josef Cap, Peter Pelinka und Brigitte Ederer. Diese versuchten in der SJ ab Mitte der 70er Jahre mit Fragen wie Schulstreiks, Abschaffung des Religionsunterrichtes und der Arbeit zur Zivildienstfrage zu politisieren<sup>156</sup>. Linke in der SJ sammelten sich auch rund um die SJ-Oberösterreich, die für die folgenden 20 Jahre in einer stalinistischen, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als Kern habende, Tradition stand („Stamokap“). Die SJ erreichte einen SPÖ-kritischen Wahlaufbruch sowie, dass bei der Nominierung für den Nationalratswahlkampf 1975 nur jene KandidatInnen unterstützt wurden, „von denen uneingeschränkte Unterstützung einer konsequenten Reformpolitik im Sinne des demokratischen Sozialismus erwartet werden kann.“<sup>157</sup>

Ab dem Verbandstag 1972 wurde die SJ-Zeitung *Trotzdem* politischer und linker<sup>158</sup>. Ab dem Verbandstag<sup>159</sup> 1974 gab es vermehrt politische Schulung und der 16. ordentliche Verbandstag vom 19.-21.3.1976 wurde zu einem Wendepunkt. Die zur Stamokap-Fraktion gehörenden Bundesländer Salzburg und Oberösterreich hatten gemeinsam mit Wien erreicht, dass sich die SJÖ als „linkssozialistische Kraft“ mit folgenden Aufgaben sah: „Gepaart mit der Strategie der Kaderbildung setzte die damalige Verbandsführung vor allem auf eine stark öffentlichkeitsorientierte Konfliktaustragung als wesentliches pädagogisches Moment zur Bildung von politischem Bewusstsein an der Basis der Organisation.“<sup>160</sup> Es wurde ein neues

153 Interview mit Fritz Keller vom 6.4.2016

154 Der Funke, ...zur Sonne, zur Freiheit - 110 Jahre Sozialistische Jugend (Wien 2005), Seite 17

155 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe, Seite 158 und SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 33f

156 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 35f

157 Zitiert nach: Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, Seite 90

158 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 152ff

159 Entspricht der Bundeskonferenz

160 Gusenbauer Alfred, Sozialistische Jugend und Friedensbewegung – Wichtiger den je, in: Gegen den

Programm (bzw. eine Grundsatzerklärung) beschlossen. Es war das erste Programm einer sozialistischen Jugendorganisation nach 1945<sup>161</sup> und es waren teilweise jahrelange Debatten und Konflikte zwischen und in den Bundesländern vorausgegangen. Personell wurde der Linksruck mit der Übernahme der SJ-Führung durch Josef Cap am Verbandstag 1978 komplettiert.

Im 1976er Programm definiert sich die SJ als marxistische Organisation und blieb das zumindest formal, bis das Programm 1992 außer Kraft gesetzt wurde. Auf dem Verbandstag wurde zumindest theoretisch eine Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse und die „Politik der gewerkschaftlichen Orientierung“ festgelegt<sup>162</sup>, was aber praktisch weitgehend ohne Folgen blieb. Es wurde ein Schwerpunkt auf Schulungs- und Bildungsarbeit gelegt, und es kam zu einer Reihe von auch öffentlich ausgetragenen Konflikten mit der SPÖ. Bei diesen ging es v.a. um die folgenden Themen: Wehrgesetznovelle 1976, die Ernennung parteiloser MinisterInnen bzw. StaatssekretärInnen, die Frage der Kärntner SlowenInnen (angesichts der im Volksgruppengesetz geplanten „geheimen Erhebung der Muttersprache“, von VertreterInnen der slowenischen Volksgruppe auch als „Minderheitenfeststellung“ bezeichnet), die Arena-Besetzung in Wien, das Kernkraftwerk Zwentendorf, Schulpolitik, Waffenproduktion und -lieferung (z.B. angesichts des Lütgendorf-Skandals), Ökologithemen, die Eingriffe der SPÖ in die Jugendarbeit, die Ausarbeitung „kommunalpolitischer Anstöße“ und Caps „drei Fragen“ an den burgenländischen Landeshauptmann Theodor Kery.<sup>163</sup>

In diese Periode fällt auch in der SJ ein Abgehen vom strikten Antikommunismus der Vergangenheit. Dies zeigte sich u.a. in der Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Kuba 1976. In der SJ gab es heftige inhaltliche Debatten auch zwischen verschiedenen „Linken“. Z.B. zeigten sich in der Haltung zu den stalinistischen Staaten gravierende Unterschiede. Das brach z.B. in einer Debatte Anfang der 1980er Jahre auf und verstärkte sich nach dem Besuch einer SJ-Delegation in der Sowjetunion 1981 (Josef Cap vom austromarxistischen Flügel, Erwin Buchinger vom stamokap-Flügel, Karl Schlögl vom parteitreuen Flügel). Debattiert wurde der Charakter der Sowjetunion bzw. darüber, wie kritisch bzw. solidarisch man zu dieser stand.<sup>164</sup>

Auch wenn die SJ in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre politischer und linker als in den Jahrzehnten zuvor war, so war sie doch kein Organisationspunkt für die Linke in der SPÖ. Sie erfüllte mehr die Aufgabe einer (und das wird Jugendorganisationen meist als Aufgabe

---

Strom, Seite 117

161 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 183

162 ebenda, Seite 180

163 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe, Seite 159

164 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 268ff

zugesprochen) ein bisschen aufmüpfen, aber im Kern brav zur Partei haltenden Organisation. Das zeigte sich auch daran, dass bei den Wahlen 1983 (Wiener Gemeinderat und Nationalrat), als die SPÖ mit dem „linken“ Kandidaten Josef Cap auf linke Entwicklungen außerhalb der SPÖ zu reagieren versuchte, den sozialistischen Jugendorganisationen die Aufgabe eines eigenständigen Wahlkampfes zuerkannt wurde<sup>165</sup>.

Diese Doppelfunktion der SJ zeigt sich auch bei ihrem am Verbandstag 1980 beschlossenen Grundsatzprogramm: darin wurde das Selbstverständnis als linkssozialistische Organisation programmatisch festgehalten. Das Grundsatzprogramm beinhaltete neben einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik ein klares Bekenntnis zur Arbeit in der SPÖ. Tatsächlich machten ein paar rebellischere Aktionen der SJ in den 1980er Jahren (gegen den Papstbesuch z.B.) noch keinen linken Polarisationspunkt aus der SJ.

Im Zuge des Wiederaufbaus einer eher darniederliegenden SJ Wien in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstand das auch in der Organisation links stehende Sozialistische Schülerzentrum (SSZ), die Vorläuferorganisation der Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS). Aus diesem Umfeld kamen jene Mitglieder, die für den Linksschwenk der Landesorganisation 1981 maßgeblich verantwortlich waren.<sup>166</sup> Bei den Landeskonferenzen 1980 und 1981 trat die sich formierende Linke in der SJ auf, getragen von Mitgliedern die aus dem VSSTÖ kamen (Renate Brauner, Brigitte Ederer, Peter Pelinka), Resten der Funke-Gruppe (Heinz Vettermann) und SSZ-Aktivist\*innen (Werner Faymann, Wolfgang Jansky).<sup>167</sup> Pittler attestiert diesen Linken, sich zwar „marxistisch“ zu geben, aber eine „linke Phraseologie“ zu verwenden, weil sie „an der Basis äußerst populär war“. Der „theoretische Wissensstand hingegen (war) mehr als dürftig“.<sup>168</sup>

In ihrer eigenen Publikation, erschienen unter dem damaligen Landesvorsitzenden der Wiener SJ Werner Faymann, wird dessen Wahl als Linksentwicklung präsentiert und insbesondere das IUSY<sup>169</sup>-Festival 1981 hervorgehoben.<sup>170</sup> Wobei Gusenbauer in seiner Darstellung das starke Auftreten der LPYS<sup>171</sup> bedauert, der Jugendorganisation der britischen Labour Party, die damals am linken Rand der IUSY stand<sup>172</sup>. Das lässt Rückschlüsse auf seine

---

165 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 46

166 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 212f

167 ebenda, Seite 213

168 ebenda, Seite 216

169 IUSY, International Union of Socialist Youth, die internationale Organisation der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Jugendorganisationen

170 SJ-Wien, 40 Jahre Sozialistische Jugend Wien, Seite 43ff

171 Labour Party Young Socialists, damals die Jugendorganisation der britischen Labour Party in der die trotzkistische Militant Tendency die Führung stellte

172 Gusenbauer in SJ-Aktuell 3/81, zitiert nach: Pittler, Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 222

eigene Positionierung zu.

Beim IUSY-Pfingsttreffen, dass vom 5. bis 9. Juni 1981 in Wien stattfand, nahm eine neue linke Tendenz in der SJ ihren Anfang: die Vorwärts Strömung. Sie ging aus Kontakten der von der trotzkistischen Militant Tendency dominierten LPYS mit Mitgliedern der SJ Wien hervor.<sup>173</sup>

In ihren Anfängen konzentrierte sie sich auf Wien, mit einzelnen VertreterInnen in Niederösterreich und Wels. Im Laufe der Jahre konnte der Einfluss auf Gruppen in Salzburg, Oberösterreich und Vorarlberg ausgebaut werden. Die Vorwärts-Strömung wurde in der SJ solange geduldet, als sie keine Bedrohung für die SJ- bzw. die Parteiführung war. 1992 wurde sie dies und es kam zu Ausschlüssen.

Die SJ-Führung, die sich damals als Teil der SPÖ-Linken sah, wurde dem Kurs und der Politik der Partei aber niemals gefährlich. Linke analysierten anlässlich des 20. Verbandstages der SJ 1984, dass es außer Lippenbekenntnissen wenig konkrete linke Politik gab und beschrieben die Flügel in der SJ als „Der stalinistische Oberösterreichflügel, der linksreformistische Flügel um Gusenbauer, Schneider (der neue Verbandssekretär) und Cap, sowie der parteifreundliche Flügel der SJ-Niederösterreich.“<sup>174</sup> Viele der VertreterInnen der SJ-Linken – Josef Cap, Brigitte Ederer, Peter Pelinka, Erwin und Herbert Buchinger – haben später Schlüsselpositionen in bzw. durch die SPÖ errungen.

### **3.1.2. Verband Sozialistischer Mittelschüler – VSM**

1953 war es zur Wiedergründung des VSM, als Nachfolgeorganisation des Bundes Sozialistischer Mittelschüler Österreichs BSMÖ, gekommen. Dies wurde vom BSA (damals: Bund Sozialistischer Akademiker), der wegen seiner Integrationspolitik gegenüber ehemaligen NationalsozialistInnen nicht gerade den linken Rand der SPÖ darstellte, seit Ende der 1940er Jahre in der Partei gepusht, u.a. um mittelfristig den VSSTÖ zu stärken und als intellektuelle Kaderschmiede für die SPÖ zu dienen. In den 1950er Jahren kam es zu einer recht engen Zusammenarbeit zwischen VSSTÖ und VSM.

Die SJ war naturgemäß gegen die separate Organisierung der MittelschülerInnen (heute: AHS), nachdem ihr kurz zuvor schon die Lehrlinge abhanden gekommen waren. Zum gespannten Verhältnis zwischen SJ und VSM<sup>175</sup> trug auch die Tatsache bei, dass in dieser Periode die SJ eher parteitreu, der VSM aber am linken Flügel der Sozialdemokratie

---

173 Aus der Vorwärts-Strömung wurde 1996 die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV), 2000 die Sozialistische LinksPartei (SLP). Führende VertreterInnen wurden, ebenso wie in Britannien, aus der SJ ausgeschlossen. Aus der britischen Militant Tendency ging später die Socialist Party hervor.

174 Pittler Andreas, Ausser Thesen nichts gewesen, in Vorwärts Nr. 5, Seite 2

175 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953-73 (Wien 1986), Seite 97ff

angesiedelt war. Das zeigte sich darin, dass die SJÖ den VSM wiederholt bei der Partei denunzierte, mit KommunistInnen zusammen gearbeitet zu haben<sup>176</sup> sowie 1974, nach dem Bruch des VSM mit der SPÖ, den Ausschluss des VSM aus dem Bundesjungendring beantragte<sup>177</sup>. Auch in dieser Periode kam der größte Teil der Linken aus sozial besser gestellten Schichten und konnte, insbesondere in der Periode des längsten Wirtschaftsaufschwunges der Zweiten Republik, auf sozialen Aufstieg hoffen. Das österreichische Schulsystem mit seiner frühen Trennung in AHS und Hauptschule trennt(e) Jugendliche, insbesondere in den Städten und ganz besonders in Wien, schon im Alter von 10 Jahren weitgehend, dass Kontakte zur jeweils anderen Gruppe sehr selten waren und sind. Die Beziehungen der „sozialistischen Mittelschüler“ zu den Lehrlingen und jungen HilfsarbeiterInnen bzw. zur organisierten ArbeiterInnenbewegung waren eher gering.

Im VSM wurde Schulung von Anfang an großgeschrieben. Man sah sich in einer austromarxistischen Tradition und meinte damit v.a. Otto Bauer. Ein relativ enges Rekrutierungsfeld (MittelschülerInnen), eine relativ strikte Ablehnung von Alkohol und Nikotin sowie gewisse Schulungsanforderungen an die Mitglieder machten den VSM zu einer Organisation mit einem eher elitären Anspruch und Auftreten. Die Organisation wuchs dennoch nur neun Monate nach ihrer Gründung auf 300 an und verdreifachte sich damit.<sup>178</sup> Ursprünglich keineswegs links, mit einem aus heutiger Sicht gewissen Puritanismus behaftet und eine Organisation, die bei Wahlen half und der Partei neue Mitglieder rekrutierte<sup>179</sup>, veränderte sich der VSM zunehmend und wurde zum Kristallisationspunkt der Linken. Gründe dafür waren wohl auch die Verbundenheit mit den Traditionen des Roten Wien und der konsequente Antifaschismus, der den VSM rasch in Konflikt mit der SPÖ brachte. Auch die Schulreform von 1962 entsprach nicht den Forderungen des VSM (die soziale Durchlässigkeit wurde nur minimal verbessert, der Einfluss der Kirche nicht abgebaut) und wurde ebenfalls zum Kritikpunkt an der SPÖ-Linie.<sup>180</sup> Der BSA drückte seinen Unmut daran aus, z.B. im Stoppen der finanziellen Unterstützung für die VSM Zeitung *rote tafel*. Hier sprang immer wieder die GPA ein, deren Generalsekretär damals noch Josef Hindels war.<sup>181</sup> „Als linker Kern hatte Anfang der sechziger Jahre nur noch der Mittelschülerverband, der VSM, Bestand.“<sup>182</sup> Mitgliedermässig war der VSM allerdings schwächer als dargestellt; offiziell gab es 1972 7.000

---

176 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 130f

177 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 156

178 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 132

179 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 82f

180 ebenda, Seite 72ff

181 ebenda, Seite 38 und 100

182 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 32f

Mitglieder, tatsächlich waren es eher 350<sup>183</sup>. Andere Quellen sprechen von einer Reihe von Strukturen und auch Publikationen, interne wie externe bzw. diverse SchülerInnenzeitungen und Regionalzeitungen (*confront*, *frontal*, *Contra*, *Schülerfront*, *hepp-hepp*, *Hochschulkampf*, *VSM-Info*, *MIZE*), die zumindest zeigen, dass es eine sehr aktive Basis in verschiedenen Arbeitsfeldern gab.<sup>184</sup> Mit diesen Publikationen wendete man sich teilweise in erheblichem Umfang an Nicht-Mitglieder, wie z.B. mit dem *frontal*, das teilweise in Auflagen von 10-20.000 Stück erschien.<sup>185</sup>

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre sicherte sich die Partei aufgrund der hohen Schulden des VSM die weitgehende Kontrolle der Finanzen<sup>186</sup>. Es kam auch zu Ausschlüssen und Maßregelungen, wenn zu laut gegen die Parteilinie aufgetreten wurde<sup>187</sup>. Ende der 1960er Jahre mit einer Politisierung von Teilen der Jugend auch im internationalen Kontext (Vietnamkrieg u.a.), kam es zu Veränderungen im VSM. Man wurde „undogmatischer“ bzw. „antiautoritär“ und (was nicht bedeutete, dass man seine ideologischen Inhalte über Bord warf) zunehmend kritischer gegenüber der SPÖ.<sup>188</sup> Das drückte sich u.a. auch in einer Änderung der Geschäftsordnung 1970 aus, wo – wohl einmalig in der Sozialdemokratie – ein gewisses Fraktionsrecht eingeräumt wurde, zumindest in der Art, dass Minderheiten ihre Position verbandsöffentlich vertreten können.<sup>189</sup> Der VSM war im Zuge der 68er Bewegung weiter radikalisiert worden, und es kam zu einer zunehmenden Orientierung an den Ideen von Ernest Mandel und der 4. Internationale. Ab 1968 spitzten sich die Konflikte zwischen VSM und SPÖ zu und führten in einigen Bundesländern zum Bruch der Beziehungen. Die Anlässe waren teilweise zweitrangig (in Salzburg war es ein Artikel, in dem eine Beziehung zwischen Weihnachten und Koitus hergestellt wurde), teilweise wurden aber auch zentrale Positionen der SPÖ in Frage gestellt (wie in Kärnten, wo die Minderheitenpolitik der dortigen SPÖ kritisiert wurde).<sup>190</sup> Hintergrund war die zunehmend parteikritische und eigenständige politische Arbeit des VSM auch im SchülerInnen- und Lehrlingsbereich unter einer ideologischen Flagge, die der Parteiführung nicht recht war. Die Haltung der Gesamt-SPÖ spiegelt sich wohl in der Haltung des Landesparteisekretärs der Kärntner SPÖ, Leopold Wagner, wider: „kritik dürfe nur

---

183 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 163

184 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 176ff und Svoboda Wilhelm, Seite 116 bzw. 141 bzw. 143

185 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 140

186 ebenda, Seite 85f

187 ebenda, Seite 94f

188 ebenda, Seite 112ff

189 ebenda, Seite 123f

190 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen – Am Beispiel der SPÖ (Wien 1987), Seite 55

innerhalb der partei geübt werden, kritik dürfe keinesfalls nach außen dringen...“<sup>191</sup>.

Auch wurde von Seiten des VSM die Arbeit in der SPÖ zunehmend in Frage gestellt, da diese nicht mehr als ArbeiterInnenpartei charakterisiert wurde.<sup>192</sup> Das Selbstverständnis des VSM änderte sich weg von der Vorfeldorganisation der SPÖ für MittelschülerInnen hin zu einer „linke(n) Organisation, deren Anspruch sich nicht nur auf das Gebiet der Mittelschülerarbeit der SPÖ beschränkte“<sup>193</sup>. Ab Anfang der 1970er Jahre wurde die finanzielle Unterstützung des VSM (Bezahlung der Miete für Lokale bzw. Büros, Druckkosten etc.) auf unterschiedlichen Ebenen eingefroren. „Die Reaktionen auf einzelne Publikationen (z.B. rote Tafel, strom) belegt, dass die Gefahr des Öffentlich-werdens von Konflikten durch den Einsatz von Repressionsmitteln gebannt wurde. Die Zahl der angedrohten Subventionskürzungen sind Legion. Kritik wurde als Störung der Einheit der Partei angesehen.“<sup>194</sup>

In dieser Zeit wurden auch die VSM-internen Bestrebungen einer Gruppe von FunktionärInnen für einen Bruch mit der SPÖ und der Organisierung als eigenständige Partei (angedacht war RAPÖ – Revolutionäre Arbeiterpartei Österreichs) konkreter.<sup>195</sup> Michael Amon, damals Aktivist, erklärt, dass „in den letzten Jahren (so ab 1971) vor dem Austritt bzw. Rausschmiß des VSM aus der SPÖ im VSM eine Doppelstruktur bestand, von der die Partei (und die ‚normalen‘ Mitglieder) nichts wußte(n)“.<sup>196</sup> Bei der 11. Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 1972 beschloss der VSM den Bruch mit der SPÖ und meldete den VSM sowie den VMA (Verband Marxistischer Arbeiterjugend) als Vereine an<sup>197</sup>. Die SPÖ nutzte ihrerseits Anfang 1973 ein VSM-Flugblatt als Vorwand, um die Beziehungen zum VSM „bis auf weiteres“ abubrechen<sup>198</sup>. Die Führung wurde unter Mithilfe von SJ- und VSSTÖ-Mitgliedern ausgetauscht. Zwar bekämpften die „Ausgeschlossenen“ das Vorgehen der Partei und erhielten sogar formalrechtlich gegenüber der SPÖ recht.<sup>199</sup> Doch es folgte die Streichung der Gelder durch die SPÖ und damit das Ende dieses VSM, der dann auch insgesamt rasch in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Innerhalb der Gruppe kam es zu Differenzen über den weiteren Kurs, und man ging letztlich getrennte Wege. Ein Teil versuchte entristisch in der SJ Wien zu arbeiten und war wesentlicher Teil der damaligen „Funke“ Gruppe. Manche bekamen

---

191 Protokoll des 16. außerordentlichen Landestages des VSM-Kärnten, zitiert nach: Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 56

192 ARKA, Österreichischer Trotzismus, Band 2, Seite 178

193 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 122

194 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 73

195 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 150f

196 Mailverkehr mit Michael Amon vom April 2016

197 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 152

198 Contra 10/73, S. 16, zitiert nach: Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 163

199 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 163

vorübergehend Unterschlupf in der GPA unter dem in der Gewerkschaft links stehenden Dallinger. Doch gab es von Dallinger keinerlei Bestrebungen, eine organisierte Linke aufzubauen<sup>200</sup>. Ein Großteil der VSMlerInnen zog sich unmittelbar bzw. nach den Rückschlägen in der SJ aus der politischen Arbeit zurück, ein Teil fand seinen Weg in andere Organisationen bzw. zurück in die SPÖ.<sup>201</sup>

Der VSM war für einige Jahre der Sammelpunkt der Linken und stellte wohl im Rückblick in der gesamten Nachkriegsgeschichte die am stärksten organisierte Kraft und eine der wenigen Kräfte dar, die auf einen Bruch mit der SPÖ hinarbeiteten. Und doch blieb nach dem Ausschluss 1973 keine Organisation über, bzw. es wurden die Kräfte nicht in eine neue unabhängige Organisation überführt. Einmal mehr hatte sich gezeigt, dass ohne eigenständige Struktur und unabhängige Finanzen eine Opposition oder eine neue Organisation auf Dauer nicht aufgebaut werden kann. Der einzigen Oppositionsgruppe in der SPÖ, der das jemals dauerhaft gelungen ist, ist die Vorwärts-Strömung (später SOV bzw. SLP).

Das Ende des VSM führte zu einer Belebung der SJ, die nun das freigewordene Feld der SchülerInnenarbeit übernehmen konnte, was von der Parteiführung auch unterstützt wurde, um sich des VSM wirklich zu entledigen. Der parteitreue Verbandsobmann Peter Schieder sah diese Entwicklung durchaus kritisch, hatte er doch Bedenken, dass die linken SchülerInnen die SJ zu stark beeinflussen könnten.<sup>202</sup> Tatsächlich kam es in dieser Zeit zu einer Politisierung und Linksentwicklung der SJ, die sich u.a. in den Seiten der SJ-Zeitung *Trotzdem* widerspiegelte, wo Herbert Lackner (später AZ und Profil), Bruno Aigner (jahrzehntelanger Sekretär von Heinz Fischer) und andere Marxismus und Antikapitalismus beschworen.<sup>203</sup>

### **3.1.3 Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs – VSStÖ**

Der VSStÖ stellt seit seiner Wiedergründung 1945 eine wichtige Kaderschmiede der SPÖ dar, was sich in bekannten (ehemaligen) Vorsitzenden wie Karl Blecha, Peter Jankowitsch, Hannes Androsch, Michael Häupl, Alexander Wrabetz und Jürgen Czernohorszky ausdrückt<sup>204</sup>. Gleichzeitig fanden sich immer wieder Personen im VSStÖ bzw. auch die Organisation als Ganzes am linken Rand der Sozialdemokratie. Ab Anfang der 1960er Jahre traten die älter werdenden VSMlerInnen, die für den VSM zu alt wurden, in den damals eher rechten VSStÖ

---

200 Interview mit Franz Mikolasch, 28.4.2016

201 Interview mit Fritz Keller vom 6.4.2016

202 Marxismus, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 179

203 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 168ff

204

[https://de.wikipedia.org/wiki/Verband\\_Sozialistischer\\_Studentinnen\\_und\\_Studenten\\_%C3%96sterreichs#Bekannte\\_.28ehemalige.29\\_Bundesvorsitzende](https://de.wikipedia.org/wiki/Verband_Sozialistischer_Studentinnen_und_Studenten_%C3%96sterreichs#Bekannte_.28ehemalige.29_Bundesvorsitzende), zuletzt abgerufen am 7.2.2016

ein, um diesen ganz bewusst nach links zu rücken<sup>205</sup>. 1965 kam es zu einem Machtkampf innerhalb des VSStÖ zwischen dem linken und dem rechten Flügel. Dieser wurde auch stark auf formaler Ebene geführt und endete letztlich mit einem Sieg der Linken. Die Stärke beider Organisationen – aus heutiger Sicht beachtlich – darf aber nicht überschätzt werden. VSM und VSStÖ waren beide für damalige Zeiten keine besonders großen Organisationen (1965 jeweils österreichweit unter 2.000 Mitglieder), und hatten trotz eines Kaderanspruches des VSM ein lockeres Mitgliederprinzip, was sich darin zeigte, dass bei Demonstrationen nur fünf bis maximal 25% der Mitgliedschaft zu mobilisieren waren.<sup>206</sup>

Bedeutung gewannen der VSStÖ und seine Funktionäre Ferdinand Lacina (wenn auch damals nicht namentlich erwähnt) sowie Heinz Fischer in der Borodajkewycz-Affäre<sup>207</sup> Mitte der 1960er Jahre, in der „die Linken um VSStÖ/VSM der SPÖ und breiten Teilen der demokratischen Öffentlichkeit das Gesetz des Handelns auf(zwang)“<sup>208</sup>.

Die Radikalisierung der 68er Bewegung spiegelte sich auch im VSStÖ wider. In den 1970er Jahren kristallisierten sich wichtige Teile der Parteilinken im VSStÖ. Dieser war durch die an den Universitäten im Zuge der 68er Bewegung entstandenen Basisgruppen beeinflusst und lehnte traditionelle marxistische Organisationsprinzipien eher ab.<sup>209</sup> Er orientierte sich an der „Neuen Linken“ bzw. der außerhalb der SPÖ agierenden Linken wie z.B. der „Kommune Wien“.<sup>210</sup> Nach einem kurzen Machtkampf mit dem rechten Flügel und dem Sieg der Linken Anfang 1970 agierte der VSStÖ mit dem Prinzip der Basisorientierung und einem Programm, das antikapitalistische Schlagworte in letzter Konsequenz mit einer Orientierung auf die SPÖ verband.<sup>211</sup>

Am 1.5.1968 kam es zu einer Störaktion von Mitgliedern des VSStÖ bei den SPÖ-Aktivitäten zum 1. Mai gemeinsam mit dem außerhalb der SPÖ stehenden SÖS (Sozialistischer Österreichischer Studentenbund). Die SPÖ lies die protestierenden linken Studierenden rund um den VSStÖ von der Polizei wegprügeln (sie hatten Diskussionen über die Entlassungen von Beschäftigten in Wiener Fabriken verlangt). Im Anschluss verlangte die SPÖ ein Ende solcher Aktionen als Bedingung für die weitere Finanzierung und Führung des

---

205 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 99f

206 Rehak Günter, Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende – Die sechziger Jahre, in: SPÖ – Was sonst? Seite 47

207 Taras Borodajkewycz war Professor an der Hochschule für Welthandel und machte aus seinen Sympathien für den Nationalsozialismus kein Hehl. Lacina schrieb seine einschlägigen Kommentare mit, Fischer veröffentlichte sie.

208 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 135

209 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ in den Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung, in: SPÖ – Was sonst, Seite 65f

210 Keller Fritz, „Neue Linke“ und Sozialdemokratie 1968-1982, in: SPÖ – Was sonst, Seite 150f

211 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 66f

VSStÖ als Parteiorganisation.<sup>212</sup> Der Entzug von Geldern bzw. die Stilllegung von Beziehungen der Partei zum VSStÖ und das öffentliche Nachdenken über eine Reorganisation der Jugendarbeit waren Mittel der Repression gegen Linke, die die SPÖ 1976 wiederholte.<sup>213</sup>

Die neue Führung des VSStÖ-Wien veröffentlichte 1971 eine Art Grundsatzerklärung in der *Roten Revue*, wo man als Ziel „eine gesellschaftsändernde (sic!) Politik mit der langfristigen Perspektive der Beseitigung aller Klassen- und Herrschaftsstrukturen“<sup>214</sup> formulierte. Es folgte eine sprachlich an der Neuen Linken orientierte Zielorientierung, die aber letztlich eine durchaus klassische Trennung in „Minimalprogramm“ (also unmittelbar umsetzbare Reformen im Rahmen des Kapitalismus) und „Maximalprogramm“ (Überwindung des Kapitalismus) ohne Verbindung zwischen den beiden darstellte. Daraus ergab sich in der Praxis trotz einer theoretischen Orientierung auf die ArbeiterInnen der Fokus auf die Arbeit an den Hochschulen und auf die Arbeit in der SPÖ und ihren Gremien, sogar stärker als bisher.<sup>215</sup>

Die Politisierung und der Druck aus der SPÖ führten innerhalb des VSStÖ zu heftigen Debatten, und so gab es auch Beschlüsse von Teilstrukturen des VSStÖ bezüglich eines organisatorischen Bruches mit der SPÖ.<sup>216</sup> So sprach sich z.B. bei einer Abstimmung bezüglich der Frage einer Wahlempfehlung für die Partei bei der Nationalratswahl 1975 letztlich eine Mehrheit dagegen aus<sup>217</sup>. Im Gegensatz dazu setzte sich die SJ unter Peter Schieder für eine „IPO“ (Innerparteiliche Opposition) im Gegensatz zur „APO“ (Außerparlamentarische Opposition) ein<sup>218</sup>.

In einem im Jahr 1972 veröffentlichten, aber mit August 1971 unterschriebenen Artikel, schrieb ebenfalls in der *Roten Revue*, der Zeitung des VSStÖ, ein „J.D.“ (wahrscheinlich Johann Dvorak) über die Einschätzung der Sozialdemokratie: „Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung darf also nicht, oder kaum, auf der ideologischen Ebene geführt werden; auch auf die Reideologisierung der Partei braucht keine Hoffnung vergeudet zu werden. Eine politische Strategie, die sich ausschließlich auf die Einflußnahme auf die Partei auf ihre Veränderung zum Guten, die Rückbesinnung auf die alten Ideale hin konzentriert, ist daher auch von vornherein zum Scheitern verurteilt.“<sup>219</sup> Es folgt aber eine klare Ablehnung von

---

212 Fischer-Kowalski Marina, Zur Entwicklung von Universität und Gesellschaft in Österreich, in: Fischer Heinz (Hrsg.): Das politische System Österreichs, Wien 1974, zitiert nach: Rehak Günter, Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende – Die sechziger Jahre, Seite 57

213 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 70

214 VSStÖ, Zur Politik des VSStÖ-Wien, in: Rote Revue, Nr. 5/1971, Seite 5

215 ebenda, Seite 5ff

216 Keller Fritz, „Neue Linke“ und Sozialdemokratie, Seite 150ff

217 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 67

218 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 50

219 J.D. (wahrscheinlich Dvorak Johann), Zur Einschätzung der Sozialdemokratie, in: Rote Revue, Nr. 4/72,

„Agitation gegen die Sozialdemokratie schlechthin“ und die Betonung des Verbleibs in der Sozialdemokratie. An anderer Stelle wird die Arbeit außerhalb der Sozialdemokratie auch mit dem Schlagwort (links)sektiererisch de facto diffamiert.<sup>220</sup>

Die Tatsache allerdings, dass in fast allen Ausgaben der Roten Revue Texte und Resolutionen abgedruckt wurden, die erklären, warum ein Verbleib in der SPÖ notwendig sei, weist darauf hin, dass es in und um den VSStÖ offenbar heftige und wiederkehrend Debatten zu diesem Thema gab. Auch Hannes Swoboda erklärte diesbezüglich zwar einerseits die Notwendigkeit der Organisierung der Linken, doch andererseits im Wesentlichen mit dem Ziel, in und durch die SPÖ Reformen zu ermöglichen, „deren Durchsetzung zur Emanzipation beträgt (sic!)“<sup>221</sup> (gemeint ist nicht soziale, sondern demokratische Emanzipation).

Im Wesentlichen war die Argumentation die folgende: das Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse ist nicht revolutionär, sondern reformistisch. Die ArbeiterInnenklasse ist in der Sozialdemokratie. Daher ist es notwendig, ebenfalls in der Sozialdemokratie zu sein. WIE allerdings die Arbeit in dieser Sozialdemokratie aussehen soll (auch um sich nicht längerfristig anzupassen), dazu findet sich in den theoretischen Auseinandersetzungen in der Roten Revue nichts. Andere sahen die Sozialdemokratie „als politisches Aktionsfeld nicht aber als – re-instrumentalisierbares Kampfmittel der Arbeiterklasse“, machten aber klar, dass die Gründung einer neuen Partei nicht auf der Tagesordnung stand und abhängig von der Entwicklung der konkreten Kämpfe sei.<sup>222</sup> 1973 hatte sich der Ton dann endgültig geändert, und in einer Resolution wurde festgestellt: „Der Prozess, in dem sich die SPÖ von einer reformistischen Arbeiterpartei zu einer bürgerlichen ‚Volkspartei‘ entwickelt (sic!) hat ist irreversibel.“<sup>223</sup> Weiters wird erklärt, dass die SPÖ auch als Reaktion auf den Druck aus der ArbeiterInnenklasse einen linken Flügel zulässt und braucht. „Der Aufbau einer linken Opposition in der SPÖ kann jedoch nicht Teil einer revolutionären Perspektive sein. Das schließt jedoch eine partielle Arbeit in dieser Organisation nicht aus. (Bildungsarbeit!)“ Ziel ist nicht eine eigene Organisation, sondern „informelle Kader“, die am Rand der SPÖ sind, in und mit dieser an der Bildung des Bewusstseins arbeiten.<sup>224</sup> Auch hier finden wir die bei der SPÖ-Linken wiederkehrende Konzentration auf Bildung in einer abstrakten Form.

Die Mehrheit des VSStÖ folgte dieser Linie. Inhaltlich setzte man auf Themen wie die

---

Seite 4

220 z.B. Presseerklärung des VSStÖ-Salzburg, in: Rote Revue, Nr. 2/73, Seite 2

221 Swoboda Hannes, Voraussetzung ist Organisierung, in: Rote Revue, Nr. 6/73, Seite 8

222 Matzl Siegfried, Zur Frage einer sozialistischen Strategie innerhalb der SPÖ, in: Rote Revue, Nr. 8/73, Seite 9

223 VSStÖ, Thesen zur Österreichischen Sozialdemokratie, in: Rote Revue, Nr. 9/73, Seite 11

224 ebenda, Seite 11

Dauer des Wehrdienstes, klassische antiimperialistische Themen (Proteste gegen Nixonbesuch 1972, Proteste gegen das Franco-Regime 1975) und antifaschistische Proteste (gegen einen Vortrag von Otto Scrinzi 1976).<sup>225</sup> Aufgegriffen wurden weiters die Volksgruppenerhebung 1976, Zwentendorf, Schulpolitik, Waffenproduktion und Waffenexporte (z.B. nach Chile und Argentinien), die Friedensbewegung sowie die Kritik an diversen sozialdemokratischen FunktionärInnen.<sup>226</sup> Das brachte VSStÖlerInnen immer wieder in Konfrontation mit der SPÖ. Es gab auch eine Reihe von repressiven Maßnahmen durch die SPÖ-Führung gegen Mitglieder und FunktionärInnen sowie freiwillige Austritte.<sup>227</sup> In Salzburg trat Anfang der 1970er Jahre die gesamte Leitung zum Kommunistischen Studentenverband über<sup>228</sup>. Doch solche Entwicklungen waren die Ausnahme.

Debatten über die Frage einer gewerkschaftlichen Orientierung, des Umganges mit den stalinistischen Staaten und der Schwerpunktsetzung auf demokratiepolitische Fragen an den Universitäten zeigten die inhomogene politische Basis und führten in Folge zu Brüchen und Konflikten innerhalb des VSSTÖ.<sup>229</sup> So kam es nicht zu einem Bruch der Gesamtorganisation mit der SPÖ, sondern Teile des VSSTÖ bzw. der AktivistInnen gingen, während der Großteil im Gegenteil einen Treueeid ablegte. Es kam zu einem Geheimabkommen, in dem sich die Hochschullinke verpflichtete, „von regierungsfeindlichen Aktionen abzusehen und keine gemeinsamen Aktionen mit Kommunisten durchzuführen.“<sup>230</sup> Das Abkommen wurde aber nicht akzeptiert, und in Folge blieben die offiziellen Verbindungen mit der SPÖ auf längere Zeit stillgelegt.

### 3.1.4. Linke in den Gewerkschaften bzw. in der FSG

In den Gewerkschaften gibt es einige v.a. als Einzelne agierende Linke sowie mit der Zeitschrift *mitbestimmung* auch ein langfristiges Projekt. Doch war die Arbeit für Linke innerhalb der Gewerkschaften bzw. der FSG, was in der Praxis oft weitgehend identisch war, noch schwieriger. Dies ist wohl eine Folge der starken Arbeitsteilung bzw. organisatorischen Aufteilung und auch, weil sogar von erklärten Linken wie Dallinger eingefordert wurde, dass sich GewerkschafterInnen „entscheiden“ müssen, ob sie gewerkschaftlich aktiv sind oder in der Partei<sup>231</sup>. Dadurch wurde die Tendenz von GewerkschafterInnen, sich um die unmittelbaren

225 Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985 – Aufstieg und Behauptung, in: Gegen den Strom, Seite 65f

226 ebenda, Seite 69f sowie Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, Seite 93f

227 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 69

228 Ganglbauer Stephan, Wahl-Gewinne – Profil-Verluste, Seite 50

229 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 67f

230 ebenda, Seite 71

231 Interview mit Franz Mikolasch vom 28.4.2016

„Bread-and-Butter Issues“ zu kümmern, sich in der „Gewerkschaftlichen Handwerkelei“ zu verlieren und grundsätzlichere bzw. ideologischere Fragen hintanzustellen, verstärkt.

Der Paragraph 22 des SPÖ-Statuts fixiert die Arbeitsteilung zwischen SPÖ und FSG, und seit Anfang der 1950er Jahre war die Jugendarbeit der SPÖ auf mehrere Organisationen aufgeteilt. Insbesondere wurden die Lehrlinge und JungarbeiterInnen von der Parteijugend getrennt. Das erschwerte den Linken den Kontakt „zur Klasse“ und erleichterte es der Parteiführung, den Einfluss der Parteirechten über die Gewerkschaften aufrecht zu halten. Hugo Pepper berichtet auch von bewussten Versuchen der USA in den 1950er Jahren, SozialdemokratInnen auf einen gemäßigten Kurs zu bringen. BildungsfunktionärInnen und v.a. GewerkschafterInnen wurden in die USA geholt, „um sie dort ein bisschen zu indoktrinieren“<sup>232</sup>

Die Rolle der Linken in den Gewerkschaften blieb daher stets eine Randerscheinung. Josef Hindels war zuerst Schulungs- und Bildungssekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und von 1951-1970 deren Zentralsekretär. Da der ÖGB noch rechts von der SPÖ stand, war die Situation der Linken dort „besonders schwierig“<sup>233</sup>. Ein Beispiel dafür ist Josef Hindels, der als Chefredakteur der GPA-Zeitung *Der Privatangestellte* eine Geldsammelaktion für Nazis (!) kritisiert hatte. Hugo Pepper beschreibt, wie er bzw. jene, die ihn dabei unterstützten, vom ÖGB-Präsidium kritisiert wurden oder wie insbesondere unter Olah gewerkschaftliche Grundrechte für ÖGB-Beschäftigte im ÖGB gegen harten Widerstand erkämpft werden mussten.<sup>234</sup>

In den 1940er Jahren gab es im ÖGB eine von Hugo Pepper geleitete Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften, die ein Diskussionsforum von Linken war.<sup>235</sup> Pepper war Mitarbeiter im ÖGB-Bildungsreferat und auch Cheflektor des dem ÖGB gehörenden Europaverlages und hier mitverantwortlich für die Herausgabe einer Reihe von Büchern zu politischen Themen; auch mit dem Versuch, „marxistisches Gedankengut in der Gewerkschaftsbewegung lebendig zu halten“.<sup>236</sup> Paul Blau war von 1957 bis 1967 Chefredakteur der AK Zeitschrift *Arbeit & Wirtschaft*. Auch in der Gewerkschaft setzten die Linken einen Schwerpunkt auf (die Nische) Bildungsarbeit, so z.B. im Arbeitskreis „Marxsche Ökonomie“ Ende der 1950er Jahre.<sup>237</sup> Wie groß waren die Auswirkungen dieser Linken in Gewerkschaft und AK? Die GPA ist bis heute die am weitesten

---

232 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 30

233 ebenda, Seite 34

234 ebenda, Seite 34f

235 Hugo Pepper, Geistige Partisanen, Seite 35

236 Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, in: SPÖ – Was sonst?, Seite 103 und 106

237 ebenso, Seite 105

links stehende der Einzelgewerkschaften und jene, die sich am flexibelsten beim Reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen bzw. Veränderungen in der Arbeitswelt zeigt. Die linkere Positionierung äußerte sich v.a. in Bezug auf gesellschaftspolitische Themen (Antifaschismus, Frauen...), was durchaus auf das Wirken von Hindels zurückzuführen ist, der auch gemeinsam mit Pepper jahrzehntelang in der gewerkschaftlichen Schulungstätigkeit aktiv war und sich dafür einsetzte, dass z.B. in der Zeitung *Der Privatangestellte* auch grundsätzlichere politische Themen behandelt wurden.<sup>238</sup> Mikolasch beschreibt wie Generationen von GPA-FunktionärInnen durch die Schulungstätigkeit von Hindels und Pepper geprägt worden sind und einen grundsätzlicheren politischen Zugang entwickelten, als das in anderen Fachgewerkschaften der Fall war und wohl auch noch ist.<sup>239</sup> Doch sind weder aus der Zeit von Hindels noch von Blau relevante gewerkschaftliche Opposition zum Kurs des ÖGB bzw. der SPÖ, z.B. zur Sozialpartnerschaft, bekannt. Auch weist die GPA gemessen an Streiks (Anzahl, Dauer, Beteiligung) keine Unterschiede zu anderen Fachgewerkschaften auf. Die gesellschaftliche Radikalisierung der 1970er Jahre spiegelte sich in den Gewerkschaften im Aufgreifen gesellschaftlicher Fragen, aber nicht in einer erhöhten Kampfbereitschaft wider. Im Gegenteil nahm die Anzahl der Streiks in den 1970er Jahren ab.<sup>240</sup> Der reale Einfluss der Linken dürfte sich in Grenzen gehalten haben. Der Aufbau einer organisierten Gewerkschaftslinken bzw. FSG-Linken dürfte nie Ziel gewesen sein. Linke KritikerInnen der FSG-Linie wechselten nicht zum Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB) bzw. den Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG), sondern gingen in die „innere Migration“<sup>241</sup>.

Die Politisierung in Folge der 68er Bewegung ging auch an der gewerkschaftlichen ArbeiterInnenbewegung nicht spurlos vorbei. Die GPA-Jugend beschäftigte sich in ihrer Zeitung mit „neuen“ Themen wie Sexualität oder Emanzipation und trat für „Kampf“ für soziale Verbesserungen ein.<sup>242</sup> Die Frage der betrieblichen Mitbestimmung wurde breiter und sogar in Arbeitskreisen in einigen Betrieben wie Herz-Armaturen, Wertheim, Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Wiener Städtische und Wiener Gebietskrankenkasse diskutiert.<sup>243</sup> Mitte der 1960er Jahre gab es Anzeichen einer gewissen Opposition in der FSG rund um den Redakteur der FSG-Zeitung *Welt der Arbeit* Günther Nenning.<sup>244</sup> Pleschberger weist auf

---

238 Interview mit Franz Mikolasch vom 28.4.2016

239 ebenda

240 Gleichzeitig nahm ab den 1970er Jahren auch die Lohnquote ab, es kam also nicht durch andere Instrumente zu einer Umverteilung hin zu den Beschäftigten.

241 Interview mit Franz Mikolasch vom 28.4.2016

242 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 121f

243 Mitbestimmung – zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt, Abschlussheft 2012 (Wien 2012), Seite 2

244 Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung! Hauptpunkte der innerparteilichen Kritik in der SPÖ während der

Ansätze linksozialistischer Politik in der FSG in den 1970er Jahren im Zuge der Anti-AKW-Bewegung hin, ohne diese aber näher zu beschreiben.<sup>245</sup> Mikolasch berichtet von einer informellen Arbeitsgruppe zwischen Mitgliedern der FSG und der Gewerkschaftlichen Einheit zu Fragen der Kernkraft. Es gab große Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft rund um die AKW-Frage. GPA-FSGlerInnen weigerten sich, die pro-Kernkraft-Werbung der Gewerkschaft/SPÖ umzusetzen. Auch zu anderen Themen gab es Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppen, an denen sich diverse GewerkschaftsfunktionärInnen und BetriebsrätInnen beteiligten, die auch Veranstaltungen durchführten, die sich durchaus von einer konkreten Frage kommend auch grundsätzlicher ideologisch mit Veränderungen und Prozessen beschäftigten und versuchten, hier die gewerkschaftlichen Positionen v.a. zu neueren Entwicklungen zu erarbeiten.<sup>246</sup>

Peter Ulrich Lehner nennt als Beispiele für linke Gewerkschaftspolitik noch den „Arbeitskreis multinationale Konzerne“ ab 1973 sowie die Vierteljahresschrift der AK Wien ab 1975 *Wirtschaft und Gesellschaft*.<sup>247</sup> In beiden haben, wie auch in anderen und späteren Publikationen von ÖGB, Fachgewerkschaften und AK, Linke geschrieben. Ob die Publikationen deshalb aber links waren, ist die Frage. In der *tribüne* wurde Ende 1980 ein eigener Gewerkschaftskreis gegründet; mit dem Ziel, Linke in den Gewerkschaften besser zu vernetzen. Inhaltlich wurden v.a. Fragen der fehlenden Demokratie innerhalb der Gewerkschaften aufgegriffen.<sup>248</sup>

Das Thema Demokratisierung der Gewerkschaften und in den Betrieben stand auch im Zentrum der Zeitschrift *mitbestimmung – zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt* (ursprünglich: *mitbestimmungsinformation*, später nur mehr *mitbestimmung*), die von 1972 – 2012 erschien. Der *mitbestimmung* vorausgegangen war eine FSG-Betriebsfraktion bei der Wiener Städtischen Versicherung, die sich im „Arbeitskreis mitbestimmung“ mit der Erarbeitung eines „auf Selbstverwaltung ausgerichteten Mitbestimmungskonzept(es)“ befaste<sup>249</sup>. Am Anfang standen „ältere, erfahrene, linke Sozialdemokraten“<sup>250</sup> und während der gesamten Zeit gab es eine enge Zusammenarbeit mit dem „Institut für Wissenschaft und Kunst“ (IWK). Von 1986 bis 2012 kam es zu 206 Veranstaltungen in der Reihe „Studien zur ArbeiterInnenbewegung“ im IWK.<sup>251</sup> Wie bescheiden die Linke geworden war, zeigt sich u.a.

---

245 drei Großen Koalitionen (Wien 2013), Seite 61f  
 246 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 61  
 247 Interview mit Franz Mikolasch vom 28.4.2016  
 248 Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, Seite 106f  
 249 ebenda, Seite 109  
 249 ebenda, Seite 112f  
 250 Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016  
 251 Das IWK war 1946 unter dem Einfluss von Linken wie Karl Mark und Ernst Fischer gegründet worden,

daran, dass als „absoluter Höhepunkt“ eine Veranstaltung mit „mehr als fünfzig Teilnehmer/innen“ gefeiert wird.<sup>252</sup> Zwischen *mitbestimmung*, IWK und Initiative für Sozialistische Politik (ISP) gab es auch starke personelle Überschneidungen. Über 40 Jahre publizierten und diskutierten rund um die *mitbestimmung* hunderte linke GewerkschafterInnen, SPÖlerInnen und später auch aussersozialdemokratische Linke unterschiedlichste Fragen. Die Zeitschrift *mitbestimmung* war damit die wohl am längsten existierende Plattform. Nur war sie ein kleiner Kreis, keine Struktur und strebte auch keine an<sup>253</sup>. Es war ein kleiner Kreis von wechselnden RedakteurInnen mit im wesentlichen „2, 3, 4 Leuten“<sup>254</sup> als Fixpunkt. Es gab kein einheitliches Programm, Ziel war auch hier nicht der Aufbau einer organisatorischen Struktur, sondern „das Bewusstsein der arbeitenden Klasse, der Arbeiter und Angestellten zu schärfen (...), wo die SPÖ und die Gewerkschaften so nichtssagende Begriffe in den Raum gestellt haben, während wir thematisch und auch systematisch versucht haben thematische und gesellschaftliche Zusammenhänge deutlich zu machen.“<sup>255</sup> In der Praxis erreichte man mit bis zu 800 AbonnentInnen<sup>256</sup> und den Veranstaltungen v.a. Leute aus der mittleren Ebenen der Gewerkschaften bzw. SPÖ-FunktionärInnen, die man zu überzeugen und so für linkere Politik zu gewinnen versuchte. Überschneidungen gab es hier zur FSG-Betriebsgruppe in der AK-Wien um Michael Kollmer und Peter Kreisky, die wohl eine der stärksten, aktivsten und am längsten bestehenden FSG-Basisgruppen war und aufgrund ihrer kritischen Position innerhalb der FSG eher eine Außenseiterrolle einnahm und von der FSG weitgehend ignoriert bzw. isoliert wurde.<sup>257</sup> Die inhaltlichen Auseinandersetzungen der *mitbestimmung* hatten durchaus Auswirkungen in der Gewerkschaft; so resümiert Mikolasch: „Meiner Erfahrung nach gab es keine organisierte Linke, es ging immer nur um informelle Veranstaltungen“.<sup>258</sup> Auch Lehner sagt, man konnte „Leute thematisch ansprechen, hatte aber keinen Einfluss auf sie“.<sup>259</sup> Die *mitbestimmung* wurde 2012 aus Mangel an NachfolgerInnen eingestellt.

Hoffnung legten Linke seit Einsetzen von Krisentendenzen und Betriebsschließungen in Versuche von Genossenschaften bzw. betrieblicher Selbstverwaltung und diesbezüglich in die „Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft“, die 1981 mit dem Ziel gegründet worden war, als „Serviceeinrichtung für Betriebsräte und Belegschaften, die der kapitalistischen

---

wurde aber zunehmend linksliberal und hatte kaum Einfluss auf die reale Parteiarbeit.  
 252 *mitbestimmung* Abschlussheft, Seite 8  
 253 Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016  
 254 ebenda, dazu gehörten Peter Ulrich Lehner, Paul Habr, Herbert Anderson  
 255 ebenda  
 256 Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016  
 257 Interview mit Michael Kollmer vom 23.5.2016  
 258 Interview mit Franz Mikolasch vom 28.4.2016  
 259 Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016

Krisenstrategie zum Opfer zu fallen drohen und als Antwort darauf Selbstverwaltung versuchen wollten“ zu fungieren<sup>260</sup>.

Eine wesentliche Schwäche der Linken in der Sozialdemokratie war die sich in weiten Teilen auf Lippenbekenntnisse beschränkende (und daher praktisch fehlende) Orientierung auf die Arbeiterklasse/bewegung. Günter Rehak<sup>261</sup> (zum Zeitpunkt als er das verfasste wohl selbst kein Linker mehr) schreibt 1983 in Bezug auf die Schließung des Rax-Werkes 1966 „...in Konfrontation mit den aufgetauchten Problemen hätte eine dauerhafte Aktionsgemeinschaft zwischen linken Intellektuellen und klassenbewussten Arbeitern aufgebaut und gefestigt werden können. Die revolutionären Intellektuellen ließen sich jedoch nicht in genügend großer Zahl von den trockenen Wirtschaftsproblemen des eigenen Landes mobilisieren. Es war einfacher, sich internationalen Solidaritätsaktionen anzuschließen und im Kreis gleichgesinnter 'Intellektueller' jene (Selbst-)Befriedigung zu suchen, die eine spröde Realität nicht ohne Anstrengung gewähren konnte. Das revolutionäre Potential wurde auf dem Weg des Happenings geleitet.“<sup>262</sup> Abgesehen von der Überheblichkeit des Ex-Linken hat er wohl hier durchaus einen Punkt. Der VSSStÖ hatte das Thema zwar aufgegriffen, ließ sich aber von der SPÖ zurückpfeifen<sup>263</sup>. In verschiedenen Gesprächen (u.a. mit Peter Ulrich Lehner und Fritz Schiller) schwingt immer wieder mit, dass jene Linken, die berufstätig waren, auch aufgrund ihres Zeitbudgets und wohl auch aufgrund einer gewissen Arroganz der studentischen Linken diesen gegenüber im Nachteil waren und eine nur untergeordnete Rolle spielen konnten. Der theoretischen Orientierung auf „die ArbeiterInnenklasse“ folgte nicht unbedingt auch eine praktische.

### **3.2. Thematische Schwerpunkte linker Polarisierung**

Die in verschiedenen Teilen der Sozialdemokratie verorteten Linken griffen in der Zeit der 1950er bis 1980er Jahren eine Reihe von Themen auf, die auch in der gesamtgesellschaftlichen Debatte relevant waren. Auffallend war dabei allerdings die Dominanz gesellschaftspolitischer Fragen und das im Vergleich dazu eher geringe Aufgreifen von sozialen Themen bzw. „klassischen“ ArbeiterInnenthemen.

#### **3.2.1. Die Programmdebatte 1958**

Beim Salzburger Parteitag im November 1958 gab sich die SPÖ ein neues Programm.

---

260 Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, Seite 113f

261 Günter Rehak war ursprünglich in VSSStÖ und SPÖ am linken Flügel aktiv, entwickelte sich aber ab den 1980er Jahren nach rechts und ist heute ein bekannter Rechtsextremer.

262 Rehak Günter, Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende, Seite 55

263 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 136f

Die Debatte im Vorfeld war intensiv. Die Periode der Programmdiskussion stellte auch ein Lebenszeichen der Parteilinken dar, die sich aktiv beteiligten. „Die Partei (...) hat überrascht feststellen müssen, dass linke Strömungen durchaus noch lebendig waren.“<sup>264</sup> In der Debatte um den Entwurf des Parteiprogrammes von Benedikt Kautsky erreichten die Linken einige Änderungen (es gab immerhin 1073 Änderungsanträge<sup>265</sup>) und damit eine Abschwächung der „Entmarxifizierung“ der SPÖ. Im Zentrum standen die Fragen, ob der Marxsche Klassenbegriff noch gültig war, wie weitgehend die wirtschaftspolitischen Forderungen der Partei sein sollen und das Verhältnis der SPÖ zu Christentum und Kirche. Hindels beschreibt, wie die SPÖ-Linke „die schlimmsten antimarxistischen Stellen“ im Entwurf entfernte und eine wesentliche Rolle bei der Erstellung des „Wiener Programms“, das noch Formulierungen wie das Ziel der „Klassenlosen Gesellschaft“ enthält, spielte.<sup>266</sup> Was bei dieser wie auch anderen Debatten auffällt, ist das Fehlen einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Frage des Staates und seines Charakters. Was den Linken wie auch der gesamten Sozialdemokratie die meiste Zeit über gefehlt hat, war eine marxistische Analyse des bürgerlichen Staates. Dieser wurde weniger als Instrument der herrschenden Klasse, als eher ein neutrales Gefäß gesehen, das mit den entsprechenden Inhalten zu füllen sei.

Am Parteitag selbst war der VSM die einzige Unterorganisation, die Änderungsanträge stellte.<sup>267</sup> Die Anträge wurden abgelehnt, doch „unter dem Druck der finanziellen Abhängigkeit, stimmte der VSM dem Entwurf trotzdem zu“<sup>268</sup>. Das Ergebnis war für Linke, „aber auch für Rechte annehmbar“<sup>269</sup>. Also so schwammig, dass jedeR sich darin finden konnte; was in der Praxis bedeutet, dass die Linke sich über Formulierungen freut, die sie als links oder gar marxistisch auslegt, die Rechte aber die Parteipraxis bestimmt.

### 3.2.2. Militarismus und Bundesheer

Ein zentraler Themenkomplex der Auseinandersetzung v.a. der Jugendorganisationen mit der Partei war immer wieder Militarismus/Bundesheer/Aufrüstung. Das begann bereits unmittelbar nach 1945 mit der innenpolitischen Debatte um eine Wiederbewaffnung Österreichs. Hier trat auch die ÖGJ entschieden dagegen auf und ganze Landesverbände protestierten. Allerdings wurde eine formale Abstimmung von der Führung verhindert<sup>270</sup>, wohl

---

264 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 41

265 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramm im Widerstreik der Interessen, Seite 306

266 Hindels Josef, Gegen den Strom - Die Linke in der SPÖ bis 1970, Seite 57

267 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 54

268 ebenda, Seite 54

269 Mark Karl, Lebenserinnerungen, Seite 160

270 Keller Fritz, Ein neuer Frühling?, Seite 33ff

auch um eine offizielle Positionierung der de facto sozialdemokratischen ÖGJ gegen die Partei zu verhindern. Insbesondere in den 1950er Jahren erhielt die Linke in diesem Themenbereich einiges an Öffentlichkeit und stand hier auch in Opposition zur Parteiführung. Kritik kam v.a. aus der SJ. War man ursprünglich ganz gegen ein Bundesheer, musste sich die Linke, nachdem dessen Einführung eine fixe Sache war, auf Forderungen nach Demokratisierung, kürzerem Wehrdienst und Reduzierung der Aufgaben auf Katastrophen- und Grenzschutz<sup>271</sup> zurückziehen. Auch das wurde von der Partei im Wesentlichen ignoriert, dennoch blieb die SJ weitgehend brav. Als Parteiobmann Schärf beim „Roten Jugendtag“ 1955 mit kritischen Sprechhören konfrontiert war („Die Kassen waren lange leer; jetzt sind sie voll – fürs Bundesheer“), bemühte sich die Verbandsführung rasch zu beschwichtigen und die Treue zur Partei zu beschwören<sup>272</sup>. Interessant auch hier der Umgang mit den Protesten: der Konflikt wurde institutionalisiert und in Folge abgeschwächt, indem eigene Kommissionen zur Diskussion gegründet wurden<sup>273</sup>. Diese Taktik, die Gründung eines Arbeitskreises, einer Unterkommission, die Erarbeitung einer Studie etc., hat sich immer wieder als geeignetes Mittel herausgestellt, um Debatten die Schärfe zu nehmen bzw. Opposition abzuschwächen. Selbst bei angenommenen Anträgen wurde oft nach dem Prinzip „Ablage Rundordner“ (also beschließen und nachher ignorieren) verfahren. Organisiert war diese Opposition zu Fragen des Bundesheers aber nicht aus Furcht vor Zerschlagung einer solchen, sondern weil auch die Linke beeindruckt war „vom sozialdemokratischen Einheitsdenken und alles vermeiden wollten, was zu einer Spaltung hätte führen können“<sup>274</sup>. Auch der VSM geriet um dieses Thema in Konflikt mit der Partei, konkret mit dem BSA. Unterstützung erhielt der VSM dann von der FSG/GPA, die die Herstellung der VSM-Zeitschrift *rote tafel* übernahm.<sup>275</sup>

Auch für den VSSStÖ war die Wehrdienstfrage ein Polarisationspunkt, da sie als Verrat der SPÖ an ihren eigenen Wahlversprechen gewertet wurde: Im Wahlkampf 1970 war Kreisky u.a. mit dem Slogan „6 Monate (Wehrdienst) sind genug“<sup>276</sup> angetreten. Die dann letztlich erlangte Regelung wurde als Sieg des Militärapparates gegen die seit Jahren laufende Anti-Bundesheerbewegung verstanden.<sup>277</sup>

Konfliktstoff boten auch die geplanten und teilweise auch durchgeführten

---

271 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 35

272 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 118

273 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 91

274 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 31

275 Blecha Karl, Der neue VSM, zitiert nach: Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, Seite 107

276 Die Presse, 29.8.2008, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/weltbisgestern/410159/print.do> (7.2.2016)

277 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSSStÖ, Seite 69

Waffenverkäufe von verstaatlichten Unternehmen an die Militärdiktaturen Chile und Argentinien.<sup>278</sup> Die Neutralität war zwar 1946 von der SPÖ beschlossen worden, aber seither (wie diverse reale außenpolitische bzw. auch außenwirtschaftliche Positionierungen der SPÖ zeigen) nur ein formaler Sieg der Linken gewesen.

1976 war die SJ wichtiger Teil in der Bewegung gegen die Wehrgesetznovelle und trat auch öffentlich gegen die Parteiposition auf.<sup>279</sup> Auch in der Friedensbewegung der 1980er Jahre nahm die SJ eine zentrale Rolle ein. Es war die vielleicht größte Kampagne, die die SJÖ jemals durchgeführt hatte; mit insgesamt 50.000 verkauften (!) Exemplaren der Broschüre *Jugend für den Frieden*.<sup>280</sup> Gusenbauer stellt die These auf: „Die Mitarbeit der Sozialistischen Jugend in der Friedensbewegung stärkt ihren Einfluss in der Jugend, in der Partei und in der Öffentlichkeit, schwächt aber die Organisationsstrukturen.“<sup>281</sup> Ich würde ergänzend anführen: und führte zu einer ideologischen Verwässerung in Richtung Volksfront<sup>282</sup>, was sich im Appell Gusenbauers „gemeinsamer Positionen auf einer breiten politischen Ebene“ widerspiegelt.<sup>283</sup> Unmut aus der SPÖ gab es über die Teilnahme an der Friedensbewegung aber auch, weil das eine Zusammenarbeit mit der KPÖ bedeutete, was bis dahin wegen der Eisenstädter Erklärung und des Antikommunismus der SPÖ undenkbar war. Unterstützung erhielt die SJ hier von Josef Hindels.<sup>284</sup>

### 3.2.3. Antifaschismus

Ein zentrales Thema der Parteilinken war spätestens seit den 1950er Jahren der Antifaschismus. Dieser galt zwar generell als Mainstream und Staatsdoktrin, doch die Praxis sah anders aus. Anfangs beinhaltete dieses Thema auch Kritik am Koalitionspartner ÖVP und deren austrofaschistische Vergangenheit, was der Parteiführung aus Rücksicht auf den Koalitionspartner natürlich nicht recht war. Mit dem Aufkommen des Neofaschismus, der Borodajkewycz-Affäre und dem Aufstieg der FPÖ (und der zeitweiligen und wiederkehrenden Zusammenarbeit der SPÖ mit der FPÖ) waren gerade die Jugendorganisationen in diversen Kampagnen (allein, oft aber auch in Bündnissen) gegen diese verschiedenen rechten Personen, Strukturen und Mobilisierungen (wie Aufmärsche etc.) aktiv, was sie immer wieder in Konflikt

---

278 Exenberger Herbert, Basisarbeit – ein Erlebnisbericht, in: SPÖ – Was sonst, Seite 127

279 Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, in SPÖ – was sonst?, Seite 93

280 Gusenbauer Alfred, Sozialistische Jugend und Friedensbewegung, Seite 119f

281 ebenda, Seite 125

282 Volksfront wird hier als ein Bündnis von Arbeiterorganisationen mit bürgerlichen Organisationen verstanden bei dem, um das Bündnis zu erhalten, die Arbeiterorganisationen soziale bzw. antikapitalistische Positionen nicht aufbringen.

283 Gusenbauer Alfred, Sozialistische Jugend und Friedensbewegung, Seite 132

284 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 227

mit der Parteiführung brachte. Doch war der Antifaschismus auch der Parteispitze zumindest in einem gewissen Umfang wichtig, was sich auch daran zeigte, dass beim Schweigemarsch anlässlich der Beisetzung des von einem Neonazi erschlagenen Kommunisten Ernst Kirchweger an der Spitze führende SPÖ- und ÖGB-MandatarInnen gingen.<sup>285</sup> Aus heutiger Sicht undenkbar!

Das Thema Antifaschismus bot die Möglichkeit eines Schulterschlusses mit GewerkschafterInnen. Gerade Josef Hindels hatte hier in und aus der GPA stets Wert auf dieses Thema gelegt und z.B. gemeinsam mit Manfred Ackermann Schulungen und Seminare organisiert, die Generationen von sozialistischen JugendfunktionärInnen prägten<sup>286</sup>. 1959 fand als Reaktion auf die von einem Ring Volkstreuer Verbände organisierte Schillerfeier in Wien, bei der Burschenschafter und FaschistInnen marschierten und dazu Nazisymbole getragen wurden, eine Delegiertenkonferenz verschiedener sozialdemokratischer Organisationen im Gewerkschaftshaus in der Maria-Theresienstraße in Wien statt. Die Initiative wurde von der SPÖ-Führung aber nicht begrüßt, und es blieb bei der einflusslosen Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Neonazismus<sup>287</sup>. Diese stellte in ihrer Analyse den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus klar<sup>288</sup>, was allerdings an der praktischen Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik, die stets im Rahmen des Kapitalismus blieb, nichts änderte. Das ist bis heute so: Willi Mernyi ist Vorsitzender des Mauthausenkomitees und wohl das, was man als „ehrlichen Antifaschisten“ bezeichnen kann. Er kommt aus einer linken Tradition in der SJ (Stamokap) und ist sich insofern der Verbindung von Kapitalismus und Faschismus bewusst. Er ist auch einer der mächtigsten Männer des ÖGB<sup>289</sup>, was den ÖGB aber kein bisschen antikapitalistischer macht.

Der Antifaschismus der Parteilinken war allerdings, ähnlich wie der staatliche und bürgerliche, oft ein moralischer, der sich auf (bürgerlich-)demokratische Werte berief und den Neofaschismus zentral mit Aufklärung und Verboten bekämpfen wollte. So bezeichnete die SJ z.B. das Antreten Burgers (NPD) zur Bundespräsidentenwahl 1980 als eine „für Österreich blamable Kandidatur“<sup>290</sup>. Die sozialen Wurzeln für den Aufstieg des Rechtsextremismus wurden und werden bis heute nicht als zentrale Ursache aufgegriffen. Das spiegelt einerseits die ideologische Schwäche der Parteilinken wider und andererseits wurde so ein fundamentaler

---

285 Spira Leopold, KPÖ und SPÖ 1945-1982, Seite 142

286 Lhotzky Peter, Manfred Ackermann zum 100. Geburtstag, Seite 18f

287 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 104f

288 Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, Seite 107f

289 Willi Mernyi ist seit 1993 Mitglied im ÖGB-Bundesvorstand, Leiter des Referats für Organisation, Koordination und Service im ÖGB sowie seit 2012 Bundesgeschäftsführer der FSG.

290 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 207

Konflikt oder gar Bruch mit der Partei vermieden. Ein Antifaschismus/Antirassismus, der soziale Probleme als eine wichtige Basis für das Erstarken der Rechten analysiert, kommt nicht umhin, die (Mit-)verantwortung der SPÖ als Regierungspartei für eben diese sozialen Probleme frontal anzugreifen. Und selbst wenn die soziale Frage aufgegriffen wurde, beschränkte man sich auf Worte: Am Bundesparteitag 1980 wurde ein Antrag der SJ (wohl aus der Feder des damaligen SJÖ Verbandssekretärs Alfred Gusenbauer), der soziale Forderungen nach Vollbeschäftigung mit der Notwendigkeit von Aufklärungsarbeit, dem Verbot faschistischer Gruppen, einer breiten antifaschistischen Kampagne und einer Distanzierung von SPÖ-FunktionärInnen von rechtsextremen (Traditions-)Vereinen verband, angenommen.<sup>291</sup> Konkrete Auswirkungen hatte das allerdings keine.

### **3.2.4. Internationale Entwicklungen und Solidaritätsarbeit**

Thematisch hat sich die Linke immer stark um internationale Themen und Solidaritätsbewegungen angenommen. Beispiele dafür sind die Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua, Kuba, Algerien, der Polisario und anderen. Auch das Organisieren von Solidarität bzw. Protesten gegen die Regimes in Iran, Spanien, Griechenland, Südafrika bzw. die USA im Vietnamkrieg waren Teil dieser Arbeit. Die Haltung zu den stalinistischen Staaten bzw. Regimes war kompliziert, gab es doch einerseits Solidarität und sogar Zusammenarbeit bzw. Austausch, andererseits aber auch Unterstützung von antistalinistischen Protesten wie dem Ungarnaufstand 1956 oder im Prager Frühling 1968. Die Beschäftigung mit internationalen Themen hatte auch den Vorteil (auch wenn nicht unbedingt bewusst so geplant), dass dies in vielen Fällen ein verhältnismäßig ungefährliches Feld war, auf dem die Linke sich „austoben“ konnte, ohne der Parteiführung in der Tagespolitik all zu sehr in die Quere zu kommen. Doch auch diese internationalen Themen konnten für die Parteiführung zum Problem werden, wie z.B. die Protestaktionen des VSM gegen den Vietnamkrieg.<sup>292</sup>

### **3.2.5. Neue Linke**

Im Zuge der 68er Bewegung wurden Themen zentraler, die bisher für die Parteilinke nur eine untergeordnete (Frauen) bzw. gar keine Rolle gespielt hatten (Ökologie). Es waren allerdings beides Themen, die durchaus auch historisch in der ArbeiterInnenbewegung eine Bedeutung hatten. Hinzu kamen die Debatten der neuen Linken, die sich teilweise an starren, oft bürokratischen Strukturen stießen, teilweise aber auch inhaltlich bzw. ideologisch mit

---

291 ebenda, Seite 211

292 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 111

Traditionen brachen.

### 3.2.5.1. Die „Frauenfrage“

Die „Frauenfrage“ ist seit Ende des 19. Jahrhunderts Teil der sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Politik. Oft blieb die Auseinandersetzung mit dem Thema allerdings auf der formalen Ebene bzw. ein Lippenbekenntnis. Die SPÖ war hier keine Ausnahme: Bei den ersten Wahlen im November 1945 stellte die SPÖ zwar noch in jedem Wiener Wahlkreis eine Frau auf Listenplatz 2 auf.<sup>293</sup> Von den 76 SPÖ-Abgeordneten waren dann aber doch nur sieben Frauen<sup>294</sup>. Schon in den 40er und 50er Jahren gab es Forderungen nach einer stärkeren Vertretung von Frauen in den Parteigremien bzw. auf Wahllisten. Doch häufig wurden diese Forderungen im Interesse der Einheit der Partei zurück gesteckt bzw. konzentrierten sich die Frauenorganisationen auf praktische, tagespolitische Unterstützungsaufgaben mit sozialem Anstrich.<sup>295</sup>

Nach 1945 war in den Frauenorganisationen der SPÖ die Empörung darüber, dass ehemalige Nazis rasch wieder auf hohen Posten landeten, groß.<sup>296</sup> Das wäre eine Übereinstimmung mit der Parteilinken gewesen. Hilde Krones, eine der ersten, die die Frauenarbeit der SPÖ wieder mit aufbaute, war Vertreterin der Parteilinken. Sie kritisierte den niedrigen Frauenanteil, versuchte mehr Frauen zu aktivieren und mehr Verständnis in der Partei für Frauen zu schaffen; ein Unterfangen, das sicher nicht immer leicht war. Auch wenn ich keine Belege gefunden habe, ist anzunehmen, dass auch ihre Beziehung mit Erwin Scharf (während sie beide mit anderen PartnerInnen verheiratet waren) Anlass für untergriffige Kritik an ihr war.

Sowohl von Vertreterinnen der Linken als auch aus SPÖ-Frauenorganisationen wurde immer wieder Kritik am Kurs der Partei und dem geringen Frauenanteil in führenden Funktionen laut, doch eine organisierte Opposition gab es von Frauenbewegten nicht, nicht einmal rund um die als Linke verstandene Johanna Dohnal. Auch die verschiedenen Frauenpublikationen der SPÖ (interne wie externe: *Die Frau* (1945-1984), *Neue Frau* (1984-1987), *Die Funktionärin* (?-1976), *Frau & Politik* (1976-1998), *fe.mail* (1998-1999)<sup>297</sup>) waren zu keiner Zeit Kristallisationspunkt für organisierte Kritik. Mit der zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren wurde das Frauenthema v.a. in den

---

293 Ingrisch Doris, Ohne Kompromiss, Seite 313

294 [www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/flossmann.htm](http://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/flossmann.htm) (19.2.2016)

295 Dohnal Johanna/Karlsson Irmtraut, Die Unzufriedenen – Die sozialistische Frauenbewegung 1945-1955, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Seite 142ff

296 ebenda, Seite 141

297 Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung, Seite 49f

Jugendorganisationen dominanter. Broschüren wurden geschrieben, Anträge gestellt und Aktionen gesetzt. In der SPÖ spiegelte sich das u.a. in der Durchsetzung der Fristenlösung unter Kreisky wider. Ab den 1980er Jahren trat in der Frauenpolitik häufig die Quotenfrage in den Vordergrund, z.B. in der SJ erstmals 1986 mit dem Beschluss, mindestens ein Drittel aller Funktionen mit Frauen zu besetzen<sup>298</sup>. Praktisch war diese Positionierung aber kein Ausdruck für eine Linksentwicklung, sondern verlagerte die Frage von Frauenrechten von der politischen auf die formale Ebene. In der politischen Praxis wurde „die Quote“ dann auch als Maßnahme gegen linke Männer eingesetzt. Auch bei der Debatte um Sonja Ablinger 2015 konzentrierte man sich auf die Kritik, dass das Reißverschluss-Prinzip nicht angewendet worden war und nicht darauf, dass eine Linke übergangen worden war.

### 3.2.5.2. Ökologie

Spätestens mit der Volksabstimmung zu Zwentendorf 1978 wurden Ökologiefragen auch in Österreich wichtiger. Die SPÖ ignorierte sie zuerst, was Umweltschutz auch zu einem Thema der außer-, aber auch innerparteilichen Linken machte. Paul Blau und Josef Cap hatten 1981/82 die Rot-Grüne Plattform initiiert, diese wurde aber sofort von der Parteiführung als statutenwidrige Fraktionierung diffamiert. Es folgten 1984/85 die Ausschlüsse bzw. das Schiedsgerichtsverfahren gegen Günther Nenning und Freda Meissner-Blau.

Manche Linke konnten lange mit der Ökofrage nicht warm werden. Hindels z.B. bezeichnete das Volksbegehren gegen Hainburg als fortschrittsfeindlich<sup>299</sup> und übersah durch eine berechtigte Kritik an der Position einiger InitiatorInnen und an rechten Öko-VertreterInnen wie Konrad Lorenz zumindest zu Anfang die Notwendigkeit von Linken, sich mit Umweltthemen auseinanderzusetzen. Immer wieder in der Geschichte der Linken kommt es zur Gleichsetzung von Fortschritt mit einem schlichten Mehr an Produktion. Dies spiegelt auch den starken Einfluss des Stalinismus wider, der den Marxismus von einem Analyseinstrument zu einem Dogma verzerrt. Dem entgegen steht der Zugang der „Urväter“ des Marxismus, nämlich von Marx und Engels selbst, bei denen sich zahlreiche „grüne“ Positionen finden. Ein Punkt, auf den dann später übrigens Hindels, einging als er in der *Zukunft* die „Klassiker des Marxismus als ökologische Pioniere“<sup>300</sup> bezeichnete.

Während sich die Sozialdemokratie nach 1918 bzw. 1945 inhaltlich insofern flexibel gab, als sie linken, kritischen Stimmen innerhalb der Partei einen Raum bot und so

---

298 Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 356

299 ebenda, Seite 326f

300 Hindels Josef, Marxismus und Ökologie, in *Zukunft* 3/1980, S.36, zitiert nach: Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Seite 655

Abspaltungen bzw. Neugründungen verhinderte, scheiterte sie beim Umweltthema daran, diese Taktik zu wiederholen. Wobei dies weniger am Thema an sich lag, sondern an der Entwicklung, die die Sozialdemokratie bis dahin genommen hatte. Trotz mancher Versuche, sich „rot-grün“ zu geben und sogar trotz der Inszenierung eines linken umweltpunzierten Kandidaten (Cap), gelang es nicht, die Gründung neuer Parteien, zuerst der Alternativen Listen und später der Grünen, zu verhindern. Das liegt wohl auch an einem teilweise sehr halbherzigen Aufgreifen des Themas. So hatte die SJ das Thema Hainburg z.B. nicht aufgegriffen, um einen Konflikt mit dem rechten Flügel unter Karl Schlögl zu verhindern - obwohl zu dieser Zeit CapVerbandssekretär war, der das Image eines Rot-Grünen hatte.<sup>301</sup>

### 3.3. Die Linken in der von 68 beeinflussten SPÖ

1967/68 kam es international zu Veränderungen und Polarisierungen in der politischen Lage. Neue Bewegungen und Strukturen entstanden. Eine ganze Generation wurde durch „die 68er“ geprägt. Auch in Österreich fand das statt, wenn auch weniger umfassend als in anderen Ländern, Fritz Keller spricht gar nur von einer „heißen Viertelstunde“<sup>302</sup>. Debatten um die Neue Linke, Demokratie- und Frauenfragen, der Umgang mit den alten und neuen Nazis fanden innerhalb und zunehmend auch außerhalb der Sozialdemokratie statt. Doch natürlich blieben v.a. die Jugendorganisationen der SPÖ von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht unbeeinflusst. Der Verbandstag der SJ 1964 brachte zwar mit Peter Schieder einen Linkeren an die Spitze, doch einen wirklich linken kämpferischen Kurs fuhr die SJ auch dann nicht. Fritz Keller schreibt: „Tatsächlich gelang es, die Jungsozialisten weitgehend von den rebellischen Neuen Linken abzuschotten.“<sup>303</sup>

1964 gab die Parteilinke auch in Form der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ ein Lebenszeichen von sich. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um ein Diskussionsforum um Josef Hindels, zu dem Leute aus VSM, VSSStÖ aber auch SJ und GPA-Jugend gehörten. Überschneidungen gab es auch zum „Komitee Junger Sozialisten“ (ein Tarnname, um den VSM statutarisch aus dem Schussfeld zu nehmen<sup>304</sup>), das Flugblätter verteilte, in denen der Ausschluss von Olah aus SPÖ und ÖGB gefordert wurde<sup>305</sup>. In der Kampagne gegen Olah spielte der VSM gemeinsam mit Hindels eine zentrale Rolle<sup>306</sup>. Der Ausschluss des Parteirechten Olahs 1964, der über die finanzielle Unterstützung der FPÖ mit

301 Pittler Andreas, die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 314

302 Keller Fritz, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde (Wien 1983)

303 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe, Seite 157

304 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 133

305 Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ, Seite 37

306 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 90ff

Gewerkschaftsgeldern gestolpert war, bedeutete aber keine Linksentwicklung. „Die persönliche Niederlage Franz Olahs war nicht unbedingt eine Niederlage der von ihm repräsentierten Tendenz.“<sup>307</sup>

Der Parteiführung war natürlich bewusst, dass die Radikalisierung der Jugend und die gesamtgesellschaftliche Linksentwicklung auch auf die Parteiorganisationen, insbesondere die Jugendorganisationen, Einfluss hatten. Um hier die Fronten klar zu machen bzw. der Linken die Rute ins Fenster zu stellen, warnte der Parteivorsitzende Kreisky die Parteilinke 1967, als schon die Vorwehen der 68er Bewegung zu spüren waren, durch eine Presserklärung, in der er jede gemeinsame Aktion von Mitgliedern der SPÖ mit Kommunisten bzw. Mitgliedern der KPÖ als dem Ansehen der SPÖ schädlich und abträglich erachtete. Den formellen Rückhalt organisierte sich Kreisky 1969 durch die „Eisenstädter Erklärung“.<sup>308</sup> Während 1946 noch eine Mehrheit auf dem SPÖ-Parteitag einen Antrag der Linken annahm, der ein „positives, gleichmäßig freundschaftliches Verhältnis zu allen Mächten, also auch zur Sowjetunion“<sup>309</sup> forderte, lautete die Eisenstädter Erklärung: *„Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit.“*<sup>310</sup> In der Eisenstädter Erklärung steht konkret, dass die SPÖ „jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit“<sup>311</sup> ablehnt. Es steht allerdings nicht darin, auch wenn sie künftig so verwendet wurde, dass eine Zusammenarbeit mit der KPÖ oder ihren Unterstrukturen unmöglich wäre. In der Praxis hinderte diese Erklärung die SPÖ nicht an der Zusammenarbeit mit Rechten, sogar (ehemaligen) FaschistInnen, wurde aber als Drohung und Waffe gegen die Parteilinke eingesetzt. Der Antikommunismus, der schon gegen die Linke Ende der 1940er Jahre eine zentrale Waffe gewesen war, blieb bis Mitte der 1980er Jahre ein wichtiges Instrument der Parteiführung gegen Linke in der Partei. Er wurde auch von den der Linken zugerechneten Personen selbst, wie Josef Cap in seiner Zeit als SJ-Verbandsvorsitzender, als Argument gegen Bündnisse mit KP-Strukturen verwendet.<sup>312</sup>

---

307 Rehak Günter, Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende, Seite 44

308 Keller Fritz, Reden kann man über alles...sogar mit Kommunisten, in: Die ersten 100 Jahre, Seite 256

309 Parteitagsprotokoll 1946, S. 235, in: Ganglbauer Stephan, Wahl-Gewinne – Profil-Verluste, Seite 37

310 Zitiert nach: Fröschl (Hrsg.), Politik über den Tag hinaus, Seite 45

311 ebenda, Seite 45

312 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Stamokap-Strömung in der Sozialistischen Jugend Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung 1998-2003 (Wien 2004), Seite 67

### 3.3.1. Kreisky: Höhepunkt und Wendepunkt

Bruno Kreisky wurde zum idealen Parteivorsitzenden für die SPÖ in den 1970er Jahren: er stand für die längst fällige Modernisierung Österreichs und sorgte dafür, dass die SPÖ in der Regierung die Rolle eines „ideellen Gesamtkapitalisten“ übernahm. Er öffnete die Partei nach rechts bzw. für das bürgerliche Lager, während er gleichzeitig der der 68er Bewegung folgenden gesellschaftlichen Linksentwicklung durch die SPÖ einen Ausdruck gab, indem er mit der Familienrechtsreform, der Abschaffung von Studiengebühren und der Fristenlösung linke Forderungen umsetzte.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, auch als Folge der Wahlniederlagen der SPÖ 1966, wandte sich die Parteilinke gegen die immer stärkeren Tendenzen, die SPÖ von einer ArbeiterInnenpartei (damals allerdings schon mit bürgerlicher Führung) zu einer – mehr oder weniger – linken Volkspartei zu machen. Der dem konservativen Lager nahestehende Robert Kriechbaumer postuliert: „Die Geschichte der Zweiten Republik hatte gezeigt, dass eine revisionistische Praxis die Grundbedingung für die Erringung der relativen oder sogar absoluten Mehrheit war. Dies implizierte aber auch eine Öffnung der Partei in Richtung ‚linker Volkspartei‘...“<sup>313</sup>. Inwieweit diese These richtig bzw. belegbar ist, sei dahingestellt, aber dass sie von der Parteilinken geteilt wurde ist offensichtlich. Kreisky setzte diesen Weg konsequent weiter um und fand dafür die später legendär gewordene Formulierung „ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen“.

In Zusammenhang mit der Frage der „Volkspartei“ stand auch die Koalitionsfrage: Während Kreisky eine Koalition anstrebte, traten die Linken um VSM und VSStÖ für den Gang in die Opposition ein<sup>314</sup>, ohne aber den Parteitag 1967 zu nutzen, um diese Position in der Partei zu pushen.<sup>315</sup> Das ist eine wiederkehrende Forderung von SPÖ-Linken bis herauf in das 21. Jahrhundert. Der Frage der Opposition wurde die Frage der Koalition mit einer der bürgerlichen Parteien gegenübergestellt. Die Frage nach dem Versuch einer Alleinregierung mit linkem Programm, um das herum eine Massenunterstützung aufgebaut werden könnte, war keine angedachte Option. Das an sich drückt bereits die Schwäche der Linken aus. Im Wesentlichen wird hier der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass sich die Partei in der Opposition auf ihre „echten“ „traditionellen“ Werte besinnen würde, eine Reinigung von rechten Kräften stattfinden würde und bei folgenden Wahlen dann eine erneuerte und linkere SPÖ wieder siegen könnte. Ein Konzept, das den Praxistest nicht bestanden hat, ist die SPÖ doch in keiner ihrer

---

313 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramm im Widerstreit der Interessen, Seite 40

314 z.B. Josef Hindels in der VSStÖ-Zeitung „alternative“ 1966, zitiert nach: Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung, Seite 90

315 Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Seite 147

Oppositionsperioden tatsächlich nach links gegangen. In keiner davon konnte die Linke ihr spezifisches Gewicht in der Partei erhöhen. Hindels schrieb bereits über die Zeit der Opposition in den 1960er Jahren, dass sich die Partei auf die „nur-parlamentarische Auseinandersetzung reduzierte“.<sup>316</sup> Beim SPÖ-Parteitag 1967 taktierte Kreisky in der Obmannfrage. Der bisherige Vorsitzende Pittermann, eher traditioneller Sozialist, Teile der Gewerkschaft und auch Linke wie Hindels waren gegen Kreisky, der ein moderner Macher war, aber auf eine Koalition mit der FPÖ abzielte. Kreisky setzte einen Schwerpunkt auf die Debatte eines Wirtschaftsprogrammes, für das Hannes Androsch, Josef Staribacher, Oskar Grünwald und Maria Szecsi 1968 einen Entwurf präsentierten<sup>317</sup>, der eine „technokratisch-reformistische Orientierung“<sup>318</sup> hatte und die Basis für den späteren Austrokeynesianismus darstellte.

Letztlich war Kreisky die sozialdemokratische Antwort auf die Linksentwicklung der Gesellschaft in Folge der 68er Bewegung. In gesellschaftspolitischen Fragen (z.B. Frauen) öffnete man sich linkeren Positionen. Wirtschaftlich war die Rolle der Kreisky-Regierungen v.a. die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft. Die Sozialdemokratie, die viel unabhängiger von den unterschiedlichen Teilen des Kapitals agieren konnte als die ÖVP (die aufgrund ihrer engen Verbindungen und ihrer Bündestruktur gezwungen war, hier einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Wünschen der verschiedenen Kapitalfraktionen zu suchen), agierte quasi als „ideeller Gesamtkapitalist“. In der Kreisky-Ära kam es nicht zu einer Umverteilung von oben nach unten, die „Jahre sozialdemokratischer Hegemonie änderten nichts am Charakter der österreichischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“<sup>319</sup>

Zu einer Öffnung kam es seitens der Partei gegenüber bürgerlichen Schichten. Das war aber auch ein Baustein im Prozess der Veränderung der Partei selbst, weg von einer ArbeiterInnenpartei, hin zu einer weiteren bürgerlichen Partei mit besonderer Geschichte. Der Prozess dauerte indes mehrere Jahrzehnte und war erst in den 1990er Jahren abgeschlossen.

### **3.3.2. Ein Stück des Weges auch mit der radikalen Linken**

Auch wenn die Kreisky-Politik in der Retrospektive links erscheinen mag, war sie es zur damaligen Zeit nicht. „Auf sozialistische Reformpunkte wurde zur Gänze verzichtet“<sup>320</sup> und die Zusammenarbeit mit der FPÖ sowie sechs Minister unter Kreisky mit

---

316 Hindels Josef, Die Linke in der SPÖ, Seite 21

317 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen, Seite 440

318 Neugebauer Wolfgang, Von der Koalition zur Alleinregierung (1958-1978), in: Modelle für die Zukunft, Seite 125

319 Pelinka Anton, Die Ära Kreisky – Zur symbiotischen Adaptionsfähigkeit der Sozialdemokratie, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, S. 58

320 Matzner Egon, Neokonservatismus oder Sozialismus, in: Politik über den Tag hinaus, Seite 62

NS-Vergangenheit passten auch eher zum rechten Kurs der SPÖ. Die Entwicklung insbesondere in den 1970er Jahren muss vor dem Hintergrund einer sich verändernden ökonomischen Situation betrachtet werden. Durch Wiederaufbau, Systemkonkurrenz, starken Staatsinterventionismus und einen niedrigen Lebensstandard der österreichischen Arbeiterklasse erlebte der österreichische Kapitalismus nach 1945 einen langanhaltenden Aufschwung. Das hatte natürlich auch ideologische Folgen. Das Bild eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, das dauerhaft und permanent den Lebensstandard der großen Masse der Bevölkerung erhöhen kann, schien zumindest für eine relative lange Periode von fast 30 Jahren Realität zu sein. Das war wohl einer der Gründe dafür, dass die Linke in den 1960er und 70er Jahren sich weniger um soziale/wirtschaftliche Themen und mehr um gesellschaftspolitische Fragen kümmerte. Eine Themenwahl, die auch mit der Politik von Kreisky gut zusammenpasste und der Linken in der Sozialdemokratie einerseits Aufwind gab und keine Gefährdung für die wirtschaftspolitische Orientierung der Partei darstellte.

Die Wahlsiege 1970 bzw. 1971 gaben mit der SPÖ-Alleinregierung die Chance und die Hoffnung auf die Umsetzung auch linker Inhalte. Die Partei erreichte Ende der 1970er Jahre mit rund 700.000 Mitgliedern (ca. 10% der Gesamtbevölkerung) einen Höhepunkt und übte auf Linke eine gewisse Sogwirkung aus. Hinzu kam der von Kreisky präsentierte Reformschub, der Hoffnungen auf eine Veränderung der SPÖ-Internas, ein Aufbrechen starrer Strukturen machte. Die Kombination von gesamtgesellschaftlicher Linksentwicklung, einer Auf- und Umbruchstimmung in der SPÖ und das Zusammenfallen von Themen der Parteilinken mit der Parteistrategie führten daher zu einigen Lebenszeichen der Linken in der Sozialdemokratie. Die Jugendorganisationen insgesamt waren im Zuge von 68 linker geworden. Zwar mit etwas zeitlicher Verzögerung, aber doch „fanden neomarxistische Ansätze breite Resonanz, was in einem allgemeinen Linkstrend innerhalb der sozialdemokratischen Jugendorganisationen einmündete, der umso erfolgreicher war, als die traditionelle Führung der Jugendverbände argumentativer Auseinandersetzung a priori nicht gewachsen war (...)“.<sup>321</sup>

Das drückte sich auch durch diverse Organisierungs- und Vernetzungsversuche in und zwischen den Jugendorganisationen aus, die sich als links verstanden und hofften, den Kurs der Partei mitzugestalten. Doch in genau diese Zeit fällt auch der Konflikt der Partei mit dem VSSTÖ und insbesondere mit dem VSM, was auch zeigt, dass der Spielraum für Linke in der Praxis gar nicht so groß war. Die Parteiführung setzte ihrerseits Schritte, um die Jugendorganisationen auf Linie zu halten: 1969 (Svoboda schreibt von 1971<sup>322</sup>) entstand z.B.

---

321 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 189

322 Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Seite 153

das „Kontor für Sozialistische Publizistik“ (oder auch Sozialistisches Kontor), das sich quasi als Servicestruktur in den Bereichen Infrastruktur, Publikationsstruktur, Vernetzung und Datensammlung für die verschiedenen sozialdemokratischen Jugendorganisationen verstand, das bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre bestand<sup>323</sup> und wohl den Zweck hatte, den Einfluss der SPÖ auf die Jugendorganisationen zu sichern, aber real nie eine zentrale Rolle spielte. Als Versuch die nun linkere SJÖ zu beschneiden und zu schwächen, schlug der niederösterreichische Gewerkschafter Czettel vor, eine Jugendmitgliedschaft einzuführen und das Alter der Roten Falken hinaufzusetzen.<sup>324</sup>

Pelinka beschreibt, wie aus einer Gruppe linker SchülerInnen aus dem Piaristengymnasium in Wien 8 über den Kontakt mit Hindels dann in den 1970er Jahren der VSSTÖ zu einer Bastion der Linken wurde<sup>325</sup>. Insgesamt wurden durch den Ausschluss des VSM die anderen Jugendorganisationen mit neuen linken Mitgliedern versorgt. Gleichzeitig war der Ausschluss aber auch eine Warnung an sie, innerhalb der von der Partei akzeptierten inhaltlichen und methodischen Grenzen zu bleiben.

Auch in der Jungen Generation (JG), die in einem weit stärkeren Abhängigkeitsverhältnis der SPÖ stand und steht als die SJ und die 1956 als Struktur zur besseren Erfassung von JungwählerInnen gegründet worden war<sup>326</sup>, kam es in den 1970er Jahren zu einer Linksentwicklung und verstärkter Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJÖ).

Die SJÖ selbst verstand sich seit 1976 als „linkssozialistische Jugendorganisation innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie“, deren Aufgabe es u.a. sei, „innerhalb der SPÖ an einer Verstärkung der klassenbewussten sozialistischen Kräfte mitzuarbeiten.“<sup>327</sup> Um ein linkes Netzwerk in der SPÖ aufzubauen wurde auch eine intensivere Zusammenarbeit mit den anderen Jugendorganisationen der SPÖ gesucht.<sup>328</sup> Diese Bündnispolitik der SJÖ mit Teilen der JG, dem VSStÖ, der *tribüne* und anderen linken Kräften in der SPÖ hatte das Ziel zu verhindern, dass „Einzelgenossen nach der SJ entweder den üblichen Karriereweg gehen oder sich resigniert zurückziehen“.<sup>329</sup>

Der von den Organisationen bzw. den Linken in ihnen geschaffene „Sozialistische

---

323 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 75

324 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 61f

325 Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985, Seite 61ff

326 Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe, Seite 156

327 Antrag zum 18. Verbandstag der SJÖ 1980, zitiert nach Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 253

328 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 255

329 Aus einer 1982 beschlossenen Fortschreibung der Grundsatzerklärung der SJÖ von 1976, zitiert nach: Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985, Seite 68

Jugendrat“ diente der Koordination zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Jugendorganisationen (SJ, JG, VSSStÖ, Rote Falken, FSG-Jugend).<sup>330</sup> Ergänzt wurde dieses Netzwerk durch lose themenbezogene Personenkomitees in der SPÖ zu Themen wie Kernkraft, Ökologie, antiimperialistische Solidarität sowie gegen die Kandidatur des NDP-Chefs Burger 1980<sup>331</sup>. Etwa zur selben Zeit gab es die „Initiative für sozialistische Politik“ (ISP) (entstanden aus dem Annagassen- bzw. Waltergassenkreis), die an ihrem Höhepunkt 1975 rund 250 Intellektuelle umfasste und auf den Parteitag 1974 und 1976 durchaus öffentlichkeitswirksam mit Manifesten *Für eine sozialistische Politik* vertreten war, aber kaum weitergehende organisatorische Schritte setzte.<sup>332</sup>

Mit einem zumindest vorübergehenden Bruch der offiziellen Beziehungen zur SPÖ gab es 1976/77 Debatten im VSSStÖ über die Frage eines organisatorischen Bruchs bzw. des Verbleibs in der Sozialdemokratie. Doch es folgten Loyalitätsbekundungen der VSSStÖ-Führung in Form einer Presseerklärung, in der zwar das Recht auf Kritik erklärt wurde, aber gleichzeitig ein Bekenntnis nicht nur zu den grundsätzlichen Ideen, sondern auch zu Programm, Statut und Beschlüssen der Partei – somit ein Kotau – abgelegt wurde.<sup>333</sup>

Unter Mithilfe von Josef Hindels wurden vier „Otto-Bauer-Seminare“ veranstaltet, von denen zumindest das erste 1978 in Wien als Treffpunkt verschiedener Linker in der SPÖ, aber auch mit anderen linken Kräften (z.B. VertreterInnen der deutschen SPD und der italienischen PCI, die einen eurokommunistischen Kurs vertrat) fungierte. Im Zentrum stand Bauers Idee eines „dritten Weges“ (zwischen Kapitalismus und Stalinismus<sup>334</sup>), der auch eine ideologische Möglichkeit für Linke darstellte, sich antikapitalistisch zu präsentieren, ohne bei den kommunistischen „Schmuddelkindern“ anzustoßen, also in Konflikt mit der antikommunistischen Linie der SPÖ zu kommen. Doch bereits das zweite Treffen 1979 fand mit Unterstützung aus der Führung der SPÖ in Form des damaligen Innenministers Erwin Lanc statt<sup>335</sup>, war also nicht wirklich angetan, eine organisierte Opposition aufzubauen. Bei all diesen Bemühungen gab es eine gewisse Konzentration auf theoretische Arbeit, so z.B. in Form verschiedener Publikationen, in der Regel Aufsatzsammlungen verschiedener VertreterInnen der Linken in und um die Sozialdemokratie (*Roter Anstoß* 1980 bzw. *Rot-grüner Anstoß* 1983).

---

330 Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985, Seite 69

331 Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, Seite 94

332 Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985, Seite 66

333 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 69

334 Es wurde die Orientierung an Bauers Theorie, ein Eckpunkt der meisten Linken in der SPÖ, fortgesetzt.

335 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 263f

### 3.3.3. Die Programmdebatte 1978

In dieser Periode war ein wesentliches Betätigungsfeld der Linken die Programmdebatte 1976-78. Die Programmdiskussion ist durchaus typisch für den Umgang mit Linken in der SPÖ. Notwendig geworden war die Erstellung eines neuen Programms aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen, neuer gesellschaftlicher Debatten und der Tatsache, dass die SPÖ nicht mehr in einer Koalition war, sondern eine Alleinregierung stellte. Der Nachkriegsaufschwung war zu Ende gegangen, die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus dadurch wieder augenscheinlicher und auch daher der Wunsch der Linken nach stärkeren antikapitalistischen Zeichen durch die SPÖ die Folge. Die Debatte hatte wohl auch die Funktion eines intellektuellen Ventils für die Parteilinke, die sich darauf konzentrierte und damit in der praktischen Arbeit nicht lästig wurde. Tatsächlich waren Rolle und Einfluss der Parteilinken in der Programmdebatte dann auch weit größer als ihr spezifisches Gewicht in der Partei.

In der von Kreisky konstituierten „Arbeitskonferenz“, die am Beginn der Programmdebatte stand, waren zahlreiche Linke vertreten, allerdings nicht die prominenten Altlinken, sondern jene intellektuellen Linken, die auch häufig beruflich in einer Abhängigkeit von der SPÖ standen. Auch ihre Berufung erfolgte von oben und nicht als VertreterInnen verschiedener Strömungen.<sup>336</sup> Diese 60-köpfige Arbeitsgruppe unter der Leitung von Egon Matzner erstellte einen Problemkatalog, der „nach Meinung Norbert Lesers, das Dokument einer latent oppositionellen Gruppe in der SPÖ“<sup>337</sup> war. Doch je weiter der Diskussionsprozess sich entwickelte um so weniger prononcierte Linke nahmen an der Arbeit teil, und auch Formulierungen des Problemkataloges wurden „entschärft“<sup>338</sup>. Debatte gab es u.a. darum, wie sich die SPÖ zu Fragen der „sozialen Demokratie“, der betrieblichen Mitbestimmung, Markt/Plan/Verstaatlichung, Umwelt und dem Verhältnis zum Christentum (das im ersten Entwurf gar nicht enthalten war<sup>339</sup>) positionierte. Die Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus und der internationalen Politik nahm eine wichtige Rolle ein.<sup>340</sup>

Im Problemkatalog, der noch unter Einfluss von Linken erarbeitet worden war, fand sich eine Analyse und Kritik des kapitalistischen Systems, die im 1958er Programm gefehlt hatte.<sup>341</sup> Die Debatten drehten sich in Folge von linker wie rechter Seite in diesem Punkt um

---

336 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSSStÖ, Seite 79f

337 Leser Norbert, Die SPÖ gibt sich ein Programm, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft Nr. 2/1978, Seite. 147, zitiert in: Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978, Seite 8

338 Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978: Entstehungsgeschichte, Diskussionsverlauf und Reaktionen (Wien 1986), Seite 19

339 Kriechbaumer Robert, Parteiprogramm im Widerstreit der Interessen, Seite 553

340 Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978

341 ebenda, Seite 46f

die Frage, inwieweit sich der Kapitalismus geändert hätte bzw. inwieweit die generellen kapitalistischen Widersprüche überwunden seien bzw. nach wie vor bestünden.<sup>342</sup> Aus der Beantwortung dieser Frage leitete sich die reale Politik der SPÖ ab. Zugespitzt lief die Frage auf die Alternative hinaus: den Kapitalismus stürzen oder reformieren. Im beschlossenen Programm fand sich dann die Formulierung „Der Kapitalismus hat sich gewandelt, aber seine entscheidenden Merkmale sind geblieben (...).“<sup>343</sup> Die Linken hatten sich im Bereich der Analyse weitgehend durchgesetzt, praktische Konsequenzen für die Parteiarbeit hatte das allerdings keine. So heißt es etwa im Programm: „Deshalb treten die Sozialisten für die Reform der Entscheidungs- und Eigentumsverhältnisse ein.“<sup>344</sup> Die Eigentumsfrage war Punkt heftiger Debatten, wobei diese teilweise am Kern vorbeigingen, da es v.a. darum ging, inwiefern sich die SPÖ zur Verstaatlichung verhielt und nicht die Frage stellte, welchen Klassencharakter der Staat selbst hatte<sup>345</sup>. Aus marxistischer Sicht macht das einen gravierenden Unterschied, da zwischen Verstaatlichungen in einem kapitalistischen Staat und einem Staat, in dem der Kapitalismus abgeschafft wurde, unterschieden wird. Insgesamt finden sich im Programm Formulierungen, die offensichtlich die Aufgabe hatten, jeweils eine Seite zufrieden zu stellen und die so einen ziemlichen Spagat darstellen. Die Inhomogenität der Linken zeigte sich in der Haltung zu Fragen von Wachstum, Energie und insbesondere Kernenergie, wo die VertreterInnen der Neuen Linken letztere ablehnten und sich gegen einen Wachstumsfanatismus aussprachen, während die VertreterInnen der „Altlinken“ (namentlich Hindels) sich gegen Technologiefindlichkeit und Beschränkungen der Energieumformung und damit auch des Wachstums aussprachen.<sup>346</sup> Deutlicher als im 1958er Programm findet sich auch die Abgrenzung nach rechts (obwohl nur kurz davor Kreisky in der Keisky-Peter-Wiesenthal-Affäre<sup>347</sup> eine solche Abgrenzung hatte vermissen lassen<sup>348</sup>) und eine differenziertere Position zum „Kommunismus“ (d.h. den stalinistischen Staaten und den ihr folgenden Parteien im Westen).

Doch auch wenn sich im 78er Programm viele linke Formulierungen finden, so ist es doch von einer bestenfalls schwammigen theoretischen Grundlage getragen. „Der Sozialismus ist eine internationale Bewegung, in der Menschen aufgrund humanistischer

---

342 ebenda, Seite 49ff

343 SPÖ-Parteiprogramm 1978, Seite 11, [http://www.renner-institut.at/uploads/media/1978\\_SPOE-Parteiprogramm\\_01.pdf](http://www.renner-institut.at/uploads/media/1978_SPOE-Parteiprogramm_01.pdf) (3.5.2016)

344 SPÖ-Parteiprogramm 1978, Seite 12

345 Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978, Seite 64ff

346 ebenda, Seite 82ff

347 1975 stellte sich Kreisky schützend vor den FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter und dessen NS-Vergangenheit und attackierte den Aufdecker dieser Vergangenheit, Simon Wiesenthal.

348 <http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisky-Peter-Wiesenthal-Aff%C3%A4re>

Wertvorstellungen, aufgrund marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder religiöser Überzeugungen für eine bessere Gesellschaft zusammenwirken.“<sup>349</sup> heißt es dort. „Sozialismus“ wird damit auf eine Bewegung ohne Klassenbasis für eine unbestimmte „bessere Gesellschaft“ (noch nicht einmal bessere Welt) reduziert. Erwin Lanc, der wohl am ehesten den angepassten Partei-Linken in der SPÖ-Führung zugerechnet werden kann, meint wohl recht treffend, das Programm von 1978 zeige „insgesamt, wie sehr das Sein des Regierens das Bewusstsein der österreichischen Sozialdemokraten beeinflusst hat.“<sup>350</sup>

Bezeichnend ist allerdings auch, dass das neue Programm, zu dem es immerhin 1134 Abänderungs- und Ergänzungsanträge gab, letztlich am Parteitag am 20.5.1978 ohne Gegenstimmen angenommen wurde.<sup>351</sup> Im Programm selbst findet sich noch der Bezug auf Sozialismus und eine klassenlose Gesellschaft, doch setzte die SPÖ damit die Trennung in ein Minimalprogramm (für die tägliche Arbeit) und ein Maximalprogramm (weitreichende Forderungen, die in der Regel an hohen Feiertagen wiederholt wurden, aber keine Bedeutung für die praktische Arbeit hatten) fort. Die Parteilinke war damit offenbar weitgehend zufrieden. „Im Allgemeinen konnte aber das Programm sowohl ‚Alt‘- als auch ‚Neu-Linke‘ einigermaßen zufriedenstellen.“<sup>352</sup> Der Analyseteil war stark von den „Linken“ geprägt, aber im Forderungsteil hatten sich die „PragmatikerInnen“ durchgesetzt.

Wenn das Parteiprogramm von 1978 auch linke Züge aufweist, ist die Frage Warum? Ein Durchsetzen der ansonsten eher einflusssschwachen Linken zu attestieren wäre zu kurz gegriffen. Viel eher entsprach dieses Programm den Notwendigkeiten der SPÖ vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Stimmung der 1970er Jahre (und kam insofern etwas zu spät) sowie der Öffnung zu neuen linken Schichten, die sich außerhalb der SPÖ befanden. Auch darf die Bedeutung des Programms für eine pragmatisch agierende Partei wie die SPÖ nicht überbewertet werden. So konnte auf der programmatischen Ebene die Linke zufrieden gestellt und an die Partei gebunden werden. So konnte die Realpolitik eine immer „rechtere“ werden. Pleschberger stellt fest, „(...) dass der häufige Rekurs auf politische Programme zwar Intellektualität und politische Moral verrät, aber den Kampf um die sozialistische Praxis der SPÖ kaum beeinflusst hat.“<sup>353</sup> Sowohl für das Programm von 1957 als auch jenes von 1978 sieht es Hindels als einen Erfolg der Linken an, dass Sozialismus als Ziel formuliert wird. Er muss aber auch eingestehen: „Aber ein sozialistisches Programm bedeutet noch lange keine

---

349 SPÖ-Parteiprogramm 1978, Seite 8

350 Lanc Erwin, Sozialdemokratie in der Krise: Zwischen ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlicher Atomisierung (Wien 1996), Seite 31

351 Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978, Seite 10

352 ebenda, Seite 124

353 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSSStÖ, Seite 81

sozialistische Praxis“<sup>354</sup>.

### 3.3.4. Den Linken eine Tribüne geben – keine Organisierung

Im Zuge der Diskussion um das neue Parteiprogramm existierte 1976-77 das Zeitschriftenprojekt *tribüne* (*Zeitschrift von Sozialisten für Sozialisten*) als „Plattform“ bzw. „Sprachrohr“<sup>355</sup>, das sich als „publizistischer Transmissionsriemen aller oppositionellen Strömungen in der SPÖ“<sup>356</sup> verstand. Doch man sah sich nicht nur als Medium: „Die *tribüne* ist organisatorisch und funktional die Antwort auf das Absterben der Parteistruktur. Sie ist Teil eines innerparteilichen Netzwerks, das horizontal organisiert sein will. Ein solches funktionierendes Netzwerk ist die Zukunft der Linken in der SPÖ.“<sup>357</sup> Die Orientierung nach innen, also v.a. auf SPÖ-Mitglieder, zeigt sich auch in der Herkunft der *tribüne* AbonnentInnen: 63% waren SPÖ-Mitglieder, 38% SPÖ-FunktionärInnen.<sup>358</sup>

Der Kreis um die *tribüne* organisierte im Oktober 1980 eine Tagung, auf der rund 200 linke SPÖ-Mitglieder in Arbeitskreisen die konkrete Politik der SPÖ und die Haltung der Linken zu Fragen der Regierungspolitik diskutierten.<sup>359</sup> Doch Strategie war nicht der Aufbau eines organisierten linken Flügels rund um Inhalte und konkrete Kampagnen. Sondern: „Die Perspektive war zunächst, das Bewusstsein und die Struktur in den Jugendorganisationen so zu verändern, dass ein kontinuierliches Nachrücken linker Kräfte gesichert werden konnte (...) für diese Bewegung zu gewinnen (...) durch inhaltliche Diskussionen über die Politik der Parteispitze und die Aufgaben der Partei...den kontinuierlichen Aufbau eines Netzes von zumindest losen organisatorischen Kontakten im linken Parteibereich (...)“.<sup>360</sup> Der Aufbau einer klaren Organisationsstruktur um die *tribüne* wurde abgelehnt. Das Projekt gelangte rasch an Ressourcengrenzen und man versuchte dem durch Dezentralisierung zu entgehen. Man blieb wie bei vielen der linken Projekte in der SPÖ bei einem idealistischen Zugang und setzte auf die Veränderung des Bewusstseins, nicht des Seins. Man organisierte keine Kampagnen, bildete keine neuen Organisationsstrukturen und stellte nicht die Machtfrage. „Das Tribüne-Projekt ist – gemessen an den ursprünglichen Zielsetzungen – gescheitert. Der Einfluss der Linken in der SPÖ wurde nicht durch die Konzentration um ein links-sozialistisches Projekt vergrößert.

---

354 Hindels Josef, Austromarxismus und SPÖ-Linke: Verändern statt bewahren, in: Roter Anstoß, Seite 29

355 Matzka Manfred, Ein linker Versuch, mehr zu machen als eine Zeitung – Die „Tribüne“, in: Gegen den Strom, Seite 207

356 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 75f

357 Matzka Manfred *tribüne*, in: SPÖ – Was sonst?, Seite 168

358 *tribüne* Nr. 26, Oktober 1979, Seite 2, zitiert nach: Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 70f

359 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 76

360 Matzka Manfred, Ein linker Versuch, mehr zu machen als eine Zeitung, Seite 207

Lange Zeit diente das Tribüne-Projekt als Integrationsinstrument für frustrierte Linke. Eine ernstzunehmende Opposition konnte nicht aufgebaut werden. Die Fixiertheit auf die innerparteiliche Arbeit führe schließlich auch dazu, dass die historische Gelegenheit, eine Verbindung mit der Ökologiebewegung einzugehen (...) verabsäumt wurde.“<sup>361</sup>

### 3.3.5. „Denselben Cap begeht man nur einmal“<sup>362</sup>

Die Linke war in der Sozialdemokratie nie homogen, doch sie war in großen Teilen zumindest organisatorisch in der SPÖ bzw. ein Teil ihrer Gesamtstruktur. In Folge der 68er Bewegung, beeinflusst von der Neuen Linken, gab es auch in Österreich verstärkt Entwicklungen außerhalb der Sozialdemokratie. Diese versuchte auf den Wunsch nach demokratischer Mitbestimmung bzw. die Ablehnung der oft starren und top-down Strukturen der SPÖ und das Interesse an „neuen“ Themen wie z.B. Umweltfragen zu reagieren. Die Arena-Besetzung 1976 und Zwentendorf 1978 waren Beispiele für eine Politisierung von nicht nur Jugendlichen, die außerhalb und teilweise auch gegen die SPÖ stattfanden. Die SPÖ sah hier „alt“ aus und verlor an Einfluss. Es begannen sich neue politische Strukturen zu entwickeln, die die Parteiführung als Gefahr für ihren Führungsanspruch erkannte. Die Alternative Liste Berlin hatte 1979 auf Anhieb bei den Wahlen in Berlin 3,7% erhalten<sup>363</sup>. In Österreich entstanden ebenfalls Alternative Listen und 1982 die Alternative Liste Österreich. Die SPÖ verstand, dass sie reagieren musste.

Gusenbauer dachte taktisch und nicht etwa links wenn er analysierte: „Konsequenzen für die SJ als Jugendorganisation, aber auch als Erneuerungskraft in der SPÖ: a) Wir müssen die gesellschaftliche Kraft sein, die ein fortschrittliches Konzept zur Erneuerung der Politik, der Partei und der Republik vorlegt.“<sup>364</sup> Gemeint ist, wie auch von vielen Anderen in der SPÖ immer wieder angedeutet: Wenn die SPÖ nicht in der Lage ist, auf die gesellschaftlichen Trends und Stimmungen zu reagieren, dann verliert sie Einfluss an die entstehende Grünbewegung. „Instrumente aller sozialdemokratischen Reformen, Transformations- und Steuerungsüberlegungen sind dabei der Staat und seine zahlreichen Institutionen. Und jede Bewegung außerhalb der Institutionen (Studenten, 'Grüne', etc.) - das ist eines der wesentlichsten Erfolgsmerkmale der SPÖ – wird im Ansatz schon registriert und so vollständig wie möglich integriert.“<sup>365</sup> Eine Analyse von Josef Cap, die auch auf ihn selbst und seine Rolle angewendet werden kann.

---

361 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 72

362 Aufkleber der Alternativen Liste Wien

363 [https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis\\_90/Die\\_Gr%C3%BCnen\\_Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen_Berlin), (26.2.2016)

364 Gusenbauer Alfred, Die SPÖ und Hainburg, in: Trotzdem 1/85, Seite 3, zitiert nach: Pittler, Seite 331f

365 Cap Josef, Perspektiven des Linkssozialismus in Westeuropa, in: Perspektiven der Eurolinken, Seite 43

Beim SPÖ-Parteitag 1982 richtete der damalige SJ-Vorsitzende Josef Cap drei Fragen an den SPÖ Landeshauptmann des Burgenlandes, Theodor Kery: über sein Einkommen, seine Privilegien und seine Vorliebe für Waffen. Diese drei Fragen waren ein wichtiger Baustein im Bild des „linken“ Cap. Cap war danach, obwohl SJ-Vorsitzender, nicht mehr in den Parteivorstand gewählt worden. Der Skandal verschaffte Cap und damit auch der SJ eine enorme Öffentlichkeit. 1983 half seine Vorzugstimmekampagne, Linke an die Partei zu binden und von einer Stimmabgabe für die damals bereits antretende Alternative Liste (AL) abzuhalten<sup>366</sup>. Cap erhielt mit immerhin 62.457 Stimmen in seinem Wahlkreis Wien fast ebensoviele wie die AL (65.816), die den Einzug in den Nationalrat verfehlte.

Es ist schwer festzustellen, ob das Ganze ein geschicktes Manöver der Parteistrategen war, um mit einem linken Aushängeschild WählerInnen vom AL-Wählen abzuhalten, oder ob das ein zufälliges Nebenprodukt war. Doch bei einer näheren Betrachtung des vermeintlich linken Cap spricht vieles dafür, dass Cap der Parteiführung nicht „passiert“ ist. Tatsächlich war er immer so brav, wie die Parteiführung ihm erlaubt hat zu sein oder so rebellisch, wie es ihm die Partei vorgegeben hat. „Das sagt er auch selber: Er war nie (...) das war Alles nur mit Kreisky abgesprochen was er gemacht hat. Also so ein großer Rebell war der nie.“<sup>367</sup> Tatsächlich war Cap schon damals ein reformistischer Linker, der seine politisch-theoretische Heimat, auch wenn er das „Klavier der marxistischen Formulierungen“ perfekt bediente, eher bei Keynes als bei Marx hatte.<sup>368</sup> Als Ziel formulierte er bereits 1981, versteckt unter „marxistischen“ Analysen und Formulierungen, „die breite Masse der arbeitenden Menschen, der Gewerbetreibenden, Bauern und Studenten für die Entwicklung eines demokratischen, alternativen sozialen Blocks zu gewinnen“<sup>369</sup>. Die Taktik funktionierte, aber nur vorübergehend. Am Ende der Keisky-Ära war es mit der weitgehenden Hegemonie der SPÖ über die Linke vorbei. Mit den Grünen, die zumindest anfangs als linke Alternative wahrgenommen wurden, entstand eine ernstzunehmende Wahlkonkurrenz.

Nach dem Einzug ins Parlament als „Linker“ erfolgte die Integration Caps in die SPÖ-Rechte um so schneller. Das sagt auch einiges über die sogenannten „Linken“ in den Jugendorganisationen aus. Hier gibt es viele heute bekannte Namen wie Michael Häupl, Brigitte Ederer, Josef Cap, Alfred Gusenbauer, Josef Acknerl, Manfred Matzka, die als „Linke“ galten und dann ihren angepassten Weg in der Partei machten. Natürlich gibt es auch jene Linken, die Linke geblieben sind und wohl auch deshalb keine zentralen Parteifunktionen

---

366 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 251f

367 Blaha Barbara im Interview, Heimlich Willibald, Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010 (Wien 2011), Seite 206

368 Cap Josef, Perspektiven des Linkssozialismus in Westeuropa, Seite 42f

369 ebenda, Seite 45

übertragen erhielten. Doch es zeigt, dass ein „bisschen links blinken“ der Karriere nicht schadet. Denn all diesen „Linken“ ist eines gemeinsam: sie haben nie den Kurs der Partei ernsthaft herausgefordert, haben nie versucht an den Mehrheitsverhältnissen in der Partei etwas zu ändern. Und sie haben nie eine Gefahr für die Parteiführung dargestellt.

#### **4. Neue linke Versuche in einer zunehmend verbürgerlichten SPÖ**

Ab den 1980er Jahren wurden die Auswirkungen des Endes des Nachkriegsbooms und die Folgen der globalen Wirtschaftskrisen auch in Österreich immer deutlicher. Spätestens mit der Wirtschaftskrise 1983 waren soziale Themen von zentraler Bedeutung. Die Arbeitslosigkeit stieg, die verstaatlichte Industrie hatte Probleme und es kam zu Betriebsschließungen. Waren Krisenerscheinungen in den 1970er Jahren noch für einige Jahre durch das deficit-spending der Kreisky-SPÖ abgemildert worden, so setzte sich ab den 1980er Jahren endgültig eine Sparlogik (wirtschaftstheoretisch: Monetarismus und später Neoliberalismus) durch. Das bedeutete auch eine geänderte Sichtweise auf die Rolle der verstaatlichten Industrie, des Sozialstaates bzw. des Staates insgesamt. Linke wie Hindels und Peter Ulrich-Lehner argumentierten gegen die Privatisierungswünsche der ÖVP und fanden dafür auch bei Teilen der Parteirechten Unterstützung; bei diesen aber weniger aus ideologischen denn aus pragmatischen Gründen. Als der damalige SPÖ-Kanzler Vranitzky erklärte, die Politik des deutschen neoliberalen Kanzlers Helmut Kohl sei in Bezug auf Privatisierung „vorbildlich“<sup>370</sup>, hätte das für eine gewerkschaftliche Linke Anlass zum Aufschrei sein müssen. Doch außer einiger kritischer Worte aus der SJ kam wenig. Insgesamt war die Partei klar auf Linie: Sparpolitik bzw. Budgetkonsolidierung, Privatisierungen und Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, um an der Macht zu bleiben. Ein Prozess, der das Ergebnis der Veränderung der SPÖ war und diese selbst weiter veränderte.

Zu den geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kamen auch politische Veränderungen hinzu: innenpolitisch der Verlust der absoluten Mandatsmehrheit für die SPÖ sowie eine Reihe von Skandalen und Krisen, außenpolitisch ab 1989 der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und die Orientierung auf die EG/EU. Die Veränderungen betrafen natürlich auch die Linken in der SPÖ, die darauf unterschiedlich reagierten.

In diese Periode fällt aus meiner Sicht die vermutlich endgültige Verbürgerlichung der SPÖ. Zur Charakterisierung einer Partei gehören verschiedene Faktoren: die Geschichte der Partei, ihr Programm und ihre konkrete Politik, die soziale Zusammensetzung der FunktionärInnen, WählerInnen und der Mitglieder, ihre Stellung zu den Gewerkschaften und

---

370 Zitiert nach Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, S 349

wie die Partei von der ArbeiterInnenklasse gesehen wird. Die SPÖ war zweifellos über Jahrzehnte eine bzw. die ArbeiterInnenpartei in Österreich. Doch gibt es seit ihren Anfängen Tendenzen in Richtung „Verbürgerlichung“ durch die Integration der Führung ins Bürgertum, bürgerliche Politik und Veränderungen in der WählerInnen- und Mitgliederstruktur. Aus Sicht der Autorin gibt es seit den 1990er Jahren eine qualitative Veränderung in der Sichtweise, die immer größere Teile der ArbeiterInnenbewegung auf die SPÖ haben. Stimmungen der ArbeiterInnenklasse spiegeln sich immer weniger in der SPÖ wider, werden kaum von der Partei in Form von Forderungen bzw. Kampagnen übernommen. 1983 verlor die SPÖ v.a. bei JungwählerInnen, in Städten und Industriegebieten. Gerade unter jüngeren Mitgliedern der ArbeiterInnenklasse wird die SPÖ seit den 1990er Jahren nicht als Partei der positiven Veränderung, sondern zunehmend als eine Partei unter anderen, manchmal vielleicht mit einem sozialeren Programm, aber nicht qualitativ anders, gesehen. Diese Entwicklung definiert die Autorin als Verbürgerlichung der Sozialdemokratie. Insofern ist auch die immer wieder (und teilweise, wie bei BSA und VSSStÖ, schon in den 1960er Jahren) formulierte These von einer „Entideologisierung“ der SPÖ<sup>371</sup> falsch: die SPÖ ist nicht ideologielos, sondern hat die Reste der sozialistischen Ideologie endgültig abgelegt. Sie wird nun in Praxis und Theorie durch eine pro-kapitalistische bürgerlich-liberale Ideologie bestimmt.

#### **4.1. Die Rahmenbedingungen verändern sich. Wie reagiert die Linke?**

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit 1983, dem Rücktritt Kreiskys und dem Gang in die Koalition mit der FPÖ befanden sich in der Regierungsmannschaft der SPÖ mit Erwin Lanc, Alfred Dallinger, Johanna Dohnal und Karl Blecha einige (ehemalige?) VertreterInnen der Parteilinken (wenn auch Lanc nur kurz). Im Kurs der Regierung spiegelte sich das nicht wider. Es war die Zeit der Sparpakete und Privatisierungen. Ähnlich lief es auch unter anderen „Linken“: 1993 wurde die Vermögenssteuer von einem der Linken nahestehenden Finanzminister Lacina abgeschafft.

Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten ab 1989 hatte auf Linke naturgemäß starke Auswirkungen: und zwar schwächende auf die stalinistisch geprägten bzw. zumindest in Sympathie zu den stalinistischen Staaten stehenden Teile. Hier wurde in Folge häufig „das Kind mit dem Bade ausgeschüttet“. Typisch dafür war der sich bis dahin links gebende Alfred Gusenbauer, der einige Jahre zuvor noch russischen Boden geküsst hatte und nun 1990 verkündete: „Entscheidend für die künftige Arbeit wird aber in erster Linie die Entwicklung einer neuen ideologischen Identität der europäischen Linken vor dem Hintergrund der

---

371 Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung, Seite 124

EG-Integration und des Zusammenbruchs des Kommunismus sein.“<sup>372</sup>

Die Schwäche der Linken ab den 1980er Jahren ist Ausdruck der veränderten objektiven Situation. Durch den Zusammenbruch des Stalinismus und das proklamierte „Ende der Geschichte“ waren die Ideen des Sozialismus/Kommunismus/Marxismus für Jahre diskreditiert. Die Linke war gesamtgesellschaftlich in der Defensive, auch in der SPÖ. Es mangelte in dieser Zeit nicht an Themen, die eine Parteilinke aufgreifen hätte können und das auch teilweise tat:

In den 1980er Jahren waren politische Polarisationspunkte in der Sozialdemokratie u.a. die Anschaffung von Abfangjägern, das Volksbegehren des Kärntner Heimatdienstes zur Zerschlagung zweisprachiger Schulen in Südkärnten, der geplante Bau eines Kraftwerkes in der Stopfenreuther Au bei Hainburg, die Reder-Affäre<sup>373</sup>, der Waldheim-Wahlkampf sowie die Zunahme neofaschistischer Aktivitäten und die Kandidatur des weit rechten FPÖ-Politikers Otto Scrinzi. Auf der sozialen Ebene u.a.: die Frage der Öffnung der Handelsbetriebe am 8. Dezember, die Privatisierungen verstaatlichter Betriebe und die ersten Sparpakete. Quasi innerparteilich kamen noch die Einstellung der Arbeiter Zeitung AZ 1991 sowie das Konsum-Debakel dazu. Ab September 1986, als Jörg Haider auf dem Innsbrucker Parteitag der FPÖ zum Obmann gewählt wurde, gewann auch die Auseinandersetzung mit der FPÖ an Bedeutung und damit verbunden der Umgang mit Migration.

Ende der 1980er Jahre kam die Auseinandersetzung um die Europäische Gemeinschaft (EG), später Europäische Union (EU), und der Beitritt Österreichs hinzu. Diese Debatte bot für die Linke in der Partei die Möglichkeit, Position zu beziehen. Es hätte hier die Möglichkeit eines Schulterschlusses mit Teilen der Gewerkschaft gegeben. Immerhin hatten führende FunktionärInnen der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter (FSG) Ende der 1980er Jahre noch festgestellt, dass die EG mit den Werten der Sozialdemokratie nicht vereinbar sei, der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in der EG nur geringe Chancen auf Einflussnahme hat und ein Beitritt zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen wird.<sup>374</sup> Auf dem 22. Verbandstag der SJÖ hatte sich diese noch gegen ein österreichisches Beitrittsansuchen an die EG ausgesprochen<sup>375</sup>, im Herbst 1988 auch einen EG-Kongress organisiert und kritisches Material herausgebracht. Doch letztlich wurde der Beitrittsantrag vom 17.7.1989 weitgehend

---

372 Gusenbauer Alfred, Trotzdem 3/90, zitiert nach Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 481

373 FPÖ-Verteidigungsminister Frischenschlager empfängt den NS-Kriegsverbrecher Walter Reder mit Handschlag.

374 Bernthaler, Franz, Gerstbauer, Gerald, Wonka, Richard: EG: Abbau sozialpolitischer Errungenschaften, aus: Die Zukunft, Nr. 4/1989, Seite 30ff, in: Heimlich Willibald, Theorie und Praxis der SPÖ, Seite 135f

375 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 455

widerstandslos hingenommen.<sup>376</sup> Doch das Thema sollte ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung mit dem linken Flügel in der SJ-Wien, der Vorwärts Strömung, im Jahr 1992 (vor der Volksabstimmung 1994) werden.

Die diversen Skandale (AKH, Androsch, Lucona, Noricum, Consultatio etc.) zeigten, wie stark FunktionärInnen der SPÖ an Korruption beteiligt waren; was von vielen, gerade auch Linken massiv kritisiert wurde. Sie griffen das Problemfeld PolitikerInnenprivilegien zwar auf, wie Albrecht Konecny, der in einem Leitartikel für *Die Zukunft* 1989 forderte: „Die Taschen der Partei ‚gläsern‘ machen!“<sup>377</sup> Auch Cap hatte das Thema hoher Bezüge von SPÖ-FunktionärInnen bzw. MandatarInnen in seinen Fragen an den burgenländischen Landeshauptmann Kery und auch bei seinem Vorzugsstimmenwahlkampf aufgebracht. Aber bei den meisten linken KritikerInnen blieb es im Wesentlichen bei der Analyse. Die Forderung nach Bezügebeschränkung wurde kaum erhoben bzw. nicht für eine gemeinsame Kampagne von Parteilinken genutzt<sup>378</sup>. Kamen Linke dann selbst in Amt und Würden, wurden sie allerdings oft selbst zu BezieherInnen von hohen und Mehrfachbezügen und nutzten die Möglichkeiten weidlich aus. Nur wenige Linke (wie z.B. der Vorwärts Strömung) forderten offensiv und in Anträgen in der SJ „ArbeiterInnenlohn für FunktionärInnen“; eine Forderung, die nirgends in der SPÖ umgesetzt wurde. Wie normal die Praxis des Konsums von PolitikerInnenprivilegien auch für Linke in der SPÖ ist, zeigt derzeit auch der Traiskirchner SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler, Sprecher der linken SPÖ-Plattform „Initiative Kompass“, der wegen seiner Mehrfachbezüge in die Kritik geriet.<sup>379</sup>

Auch in anderen Organisationsfragen schalteten sich die Linken nicht zentral ein. Die verschiedenen Debatten zu Parteireformen (anlässlich der Parteireform 1976, in den 1980er Jahren sowie anlässlich der Reform 1991-93) führten (im Gegensatz zur Programmdebatte 1978) zu keiner starken Polarisierung. Die Parteiführung reagierte auf den Mitglieberschwung mit der Öffnung hin zu neuen Gruppen. „Die Maßnahme (die Parteireform 1991-93, Anm.) zielt darauf ab, die Partei für neue gesellschaftliche Gruppen zu öffnen und auch Nichtmitgliedern eine Mitarbeit in der Partei zu ermöglichen.“<sup>380</sup> Hier wurde nach der inhaltlichen Öffnung auch eine strukturelle vollzogen. Die Linken hatten das Thema nicht als

---

376 ebenda, Seite 465ff

377 Konecny Albrecht, Die Taschen der Partei „gläsern“ machen!, aus: *Die Zukunft*, Nr. 1/1989, S.1., zitiert nach: Heimlich Willibald, *Theorie und Praxis der SPÖ*, Seite 52

378 Siehe dazu diverse Artikel von Hindels, Cap, Aigner, Matzner, zitiert bei: Kriechbaumer Robert, *Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen*, Seite 648ff

379 Siehe z.B. *Kleine Zeitung* vom 30.3.2016,

[http://www.kleinezeitung.at/k/politik/4956154/BezugeAffaere\\_Babler-hatte-drei-Einkommen-und-Spesentopf](http://www.kleinezeitung.at/k/politik/4956154/BezugeAffaere_Babler-hatte-drei-Einkommen-und-Spesentopf)

380 Schweiger Peter, *Parteireform als Ausweg aus der Parteikrise? Eine Untersuchung der Reformbemühungen der SPÖ (Wien 1996)* Seite 65

Bühne genutzt.<sup>381</sup>

1986 erschien der Entwurf der *Perspektiven 90* und 1998 gab sich die SPÖ ein neues Grundsatzprogramm. Auch die neuerliche Programmdiskussion führte nicht zu einer Belebung der Debatte und damit auch zu keinem Arbeitsfeld für Linke in der SPÖ wie in den Jahrzehnten davor, was die Schwäche der Parteilinken widerspiegelt. Nicht einmal die Namensänderung in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“ am Bundesparteitag 1991 führte zu relevanten Diskussionen.<sup>382</sup> Insgesamt zeigt die Beteiligung an Parteitagen bzw. in der Vorbereitung derselben die Schwäche der Parteilinken. Die Programmdebatte 1978 führte nochmals zu einem Höhepunkt an Mitarbeit der sogenannten Basis, als zum Bundesparteitag fast 1200 Anträge gestellt wurden. Danach waren es in der Regel zwischen 100 und 300 Anträge bzw. mit etwas über 400 Anträgen ein kleiner Ausreißer 1981<sup>383</sup>. Die neuen statutarischen Möglichkeiten seit 1993 wie Vorwahlen (zur KandidatInnenauswahl), Mitgliederbefragungen und Themensektionen wurden von Linken in der Partei nur in beschränktem Ausmaß zur Fokussierung und Propagierung bestimmter Inhalte genutzt. Einzig die Protestsektion „Sektion 8“ der Wiener SPÖ hat es hier zu einer gewissen Bekanntheit gebracht.

#### **4.2. Ein großer Teil der Linken bleibt trotz Rechtsentwicklung in der SPÖ**

Die Linken haben seit den 1940er Jahren nie wieder die Bedeutung in der SPÖ erhalten wie rund um die Scharf-Debatte bzw. vor der Parteisäuberung einerseits und dem Wirtschaftsaufschwung andererseits. Auch die 68er Bewegung und die SPÖ-Alleinregierung konnten daran nichts grundlegend ändern. 1983 schätzt Manfred Matzka, damals noch selbst Teil der SPÖ-Linken, die „linkssozialistische Strömung“ in der SPÖ bzw. ihren Unter- bzw. Vorfeldstrukturen JG, SJ, VSSÖ und tribüne auf „eineinhalbtausend Funktionäre zumeist der untersten Ebene“.<sup>384</sup> Mit dem Zusammenbruch des Stalinismus nahm diese Zahl wohl noch weiter ab. Ein Teil der bisherigen Parteilinken änderte ihre politische Linie, ein Teil zog sich wohl auch gänzlich aus der politischen Arbeit zurück. Doch auch in der für Linke insgesamt schwierigen Periode der 1980er Jahre und danach gab es Linke in Österreich und auch in der SPÖ. Während sich der Mitgliederschwund in der SPÖ fortsetzte<sup>385</sup>, blieben die Linken zu

---

381 Siehe dazu: Schweiger Peter, Parteireform als Ausweg aus der Parteikrise?

382 Schweiger Peter, Parteireform als Ausweg aus der Parteikrise? Seite 47ff

383 ebenda, Seite 54

384 Matzka Manfred, Tribüne, Seite 167

385 Nach einem Höhepunkt 1979 mit über 721.000 Mitgliedern sanken die Mitgliedszahlen seither auf knapp über 200.000 ab. (Quellen: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/parteimitgliedschaft.pdf> und <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4603088/SPO-verliert-rund-10000-Mitglieder-jaehrlich?xtor=cs1-15> (beide 30.3.2016)

einem nicht unwesentlichen Teil innerhalb der Sozialdemokratie. Untersucht werden hier die Initiative für Sozialistische Politik (ISP) aufgrund ihrer Dauerhaftigkeit, die Initiative 8 aufgrund ihrer Bekanntheit sowie die Entwicklungen innerhalb der Sozialistischen Jugend, die in dieser Periode am ehesten ein Fokus für linke Politik war.

#### **4.2.1. Die Initiative(n) für Sozialistische Politik (ISP)**

Insgesamt dreimal kam es zur Gründung einer „Initiative für sozialistische Politik“ (ISP) der SPÖ. Die erste hatte sich Mitte der 1960er Jahre gebildet, die zweite und wichtigste Anfang der 1970er Jahre im Zuge der Annagasse-Linken<sup>386</sup> und eine dritte 1997<sup>387</sup>. Es gab zwischen erster und zweiter bzw. zwischen zweiter und dritter Initiative neben neuen AktivistInnen auch partiell personelle Kontinuität. Jene mit der größten Wirkung war die Initiative in den 1970er Jahren.<sup>388</sup> Diese Initiativen waren und sind eine von linken Intellektuellen in der SPÖ getragene Struktur. In den Anfängen umfasste sie einen Kern von 30-40 Personen sowie Veranstaltungen von 150-250 Personen<sup>389</sup>, die aber nicht alle SPÖ-Mitglieder waren. Ebenfalls im Rahmen der Programmdiskussion in der SPÖ wurde rund um die Ottensteiner Tagung vom November 1973 ein Manifest für „eine sozialistische Politik der SPÖ“ entworfen und diskutiert.<sup>390</sup> Das Manifest war auf dem Parteitag 1974 zwar Thema, erhielt aber wenig Unterstützung, was in Folge auch dazu führte, dass die ISP kaum AktivistInnen hatte und nicht einmal eine Neuauflage des Manifestes schaffte. Es wurden Themen eingebracht, „Widerstand“ geleistet und an die „historische Mission erinnert“<sup>391</sup>, aber wirkliche Erfolge konnte man nicht einfahren. Man geriet in Konflikt mit der Parteiführung und Ali Kohlbacher erhielt sogar zeitweise Redeverbot in der SPÖ-Wien, was ihm das wichtigste Agitationsfeld, nämlich jenes im Rahmen von Schulungstätigkeit nahm<sup>392</sup>. Doch weiter ging die Repression nicht. Kritisiert wurde von anderen Linken auch die Tatsache, dass eine Reihe von ISP-AktivistInnen gleichzeitig beruflich mit der SPÖ verbunden waren und das aber nicht zur Stärkung der Linken geführt hatte.<sup>393</sup> Zu der Initiative gehörten zwar zeitweise Prominente wie Peter Kreisky, Bruno Aigner (Sekretär von Heinz Fischer), Erwin Lanc und Alfred

---

386 Laut Peter Ulrich Lehner „einer der ersten Organisationsversuche der Linken“, Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016

387 mitbestimmung Abschlussheft, Seite 3

388 Interview mit Ali Kohlbacher vom 29.5.2016

389 ebenda

390 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 77

391 Interview mit Ali Kohlbacher vom 29.5.2016

392 ebenda

393 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSStÖ, Seite 78f

Kohlbacher<sup>394</sup>, doch wirkliche Relevanz hat sie in der Partei nie erhalten. Am 2. April 1997 kam es dann zu einer de facto Neugründung mit einer Konferenz, auf der allerdings kaum Jugendliche und keine VertreterInnen der sozialdemokratischen Jugendorganisationen waren<sup>395</sup>. Man blieb auf Wien beschränkt und einige ISPlern fehlten, so Bruno Aigner wegen beruflicher Verpflichtungen als Sekretär Heinz Fischers, und Peter Kreisky, der 2010 verstarb. Eines der kräftigsten Lebenszeichen war das Manifest „Vorwärts zu Taten! Für eine sozialistische Politik der SPÖ“, das auf dem SPÖ-Bundesparteitag 1997 in Linz von rund 600 Delegierten unterzeichnet, aber nicht als Antrag gestellt wurde.<sup>396</sup> Man entschied sich gegen das Mittel der Themensektion auch weil die Voraussetzungen für die Formierung einer bundesweiten Fraktion fehlten und sah es als zielführender an, in den verbliebenen Sektionen zu wirken (direkt bzw. durch Referate, zu denen man eingeladen war)<sup>397</sup>. Eine kleine Gruppe trifft sich 2016 noch regelmäßig. Ali Kohlbacher, einer der führenden ISP-Aktivisten, gibt als Ziel an, „die ‚Sehnsucht‘ nach dem Sozialismus wach zu halten“<sup>398</sup>. ISPlern haben auch das Ziel, die Partei zu beeinflussen, durch die Formulierung von Texten, die dann an die Partei geschickt werden. Aber „ich glaube nicht, dass wir eine Chance haben“<sup>399</sup>.

#### 4.2.2. Hot Spot SJ

Angeichts der Schwäche der Linken insgesamt war die SJ in den 1980er und 1990er Jahren ein Kristallisationspunkt für junge Linke in der Sozialdemokratie. Das war eine Folge des Wegfalls des VSM sowie einer insgesamt Politisierung von Jugendlichen. Zahlreiche heute noch bekannte PolitikerInnen wie Cap, Gusenbauer und Schieder waren damals in der SJ aktiv, hatten Funktionen und wurden teilweise sogar zum linken Flügel gezählt. Dieses Linkssein spielte sich aber oft nur in einer abstrakten und oberflächlichen Form ab. Spätestens ab den 1970er Jahren war die SJ zu einer fast reinen SchülerInnenorganisation geworden.<sup>400</sup> Zugang zu jugendlichen ArbeiterInnen bestand kaum. Zwar wurden – vereinzelt, aber doch – auch Themen aus der Arbeitswelt aufgegriffen. Doch war ein stark reformistisch-keynesianischer Grundton zu erkennen: Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung etc. wurden ohne fundamentale Analyse oder Kritik an

---

394 Der Standard, 9.2.2001, Bruno Aigner sieht für die SPÖ nur „eine rot-grüne Perspektive“, <http://derstandard.at/472416/Bruno-Aigner-sieht-fuer-SPOe-nur-eine-rot-gruene-Perspektive> (28.2.2016)

395 Sorger Claudia, Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ, Vorwärts 73, Seite 2

396 Interview mit Ali Kohlbacher vom 29.5.2016

397 ebenda

398 ebenda

399 Interview mit Peter Ulrich Lehner vom 20.5.2016

400 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 282

den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten und Widersprüchen aufgestellt.<sup>401</sup> Debatten gab es naturgemäß im Rahmen der SJ-Wien rund um die Erstellung eines neuen Programms in den Jahren 1984-85 (das erste seit 1945). Das Ergebnis erklärte dann, „dass die Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse langfristig nur durch einen Bruch mit dem herrschenden Profitsystem möglich ist.“<sup>402</sup> und stellte unter „langfristige Forderungen“ auch weitgehende Forderungen auf. Auswirkungen auf die praktische Politik der SJ hatte das weniger. Da orientierte man sich eher an den „kurzfristigen Forderungen“. Pittler schreibt dazu: „Weder zuvor noch danach hat sich die SJ jemals so intensiv mit der Weltlage, ihrer eigenen Aufgabe darin und ihren Zielsetzungen auseinandergesetzt wie in dieser Programmdebatte 1984/85. Umso bemerkenswerter der Umstand, dass dieses Programm von Anfang an ein befremdliches Schattendasein führte und, kaum beschlossen, im Strudel der Vergessenheit versank.“<sup>403</sup> Außerhalb der Wiener Landesorganisation fand dieses Programm noch weniger Beachtung, und der Versuch des SJ-Verbandssekretariats 1987, ein SJÖ-Programm zu erarbeiten, scheiterte überhaupt.<sup>404</sup> Tatsächlich war die SJ in weiten Teilen ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre v.a. auch zum „Steigbügel für den persönlichen Karriereweg einzelner Funktionäre“<sup>405</sup> geworden.

Wäre die SJ zu diesem Zeitpunkt Brennpunkt einer starken Linken gewesen, dann wäre die Debatte um programmatische Fragen dabei ein Hotspot gewesen. Das Fehlen des Einen drückt das Fehlen des Anderen aus. Das konstatiert letztlich auch der damalige SJ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer, als er 1986 schrieb: „Drei Jahre Koalitionsregierung haben einen verheerenden Identitätsschwund der SPÖ verursacht. Das einst so potente reformistische Zentrum der SPÖ um Bruno Kreisky, Karl Blecha u.a. existiert als politischer Machtfaktor in der SPÖ kaum noch. Rechtssozialdemokraten und Technokraten haben weitestgehend das Sagen. Für die Verbreitung linkssozialistischer Positionen in der SPÖ ist allerdings ein bündnisfähiges Zentrum von entscheidender Bedeutung, oder anders gesagt: allein werden wir uns gegen Vranitzky & Co. schwer durchsetzen.“<sup>406</sup>

Damit aus dem „Allein“ ein „Gemeinsam“ werden konnte, beschloss der SJ-Verbandsvorstand im September 1986 die Ausrichtung einer linken Konferenz, die am 30. November desselben Jahres auch stattfand. Die Teilnahme war mit rund 60 Personen, die im

---

401 ebenda, Seite 292

402 Programm der SJ-Wien 1985, Seite 12

403 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 369

404 ebenda, Seiten 371 und 441ff

405 Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 62

406 Gusenbauer Alfred, Vorwärts zum 21. ordentlichen Verbandstag, in: Trotzdem 3/86, zitiert nach: Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 380

Wesentlichen aus den AktivistInnen bzw. FunktionärInnen von SJ, JG und VSStÖ bestand, enttäuschend.<sup>407</sup> Formal war zwar mit dem Abtreten Gusenbauers von der SJ-Verbandsspitze 1990 deren linke Periode beendet, doch real hatte sie schon lange vorher keine Rolle mehr als linker Kristallisationspunkt gespielt. Nach 2000 und mit der „Widerstandsbewegung“ gegen die schwarz-blaue Koalition kam es auch in der SJ wieder zu einer Re-Politisierung, was sich u.a. auch in der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms 2003/4 widerspiegelte. Auch danach kam es immer wieder zu einem kritischen Aufflackern der SJ als Ganzes gegen die Politik der Mutterpartei bzw. zu linken Organisationsversuchen wie z.B. marxist\*In; doch Relevanz hatte das alles keine mehr. Die SJ war linker, „aber das Ganze spielte sich auf einem viel niedrigeren Niveau ab“<sup>408</sup>.

Ein Ausdruck dafür, dass die SJ weit weniger links war, als sie sich selber einschätzte, war, dass nach einer Untersuchung die FunktionärInnen der SJ weiter links standen als die einfachen Mitglieder der SJ. So stimmten z.B. nur 35% der befragten Mitglieder der Sozialistischen Jugend der Aussage zu, dass Sozialismus besser sei als Kapitalismus<sup>409</sup>. Dazu passt auch die Einschätzung von Pittler über die SJ: „Ehe man also ein Scheitern der SJ bei dem Versuch, ihre Inhalte in die SPÖ einzubringen und sie dort mehrheitsfähig zu machen, konstatiert, muss man zunächst festhalten, dass die oft beschworenen Inhalte bei vielen Aktivisten über eine, noch dazu geringe, Anzahl an Schlagworten nicht hinauskam. So gesehen akzeptierten die Gremien der SJ zwar den Umstand, die SJ sei eine marxistische Organisation, doch reale Bedeutung kam diesem Bekenntnis nicht zu.“<sup>410</sup> Pittler geht noch weiter und stellt fest: „Unterzieht man die 16 Jahre ‚Marxismus in der SJ‘ (1976-1992, Anm. SG) einer kritischen Untersuchung, so muss man zu dem Schluss kommen, hier handelt es sich um einen Etikettenschwindel. Die SJ als solche war nie ein marxistischer Verband.“<sup>411</sup>

#### 4.2.2.1 Stamokap Strömung

Den Debatten der deutschen JungsozialistInnen („Jusos“) Ende der 1960er Jahre folgend, fand auch in Teilen der österreichischen SJ ab Anfang der 1970er Jahre die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus UnterstützerInnen. Müller definiert „eine politische Strömung innerhalb der organisierten Sozialdemokratie (...), die ihr politisches Handeln eher

---

407 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 402f

408 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

409 Studie von Hochgerner Josef, zitiert bei: Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen, Seite 63

410 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 571

411 ebenda, Seite 573

an den kommunistischen Parteien, bzw. den real existierenden Sozialismus ausrichtet“<sup>412</sup>. Die Stamokap Strömung hatte Einfluss v.a in Salzburg und Oberösterreich, wobei in Oberösterreich die AnhängerInnen auch über viele Jahre die Politik der dortigen SJ dominierten. Später war man auch in Niederösterreich aktiv. Als eine wichtige Leistung dieser Strömung sehen ihre VertreterInnen die Öffnung der SJ hin zu einer Bündnisarbeit auch mit KP-Strukturen und hier insbesondere in der Friedensbewegung. Bei einer Kampfabstimmung über die Frage, ob die Friedensarbeit eines der Hauptarbeitsfelder werden sollte, setzten sich beim Verbandsausschuss 1980 die VertreterInnen der Stamokap Strömung um Erwin Buchinger gemeinsam mit Alois Reisenbichler und Alfred Gusenbauer gegen den linken Verbandssekretär Josef Cap und die damals als links geltende SJ-Wien durch<sup>413</sup>. Mit diesem Beschluss hebelte die SJ de facto die Eisenstädter Erklärung aus, da die KPÖ in der Friedensbewegung der 1980er Jahre eine zentrale Rolle spielte. Es folgte, durchaus mit Unterstützung der Verbandsführung, intensiverer Kontakt mit Strukturen der diversen stalinistischen Staaten, was von der „Stamokap Strömung in die SJÖ eingebracht wurde“<sup>414</sup>.

1984 erhielt die Stamokap Strömung mit dem *Manifest der Sozialisten*, einem Beitrag in der von der SPÖ-Führung nach dem Rücktritt von Kreisky angestoßenen Grundsatzdebatte, eine gewisse Aufmerksamkeit. Das auf Betreiben der SJ-OÖ Führung erarbeitete 30-seitige Papier wurde bundesweit an „sämtliche FunktionärInnen der SPÖ und der SJÖ verschickt“<sup>415</sup>. Es wurde auch eine Unterschriftenliste verschickt, deren Ziel der Aufbau einer linken Plattform in SPÖ und SJ war; ein Ziel, das aber nach einem der wesentlichen Proponenten, Christian Buchinger, nicht erreicht wurde<sup>416</sup>. Bei der Selbstbeschreibung der Stamokaps zieht sich die Tatsache, dass es zwar einige lautstark auftretende und durchaus einflussreiche AnführerInnen gab, aber die Basis fehlte, wie ein roter Faden durch die Jahrzehnte. Das drückt sich in der Betonung der „Gefahr eines Richtungswechsels und einem Nachrechts-Driften“<sup>417</sup> in von ihnen kontrollierten Bereichen wie auch in fehlenden GegenkandidatInnen aus. Es ging nicht ernsthaft darum, eine Fraktion aufzubauen, sondern darum, ein Zeichen zu setzen<sup>418</sup>. Die Schwäche der Stamokap Strömung ab Mitte der 1980er Jahre ist Ausdruck der internationalen

---

412 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 5

413 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 71

414 Alois Reisenbichler zitiert nach: Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 73

415 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 81

416 Christian Buchinger zitiert nach: Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 81

417 Oberrauter Markus, zitiert nach: Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 118

418 Christian Buchinger, zitiert nach: Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 84

Situation. Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten und seine Vorwehen hatten gerade auf diesen Teil der Linken starke Auswirkungen und führten in Folge zu einer Schwächung der Stamokap Strömung, die sich erst später wieder, nun in der SJ-Niederösterreich, zu Wort meldete.

Die SJ-Niederösterreich stellte lange den rechten Flügel der SJ, geriet aber ab 1992/93 zunehmend unter den Einfluss von der Stamokap Strömung nahestehenden Personen wie Andreas Babler und Andreas Kollross.<sup>419</sup> Durch Absprachen gelang es 1996, den Vertreter der Stamokap Strömung Babler zum SJ Verbandssekretär zu machen. Doch dieser hatte keine reale Basis und führte auch keinen politischen Kampf um seine Positionen, sondern setzte auf „taktische Zurückhaltung“<sup>420</sup>. So schreibt Müller erst 1998 von einer „Wiederbelebung der Stamokap-Strömung“<sup>421</sup>, die auch weiter auf eine Politik von Deals und Absprachen setzte<sup>422</sup>. Inhaltlich organisierte man zwar Schulungen, die ein wichtiges Rekrutierungsfeld wurden, wohl auch, weil in der SJ insgesamt wenig ähnliche Angebote existierten, befasste sich aber kaum mit konkreten Themen, die (innen)politische Relevanz hatten. 2002 z.B. wurde das Semperit-Werk in Bablers Heimatstadt Traiskirchen geschlossen. Eine umfassende Kampagne der SJ-Niederösterreich dagegen gab es nicht, und auch bei der Landeskonferenz der SJ-Niederösterreich im September 2001, als laufend Stellen im Werk abgebaut wurden, gab es keinen einzigen Antrag zum Thema.<sup>423</sup> Es entspricht dieser Arbeitsweise, dass beim 30. Verbandstag der SJÖ im Jahr 2003 die Stamokap Strömung aus Teilen der SJ-Wien und der SJ-Niederösterreich einen Antrag für die Erstellung eines Grundsatzprogrammes einbrachte, der auch angenommen wurde. Es war das erste Mal, dass sie als „Stamokap Strömung“ eigenständig Anträge stellte.<sup>424</sup> Im 2004 beschlossenen Grundsatzprogramm findet sich kein relevanter Einfluss der Stamokap Strömung.<sup>425</sup> Ein ehemaliger Stamokap Aktivist bezeichnet die damalige Rolle als „‘nützliche Idioten‘ zugunsten von Kollross & Co. und gegen die ‚Modernisten‘ ...sowie...gegen den Funke (Anm. die Funke Strömung)“ und die eigene Taktik als „Kollaboration, voreilige Kompromisse und Schielen auf Pöstchen“<sup>426</sup>. Aktuell gibt es formal noch eine Stamokap Stömung in der SJ, die sogar eine eigene Homepage hat, auf der

---

419 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 85ff

420 Babler Andreas, zitiert nach: Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 103

421 Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Seite 102

422 ebenda, Seiten 115 und 117

423 ebenda, Seite 121

424 ebenda, Seite 127

425 Grundsatzprogramm der SJÖ, <https://www.sjoe.at/sjoe/grundsatzprogramm> (8.5.2016)

426 Mailverkehr mit Tibor Zenker vom 8.5.2016

allerdings der jüngste Termin von 2015 ist.<sup>427</sup>

#### 4.2.2.2 Vorwärts Strömung

Als linker Flügel innerhalb der SJ verstand sich in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre die „Vorwärts Strömung“. Die in verschiedenen Publikationen (AGM-Trotzkismus in Österreich, Müller-Stamokap) aufgestellte Behauptung, dass die Vorwärts Strömung aus der früher besprochenen Funke Gruppe der 1970er Jahre rund um den damaligen linken SJler und späteren SPÖ-Politiker Heinz Vettermann entstanden wäre, ist falsch. Sie entstand durch eine Intervention von im Rahmen der britischen LPYS arbeitenden TrotzkiInnen neu. Die Vorwärts Strömung stellt auch insofern eine Besonderheit in der SPÖ-Linken dar, als sie von Anfang an auf die Taktik des „Entrismus“<sup>428</sup> setzte. Ihre AktivistInnen verstanden sich als RevolutionärInnen und waren Teil des international agierenden „Komitees für eine ArbeiterInneninternationale“ (KAI/CWI). „Wir waren in unserer Arbeitsweise immer sehr flexibel und haben sie an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Kernpunkt war immer, ein eigenständiges politisches Profil zu haben und keine faulen Kompromisse einzugehen. Wir entschlossen uns damals zu einer kombinierten Arbeitsweise: einerseits die unabhängige Arbeit rund um die Zeitung ‚Vorwärts‘, mit der wir immer wieder unabhängige Veranstaltungen (‚LeserInnentreffen‘) und Kampagnen durchführten, andererseits entschieden wir uns zur Arbeit in der Sozialdemokratie, da vor allem die SJ damals im Gegensatz zu heute eine große und linke Organisation mit tausenden AktivistInnen war.“<sup>429</sup>

Die „VorwärtslerInnen“ waren in der SJ, der JG und der SPÖ aktiv und hatten auch Funktionen inne und traten nie als Organisation, sondern nur als „Strömung“ oder „Tendenz“ auf, um Ausschlüsse zu vermeiden. Das Hauptarbeitsfeld der Vorwärts Strömung war seit ihren Anfängen 1981 die SJ, und zwar zu Beginn nur in Wien. Aus der anfangs sehr kleinen Gruppe wurde im Laufe der 1980er Jahre ein relevanter linker Flügel in der SJ Wien. Mehrere Bezirksorganisationen standen unter Einfluss der Vorwärts Strömung und auch in andere Bundesländer wurde expandiert. Zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlicher Stärke war die Vorwärts Strömung innerhalb der SJ in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg aktiv.

Ein wesentliches Instrument der politischen Arbeit stellte die Zeitung *Vorwärts* dar, die

---

427 [www.stamokap.org/](http://www.stamokap.org/) (8.5.2016)

428 Eine von Leo Trotzki in den 1930er Jahren entwickelte Taktik bei der kleine Gruppen von RevolutionärInnen in größere Arbeiterorganisationen mit dem Ziel Mitglieder für die eigene Organisation zu gewinnen, hineingehen.

429 SLP, Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus, Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methode, Seite 20

ab 1983, anfangs noch unregelmäßig, herausgegeben wurde und die finanziell (und damit auch politisch) von der SJ unabhängig war.<sup>430</sup> Statt auf formale Veränderungen oder interne Debatten setzte die Vorwärts Strömung auf politische Kritik und äußerte diese auch offen in ihrer Zeitung Vorwärts: „Es wird Zeit, dem Unmut in der Partei gegen die Bestrebungen der Parteiführung Luft zu machen. Es wird Zeit, eine Front zu formieren, die gegen die neue Linie auftritt. Stärkt die marxistischen Tendenzen in der SPÖ, (...) damit es der SPÖ nicht ‚um Österreich‘ geht, sondern um die arbeitende, lohnabhängige Klasse aller Länder.“<sup>431</sup> Ein Beispiel für die Unterschiede in der Herangehensweise stellt die Frage der Abfangjäger dar, gegen die sowohl die Vorwärts Strömung als auch die SJ-Führung gleichermaßen waren: Ein Vertreter der Vorwärts Strömung forderte auf der Wiener Landeskonzferenz 1985 die Unterstützung des Volksbegehrens in Form einer längerfristigen Kampagne, in welcher der Widerstand der Bevölkerung organisiert werden sollte. Dem entgegen stand die Mehrheit der Delegierten gegen das Volksbegehren und orientierte auf Kritik innerhalb der Partei.<sup>432</sup> Die Vorwärts Strömung hatte auch in diesem Punkt einen wesentlichen Unterschied zu vielen anderen linken Strömungen bewiesen; nämlich sich in der Kritik nicht auf die Strukturen der Partei zu beschränken, sondern auch in der praktischen Arbeit und „extern“ auf Konfrontation mit dem Kurs und der Politik der Partei zu gehen.

1991/92 spitzte sich der Konflikt in der SJ zwischen der SJ-Führung und der Vorwärts Strömung zu, die „immer mehr zu (sic!) einzigen ‚Oppositionsfraktion‘ in der SJ geworden war“<sup>433</sup>. Die von der Vorwärts Strömung dominierten Bezirke und auch die Zeitung selbst hatten ihren Kurs beibehalten, waren gewachsen und hatten durch die Gründung des „Antifa-Komitees“ mit rund 250 TeilnehmerInnen „mehr bewegt als (der Vorsitzende, Anm.) Winkler in seiner zweijährigen Vorsitzführung“<sup>434</sup>. Der Rest der SJ steckte in einer veritablen Krise, verlor Mitglieder und war inhaltlich nach rechts gegangen. Das spezifische Gewicht der Vorwärts Strömung in der SJ Wien war gestiegen.<sup>435</sup> Ein Antrag der Vorwärts Strömung unter dem Motto „Marx statt Management“ wurde, zur Überraschung aller Beteiligten, von der Wiener Landeskonzferenz 1991 angenommen. Ziel dieser Resolution war der Aufbau eines linken Flügels auch in der Partei: „Die Rückeroberung der SPÖ für den Marxismus ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Der SJ kann dabei eine zentrale Rolle zufallen. Sie muss die Zusammenarbeit mit allen Linken in der Partei suchen und muss versuchen, kämpferische

---

430 ebenda Seite 19f

431 Müller Jimmy, Reform oder... in: Vorwärts Nr. 24 (Jänner 1991)

432 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 340ff

433 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 499

434 ebenda, Seite 520

435 ARKA, Österreichischer Trozismus, Band 2, Seite 245

Jugendliche für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Sie muss sich klar abgrenzen vom jetzigen Kurs und ein eigenständiges sozialistisches Programm offensiv nach innen und außen vertreten.“<sup>436</sup> Es wurden damit zwei zentrale Punkte aufgegriffen, die für die Linke wichtig schienen: 1) die Vernetzung mit anderen Linken in der Sozialdemokratie und 2) wurde nicht, wie viele Linken das vorher und nachher gemacht haben, aus Parteigehorsam auf externe Kritik verzichtet, sondern diese angesichts des Zustandes der Partei sogar als notwendig erachtet.

Die SJÖ unter dem Vorsitzenden Martin Winkler schwenkte Anfang der 1990er Jahre auf den Pro-EG-Kurs der SPÖ ein<sup>437</sup>, aus Sicht der SPÖ eine notwendige Kurskorrektur, da doch 1989 der Beitrittsantrag gestellt worden war, mit 1. Februar 1993 die Verhandlungen begannen und 1994 die Volksabstimmung stattfand. Als eine Mehrheit für die schwachen KandidatInnen des linientreuen Flügels der Wiener SJ (Kai Jan Krainer, Andreas Schieder, Sonja Wehsely) bei der Wiener Landeskonferenz am 28.3.1992 aufgrund der politischen und organisatorischen Stärke der Vorwärts Strömung, die zu diesem Zeitpunkt über rund ein Drittel der Delegierten verfügte, alles andere als fix war und somit die Gefahr bestand, dass die wichtigste Landesorganisation der SJ unter die Führung einer Strömung kam, die klar gegen den Beitritt Österreichs zur EG war und auch bereit war, das öffentlich und laut zu sagen (und auch schon bewiesen hatte, dass sie dazu in der Lage war), entstand aus Sicht der Rechten Handlungsbedarf.<sup>438</sup> In einer Sitzung des Wiener Ausschusses wurden am 19. März 1992 fünf „VorwärtslerInnen“ ausgeschlossen (John Evers, Michael Gehmacher, Sonja Grusch, Andrea Koch, David Mum) und fünf Wiener Bezirke (Landstraße, Margareten, Mariahilf, Brigittenau, Liesing) aufgelöst, die Mitglieder (alle, darunter auch etablierte SPÖlerInnen wie Erwin Lanc, Renate Brauner, Franz Löschnak, Werner Faymann, Doris Bures, Hugo Pepper<sup>439</sup>) erhielten kollektiv Heimverbot. Trotz einer starken und weit beachteten Kampagne des Vorwärts bestätigten zuerst der Verbandsausschuss (21.3.1992) und später auch der Verbandstag (19.-21.6.1992) die Ausschlüsse. Als Argument diente der Vorwurf des Aufbaus von Parallelstrukturen, bis hin zu nie bewiesenen und auch nie eingeklagten Vorwürfen der Veruntreuung von Geldern. Es waren Vorwürfe, die aber die zugrunde liegenden politischen Differenzen, die Haltung zur EG, die Frage der Ausrichtung der SJ etc., nur notdürftig vertuschen konnten. Bezeichnenderweise wurde auf dem selben Verbandstag, auf dem die Ausschlüsse bestätigt wurden, auch die Grundsatzerklärung der SJ aus dem Jahr 1976

---

436 Zitiert nach: Evers John, Vorwärts, Sozialistische Jugend, in: Vorwärts Nr. 25 (1991)

437 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 505ff

438 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 245f

439 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 521

aufgehoben, in der sich die SJ noch als marxistisch verstanden hatte<sup>440</sup>. Es folgten Ausschlüsse gegen Vorwärts-UnterstützerInnen in Salzburg und Oberösterreich, doch konnten diese die politische Arbeit der Vorwärtsgruppe, die noch einige Jahre lang als „SJ Ausgeschlossen“ weiterarbeitete, nicht stoppen<sup>441</sup>. „Einer der heftigsten internen Konflikte in der Geschichte der SJ“<sup>442</sup> hat diese aber massiv geschwächt<sup>443</sup>. Die SJ war für über ein Jahrzehnt als politischer Faktor fast von der Bildfläche verschwunden. Linke in der Sozialdemokratie hatten sich zwar mit den VorwärtslerInnen teilweise solidarisiert, doch konkrete Konsequenzen gab es keine.

#### 4.2.2.3 Funke Strömung

Die heute (2016) noch immer in der Sozialdemokratie aktive Funke Strömung kommt aus der Tradition des Vorwärts, hatte sich Anfang der 1990er Jahre von der Vorwärts Strömung getrennt und auch später die Analyse der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie nicht mitgetragen. In Folge verblieb sie innerhalb der SJ aber auch SPÖ. Sie arbeitet(e) im Wesentlichen in Vorarlberg, wo sie die SJ dominiert, Oberösterreich, der Steiermark und Wien, hatte aber zu unterschiedlichen Zeiten auch AktivistInnen in Tirol und Niederösterreich. Die Funke-Strömung sieht sich „in der Sozialdemokratie (als) die konsequenteste Stimme gegen jede Form von Rechtsruck und kapitalfreundlicher Politik“<sup>444</sup>.

Methodisch übernahm die Funke Strömung von der Vorwärts Strömung zentrale Arbeitsformen, wie die Herausgabe einer von der SJ politisch und finanziell unabhängigen Zeitung (*Der Funke*), die marxistische Schulung der AktivistInnen, das Ziel, Bezirks- oder auch Landesorganisationen politisch zu dominieren und die Organisation von Kampagnen, die auch die SPÖ-Politik kritisierten und sich auch an – v.a. Jugendliche – außerhalb der Sozialdemokratie richteten. Die SJ war spätestens seit den Ausschlüssen der Vorwärts Strömung 1992, aber auch aufgrund der objektiven politischen Lage, politisch und zahlenmäßig geschwächt, was es der Funke Strömung erleichterte, Einfluss zu gewinnen. Bei einem Verbandstag der SJ 1998 stellte der Funke dann auch einen oppositionellen linken Kandidaten für den Vorsitz auf, der immerhin ein Viertel der Delegiertenstimmen erhielt.<sup>445</sup> Mit der ersten schwarz-blauen Bundesregierung in Österreich und der massiven Politisierung,

---

440 ebenda, Seite 544

441 Die VorwärtslerInnen trennten sich Mitte der 1990er Jahre von der SPÖ auf Basis der Analyse der Verbürgerlichung der Partei und gründeten sich 1996 als eigenständige Organisation neu (SOV) die bis heute als SLP weiter besteht.

442 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 543

443 ebenda, Seite 496

444 Der Funke, Der Funke wird ein Feuer entfachen,  
<http://www.marxist.com/der-funke-marxistische-stromung.htm> (2.4.2016)

445 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 329

die gerade auch unter Jugendlichen stattfand, kam es zu einer Linksentwicklung der SJ, die ab 2000 wieder eine Führung hatte (auf Bundesebene ebenso wie in Wien und anderen Bundesländern), die sich als links verstand.<sup>446</sup>

In Folge der Streiks gegen die Pensionsreform, des EisenbahnerInnenstreiks 2003 und der Intervention bei den Protesten beim Postbus orientierte die Funke-Strömung stärker auf gewerkschaftliche Arbeit, konkret auf die FSG, und spielte eine, wenn nicht die zentrale Rolle bei der Gründung von *FSG-Zorn*, einer Art linkem Flügel in der FSG, der v.a. BetriebsrätInnen und Leute aus der mittleren Gewerkschaftsebene von v.a. staatlichen bzw. staatsnahen Unternehmen angehörten.<sup>447</sup> Gab es auf Seiten der GewerkschaftsfunktionärInnen anfangs das Interesse an politischem und strategischem Austausch „in einem geschützten Raum“, so verlagerte sich das Interesse bald wieder auf die politische Ebene, mit dem Ziel, die SPÖ in die Regierung zu bringen. Außerdem gab es Repression aus der Gewerkschaft, und die berufliche Abhängigkeit der AkteurInnen von der Gewerkschaft tat das ihre<sup>448</sup>. Hatte die Funke Strömung anfänglich die Rolle der „jungen Linken“ sowie eine Beraterfunktion<sup>449</sup>, blieb es bei einem kurzfristigen Erfolg, da die „verschiedenen Kräfte in FSG-Zorn verschiedene Ziele“<sup>450</sup> hatten und der Funke seinen Einfluss verlor bzw. sich die Struktur de facto auflöste. Das Projekt einer FSG-Linken scheiterte „an den politischen Schwächen der handelnden Akteure“<sup>451</sup>.

Neben der Stamokap Strömung stellte die Funke Strömung wahrscheinlich die am längsten existierende (über 20 Jahre) und längerfristig am besten organisierte oppositionelle Gruppe in der SJ und auch der SPÖ dar. Dass sie sich nicht in die Sozialdemokratie hinein aufgelöst hat, kann als Ergebnis der eigenständigen Finanzen und Strukturen gesehen werden. Trausmuth spricht hier von einer „lupenreinen Trennung“. Andererseits ist der Verbleib in der Sozialdemokratie quasi zum Dogma erhoben worden; auch wenn die Grundlagen für eine entrivistische Taktik verschwinden. „Von Aufbruchsstimmung ist in der Sozialdemokratie nichts zu merken.“<sup>452</sup> analysierte der Funke 2001 angesichts von schwarz-blau und Widerstandsbewegung. Die gesellschaftlichen Bewegungen spiegelten sich also nicht in der SPÖ wider. Dennoch verblieb man in der Partei. Zu hinterfragen ist auch, wie fundamental die Opposition zur Parteiführung und ihrer Politik in der Praxis war. Der Funke konnte über viele Jahre die SJ in Vorarlberg dominieren, und es wurde von der nicht gerade als linker Teil der

---

446 ebenda, Seite 330

447 ebenda, Seite 332f

448 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

449 ebenda

450 ARKA, Österreichischer Trozismus, Band 2, Seite 333

451 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

452 Der Funke, Jugend im Widerstand – Für eine marxistische SJ, 2001

SPÖ geltenden SPÖ Vorarlberg 2009 sogar das führende Funke-Mitglied bei den Landtagswahlen als Kandidat aufgestellt<sup>453</sup>; allerdings an unwählbarer Stelle. Auch für andere Funke AktivistInnen war die Funke Arbeit zumindest kein Hindernis für Jobs in SPÖ, AK und ÖGB.

Als zentrale Aufgabe sah es der Funke an, die SJ dahingehend zu beeinflussen, dass diese einen linken Flügel in der Sozialdemokratie organisierte<sup>454</sup>. 2006, nach Bildung einer neuerlichen SPÖ-ÖVP-Koalition setzte die Funke Strömung große Hoffnungen in die von der SJ-Wien initiierte Plattform „Wir sind SPÖ“: „Der Boden für die Herausbildung einer starken Parteilinken wurde also durch die objektiven Entwicklungen wie auch durch die Aktivitäten der SJ aufbereitet. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, dass es die Grundlage für den Aufbau eines linken Flügels gibt.“<sup>455</sup> Das Projekt wurde aber von der SJ Führung rasch wieder stillgelegt, „aus Angst vor Interventionen des Funken, aber auch von trotzkistischen Organisationen außerhalb der Sozialdemokratie“<sup>456</sup>. Rasch darauf folgten Repressionsmaßnahmen gegen die Funke-Strömung, nicht zum ersten Mal, aber diese stellten den Höhepunkt dar. Zu den im Laufe der Jahre erlebten Repressionen gehörte die Streichung von Subventionen (Vorarlberg)<sup>457</sup>. 2006 ging die SJ-Wien Führung in Floridsdorf gegen die Funke Strömung vor, weil die Strömung in Wien eine „gefährliche“ Stärke erreicht hatte. Auch in Oberösterreich wurden Gruppen mit dem Argument der Unterwanderung aufgelöst. Später wurden die email-Accounts von Funke AktivistInnen gehackt und auch diese Unterlagen verwendet. Ausschlüsse gab es aber keine, obwohl immer wieder damit gedroht wurde.

2008 ortete die Funke Strömung ein „Zeitfenster, in dem sich vermehrt Leute in der Sozialdemokratie auf die Suche nach politischen Alternativen machen“<sup>458</sup>. Man hoffte wieder auf die SJ-Führung, dass diese aktiv würde, was aber nicht geschah. Darum organisierte die Funke-Strömung selbst eine Konferenz in Linz, um eine SPÖ-Linke aus der Taufe zu heben. Der Versuch wurde 2010 wiederholt, doch im Nachhinein als „schwerer politischer Fehler“ analysiert, weil „viel substituiert wurde“<sup>459</sup>. Man sah es als Aufgabe zu erklären was möglich und nötig ist, aber meinte, dass andere Kräfte die Aufgabe haben, die konkreten Schritte zu

---

453 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 335

454 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

455 Der Funke, Wie weiter mit der Plattform „Wir sind SPÖ“?, <http://derfunke.at/theorie/linke-stroemungen/1002-wie-weiter-mit-der-plattform-wir-sind-spoe> (6.4.2016)

456 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 336

457 Es handelte sich um eine Sondersubvention der SJ-Bund für die SJ-Vorarlberg die vom linken SJ-Vorsitzenden Andreas Kollross gewährt worden war (wohl im Abgleich für die Unterstützung zur Wahl) und dann mit dem Wechsel an der Verbandsspitze wieder gestrichen wurde (Gespräch mit Gernot Trausmuth).

458 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

459 ebenda

setzen. Immer wieder kam es zur Zusammenarbeit mit einzelnen „Linken“ wie Rudolf Fußi und Daniela Holzinger, die für einige Ausgaben eine eigene Kolumne im Funken hatte.<sup>460</sup> Als größter Erfolg wird das Bestehenbleiben über viele Jahre und in mehreren Bundesländern gesehen, ein wichtiger Beitrag bei der Linksentwicklung der SJ Anfang der 2000er Jahre und bei der Debatte über das neue Grundsatzprogramm 2004 sowie bei der Positionierung der SJ 2006 für eine Minderheitsregierung der SPÖ statt einer Koalition mit der ÖVP<sup>461</sup>.

#### 4.2.3. Sektion 8

Nach den Wahlen 2007, dem Wiedereintreten in die Koalition mit der ÖVP und dem Bruch verschiedener Wahlversprechen (u.a. zur Frage der Studiengebühren) gäbe es in der SPÖ. Neben zahlreichen anderen kurzlebigeren Initiativen bildete sich rund um VStÖlerInnen in Wien Alsergrund die Protestsektion „Sektion 8“. Sie wurde „für all jene gegründet, die sich mehr mit der sozialdemokratischen Idee als mit der Führung der gleichnamigen Partei identifizieren konnten“<sup>462</sup>. Ziel ist es, „kritischen Geistern in der SPÖ eine Anlaufstelle zu bieten“.<sup>463</sup> Man sieht sich als „sozialdemokratische NGO“, die auch eine Politisierung innerhalb der SPÖ anstoßen soll, betont „sozialdemokratische Werte“ (durchaus bewusst im Gegensatz zu „sozialistischen“) und legt einen Schwerpunkt auf „Realpolitik“, „Diskursführung“, also darauf, wie Prozesse innerhalb der SPÖ ablaufen und eine Änderung der Parteistrukturen hin zu mehr Parteidemokratie<sup>464</sup>. Die Sektion 8 wird in der öffentlichen Wahrnehmung der SPÖ-Linken zugerechnet, auch wenn sie sich selbst gar nicht so positioniert. Kandidaturen wurden bisher abgelehnt, um einen „Cap-Effekt“ zu vermeiden. Dies resultiert aus der Analyse, dass eine Kandidatur nur mit einer Struktur und Bewegung im Rücken verhindern kann, dass der/die Gewählte sich von ursprünglichen Ideen und Zielen entfernt.<sup>465</sup>

Die Sektion hat einige hundert Mitglieder in ganz Österreich (mit Schwerpunkt auf Wien und vielen OberösterreicherInnen) gewinnen können, taucht immer wieder in den Medien als linke Stimme auf, organisiert regelmäßig Diskussionen und konnte in der Wiener SPÖ 2014 einen Erfolg verbuchen, als sie am Parteitag einen Sieg gegen das „kleine Glücksspiel“ einfahren konnte. Man ist vernetzt mit anderen SPÖ-Linken in den Sektionen und hat Zusammenarbeit mit Leuten aus VStÖ und SJ, v.a. rund um inhaltliche Projekte innerhalb der

---

460 Ein Projekt das mit der positiven Bezugnahme von Holzinger zur rot-blauen Koalition im Burgenland 2015 beendet wurde.

461 Interview mit Gernot Trausmuth am 28.4.2016

462 Sektion 8, Entstehungsgeschichte der Sektion 8, <http://www.sektionacht.at/380/entstehungsgeschichte-der-sektion-8/>

463 Interview mit Magdalena Six vom 20.5.2016

464 ebenda

465 Interview mit Magdalena Six vom 20.5.2016

SPÖ.

#### 4.3. Aufflackern hie und da

Die Wahlverluste und der starke Mitglieder- und AktivistInnenrückgang wurden spätestens seit den 1990er Jahren als Zeichen für eine Krise der SPÖ gesehen. „Kein Zweifel: Die SPÖ befindet sich in einer lebensbedrohlichen Krise.“<sup>466</sup> Jeweils rund um größere politische Umbrüche (z.B. die Erneuerung der Koalition 2007 oder die Koalition mit der FPÖ 2015) gab es auch medial ausgetragene Konflikte in der SPÖ. Doch was die Sektion 8 für 2007 schreibt, ist typisch für ähnliche Entwicklungen: „Rund um die rot-schwarze Regierungsbildung im Jänner 2007 gab es eine kurzlebige Protestwelle innerhalb der SPÖ, die jedoch nach wenigen Wochen verebbt ist.“<sup>467</sup> Aus verschiedenen Zugängen heraus gab es Diskussionen über die Methoden, um diese Krise zu überwinden. Es lag nicht am Mangel an Themen, um die sich Linke in der SPÖ positionieren und profilieren hätten können. Lanc beschäftigte sich 1996 in seinem Buch „Sozialdemokratie in der Krise“ mit einer ganzen Reihe mehr oder weniger neuer Fragestellungen wie neue Familienformen, die veränderte Arbeitswelt und Jobsituation, die Zukunft des Sozialstaates sowie die geänderte außenpolitische Lage<sup>468</sup>. Hinzu kamen die Anti-Globalisierungsbewegung, der Aufstieg der FPÖ, die wachsenden sozialen Probleme und vieles mehr. Zwar haben sich die verbliebenen Linken mit diesen Fragestellungen beschäftigt (z.B. in der *mitbestimmung*), doch eine relevante und polarisierte Debatte konnte oder wollte die Linke in der SPÖ nicht losbrechen.

Wie auch schon in den 1980er Jahren wurde die Debatte halböffentlich geführt durch die Herausgabe von Büchern mit Diskussionsbeiträgen zur Zukunft der SPÖ. Die Themen waren auch beim 2010 erschienenen Buch *Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben* im Wesentlichen dieselben wie bei seinen Vorgängerwerken, dem Buch *Roter Anstoß* (1980) bzw. *Rot-grüner Anstoß* (1983): wie kann die Partei wieder attraktiv für Jugendliche und ArbeiterInnen werden, wie sich ernsthaft mit der Frauenfrage beschäftigen und wie mit den neuen gesellschaftlichen Themen umgehen? Auch diesmal kamen SPÖ-FunktionärInnen zu Wort, die als links galten, wie Sonja Ablinger und Barbara Blaha. Doch wie schlecht es um die SPÖ-Linke bestellt war, zeigt sich auch darin, dass für die Jugend Wolfgang Moitzi schrieb, damals Verbandsvorsitzender der SJÖ. Er kandidierte nur wenig später für die SPÖ bzw. hatte diverse SPÖ-Jobs, was deutlich macht, dass er keineswegs als zu

---

466 Broukal Josef, Durch Untätigkeit ans Ziel? in: *Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben*, Seite 231

467 Sektion 8, Entstehungsgeschichte der Sektion 8, <http://www.sektionacht.at/380/entstehungsgeschichte-der-sektion-8/>

468 Lanc Erwin, *Sozialdemokratie in der Krise*, Seite 62ff

aufmüpfig oder links galt. Barbara Blaha, damals als Kritikerin bekannt, leitete ihren Beitrag mit den Worten ein: „Antworten hat die Sozialdemokratie schon lange nicht mehr. Höchste Zeit, sie mit einigen Fragen zu versorgen.“<sup>469</sup> Ein Indiz, dass es keine Linke gab, die konkrete Vorschläge für einen Kurswechsel hatte. Wenn Lanc aber schreibt „ob ihr (der Sozialdemokratie, Anm.) intellektuelles Potential den gesellschaftlichen Aufbruch der sozialdemokratischen Bewegung in das neue Jahrtausend schaffen kann“<sup>470</sup>, dann beschränkt er die Frage der Schwäche der SPÖ auf eine Frage der Intelligenz der handelnden AkteurInnen und ignoriert die objektive Situation, der sich die SPÖ-Spitze gegenüber sah und v.a. ihre soziale Verortung, anders ausgedrückt ihren „Klassenstandpunkt“.

Besonders absurd mutet an, dass im selben Buch Alfred Gusenbauer zu Wort kommt und sich linker Rhetorik bedient. Er bedauert, dass sich die SPÖ zu weit von ihrer „sozialen Kernkompetenz“ entfernt hat<sup>471</sup>. Derselbe Gusenbauer, der für seine Beratertätigkeit für den kasachischen Diktator Nasarbajew, diverse wirtschaftliche Verbindungen, seine Anti-Gewerkschaftsrolle und die neoliberalen Maßnahmen in seiner Zeit als Bundeskanzler massiv in die Kritik geraten war.

Ein Indiz für die Unzufriedenheit in der Gewerkschaft ist, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in der FSG-Zeitschrift *Welt der Arbeit* eine Reihe von Artikeln veröffentlicht wurde, die die mangelnde soziale Kompetenz der SPÖ kritisierte. Verfasst wurden sie allerdings größtenteils von prominenten und führenden SPÖ bzw. ÖGB-FunktionärInnen wie dem Tiroler SPÖ-Vorsitzendem Herbert Prock, dem Chefredakteur der *Solidarität* Winfried Bruckner, der ÖGB-Frauenvorsitzenden Irmgard Schmidleithner, dem Pressesprecher des damaligen 1. Nationalratspräsidenten Heinz Fischer, Bruno Aigner etc., die keinerlei Schritte in Richtung einer Opposition in der SPÖ setzten.<sup>472</sup>

Spätestens seit der Jahrtausendwende sind Lebenszeichen der Parteilinken schwach und oft auf eine sehr kleine Personengruppe, teilweise sogar Individuen, begrenzt. So gab es z.B. gegen das Sparpaket 1996, die Koalition mit der ÖVP und das dazugehörige Regierungsprogramm 2007 Proteste aus der Parteijugend. Hinzu kamen die Internetplattform „Wir sind SPÖ“<sup>473</sup> sowie die (vorübergehenden) Parteiaustritte von Barbara Blaha und Sylvia Kuba (beide VSStÖ)<sup>474</sup>. Bildungspolitik, insbesondere die Frage der Universitäten und die verschiedenen als „Reformen“ getarnten Kürzungen der Regierungen unter SPÖ-Beteiligung

---

469 Blaha Barbara, Auf Spurensuche, in: Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben, Seite 35

470 Lanc Erwin, Sozialdemokratie in der Krise, Seite 211

471 Gusenbauer Alfred im Interview, in: Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben, Seite 272

472 Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung, Seite 63ff

473 ebenda, Seite 31 und 75ff

474 <http://www.vol.at/blaha-und-kuba-treten-aus-der-spo-e-aus/news-20070113-11342783> (27.2.2015)

(Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen, Finanzierung der Universitäten etc.) sorgen seit den 1990er Jahren für einen dauerhaften, durch die blau-schwarze Regierung unterbrochenen, Konflikt zwischen VSSStÖ und Partei.<sup>475</sup>

Auch haben die Konflikte rund um einzelne Personen wie Sonja Ablinger zwar etwas an Öffentlichkeit erlangt, aber wenig real ausgelöst innerhalb der SPÖ. Sonja Ablinger war als linke Parteikritikerin, die allerdings als Nationalrätin so gut wie allen Anträgen der SPÖ/Regierung zugestimmt hatte, nicht mehr an wählbarer Stelle auf der Nationalratswahlliste aufgestellt worden. Als das Mandat frei wurde, verzichtete die SPÖ auf das Reißverschluss-Prinzip, und ein Gewerkschafter rückte statt Sonja Ablinger auf das Nationalratsmandat nach. Die Debatte in der SPÖ kreiste in dieser Frage um die Themen Frau bzw. Quote. Dass Ablinger als SPÖ-Linke galt, wurde von keiner Seite hervorgehoben und damit auch nicht zum Polarisierungspunkt gemacht. Sonja Ablinger hat sich wie viele linke KritikerInnen vor ihr letztlich von der SPÖ verabschiedet. Auch um andere Personen blitzt hier und da eine linke Opposition zur Parteiführung auf, dazu gehören FunktionärInnen wie Daniela Holzinger (Nationalratsabgeordnete), Fiona Kaiser (SJ-Oberösterreich Vorsitzende) oder Andreas Babler (Bürgermeister von Traiskirchen). Immer wieder poppen Vernetzungs- oder Organisationsversuche der verbliebenen SPÖ-Linken auf: „Wir sind SPÖ“, die Protestsektion in Oberösterreich 2007<sup>476</sup> oder seit 2015 die als Reaktion auf die SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland gegründete „Initiative Kompass“. Reformprojekte von oben gab es auch wie z.B. die Initiative „Morgenrot“ in Oberösterreich. Doch sie alle haben keine wirkliche Bedeutung in der SPÖ erlangt. Über einige mediale Aufblitzer bzw. einige Tagungen/Konferenzen/Kongresse, auf denen Resolutionen verabschiedet wurden, gingen diese Initiativen nie hinaus. Zur Linzer Protestsektion bekannten sich 5-600 SPÖ-Mitglieder<sup>477</sup>, die Initiative „Wir sind SPÖ“ freute sich über 1.000 Unterschriften von Parteimitgliedern.<sup>478</sup> Sie setzten aber kaum Aktivitäten und selbst beim Ruf nach einem Wechsel an der Parteispitze blieb es bei Forderungen, denen keine konkreten Schritte folgten.

Ein Problem für die Linken in der SPÖ ist, dass ihnen das Agitationsfeld abhanden kommt. Schon seit 1945 hatte die SPÖ einen kontinuierlichen Prozess von einer Mitglieder- zu einer WählerInnenpartei gemacht. Die Basisstrukturen der Partei spielten eine immer geringere Rolle und entleerten sich zunehmend. Vom einst regen Sektionsleben ist heute kaum etwas

---

475 Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung, Seite 91ff

476 Linsinger Eva und Zöchlinger Christa, SPÖ: Sekundentriumph und Katzenjammer, in: profil 24.3.2007, <http://www.profil.at/home/spoe-sekundentriumph-katzenjammer-168354> (6.4.2016)

477 ebenda

478 Oe24, Über 1000 „Wir sind SPÖ“ler, <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Ueber-1000-Wir-sind-die-SPOe-ler/73085> (6.4.2016)

übrig geblieben. Die aktivsten Mitglieder sind entweder FunktionärInnen (oder solche, die Karriere machen wollen) bzw. eben die verbliebenen Linken. Doch wen können sie mit ihren linken Ideen innerhalb der Partei überhaupt noch ansprechen, wenn es kaum noch lebendige Strukturen und kaum noch aktive „einfache Mitglieder“ gibt?

Proteste aus der Parteijugend gegen z.B. Bildungskürzungen wirken eher ritualisiert, denn für die Parteiführung irgendwie gefährlich. Beispiel Proteste gegen Gusenbauer bezüglich der Frage von Studiengebühren: die DemonstrantInnen, viele davon aus VSSTÖ, SJ und der SPÖ selbst<sup>479</sup>, wurden von Gusenbauer ganz im Sinne des Ignorierens innerparteilicher Kritik als „gewalttätige, junge Kommunisten“ und damit quasi als parteifremd bezeichnet. Konsequenzen hatte das aber weder auf den Kurs der Partei, noch für die SJ.

Die meisten dieser Initiativen waren sehr kurzlebig, einige wie die Sektion 8 haben sich verfestigt und institutionalisiert. Aber alle sind real eher bedeutungslose Erscheinungen in der SPÖ geblieben und haben deren Kurs nicht verändern können.

## **5. Eine frustrierende Bilanz von über 70 Jahren Wirken von Linken in der SPÖ**

Am Ende dieser Arbeit und wohl auch des Wirkens vieler Linker in der SPÖ steht eine recht ernüchternde Bilanz: trotz vieler Bemühungen, unzähliger Arbeitsstunden und engagiertem Tun hat die Linke in der SPÖ bis heute keinen relevanten Einfluss. Während der gesamten Zeit seit 1945 gab es in der SPÖ Linke. Doch sie waren niemals eine ernsthafte Gefahr für die Parteiführung, die stets im Wesentlichen von der Parteirechten gestellt wurde. In seiner systematischen Untersuchung innerparteilicher Opposition im Zeitraum 1945-70 kommt Joachim Raschke sogar zur Schlussfolgerung, dass die SPÖ eine von nur drei westeuropäischen Sozialdemokratischen Parteien ist, in der es während dieses Zeitraumes keine organisierte innerparteiliche Opposition gab.<sup>480</sup>

Tatsächlich nimmt der Einfluss der SPÖ-Linken seit den 1940er Jahren kontinuierlich ab. Raschke beschreibt in seinem Buch „Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien“ einige Punkte, warum es (u.a.) in der SPÖ keine organisierte Opposition gab: Dazu gehören die enge Verbindung der SPÖ mit dem ÖGB, die Sozialpartnerschaft bzw. die Einbindung der Interessensverbände in Entscheidungen und damit die Minimierung von gesellschaftlichen Konflikten, die lange Regierungstätigkeit mit Verbesserungen bzw. der Möglichkeit, die eigene Arbeit zumindest als Erfolg zu verkaufen (was allerdings die ökonomische Sonderperiode des langen Nachkriegsaufschwunges ignoriert), die „Lagermentalität“ und dazu gehörend der

---

479 Heimlich Willibald, Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010, Seite 99

480 Raschke Joachim, Organisierte Konflikte in westeuropäischen Parteien (Opladen 1977), Seite 53

Antikommunismus.<sup>481</sup> Ich möchte diese Punkte um die eingangs als Thesen formulierten Gründe ergänzen und abschließend diese drei Gründe für die Schwäche der Linken in der SPÖ bilanzieren:

- *„In Österreich ist es der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen gelungen, sich als einzige relevante Kraft auf der Linken zu etablieren und zu behaupten. Es gibt hier einen starken Alleinvertretungsgedanken der unter großen Teilen der Linken quasi als Dogma existiert und die Linke damit „auf Gedeih und Verderb“ an die Sozialdemokratie bindet. Damit kam der Linken aber auch das Druckmittel der Abspaltung abhanden, was sie schwächte.*

In ihrem Aktionsprogramm hat die SPÖ 1947 konstatiert: „Die Sozialistische Partei Österreichs ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.“<sup>482</sup> Dieser quasi als Dogma formulierte Alleinvertretungsanspruch der SPÖ ist bis heute tief im Bewusstsein der Linken in- und auch außerhalb der SPÖ eingegraben. Hindels beschreibt das Dilemma der SPÖ-Linken das seit den 1940er Jahren unverändert existiert: „Der Streit unter den Linken ging um die Frage: Sollen die Linken sich so verhalten, dass sie in der SPÖ weiterarbeiten können und auch die Aufhebung der Ausschlüsse (gemeint sind Scharf & Co., Anm. SG) erreichen, oder ist das Risiko des Bruches mit der Partei bewusst zu akzeptieren? An dieser Frage schieden sich die Geister.“<sup>483</sup> In der gesamten Zweiten Republik gab es keine einzige relevante Abspaltung von der SPÖ. Wenn es zu Ausschlüssen kam, endeten diese selten in Neugründungen und noch seltener in beständigen Neugründungen. Die SAP von Erwin Scharf schloss sich nach wenigen Jahren der KPÖ an. Dem VSM gelang es nicht einmal wirklich, nach dem Ausschluss eine Organisation aufzubauen. Einzig die Gruppe Vorwärts existiert bis heute als Sozialistische LinksPartei (SLP), eine beständige aber kleine Kraft. Während es in vielen anderen Ländern entweder starke Kommunistische Parteien als linke Alternative gab (Italien, Spanien, Frankreich...) oder linke Parteien in den letzten 20 Jahren neu entstanden (z.B. Die Linke in Deutschland), fehlt beides bis heute in Österreich. Das hat es für Linke innerhalb der SPÖ schwerer gemacht, weil keine Alternative vorhanden war. Andererseits hat das lange Verharren der Linken in der SPÖ den Formierungsprozess einer neuen linken Kraft auch verzögert. Das Beispiel Deutschland, wo wesentliche Teile der Partei Die Linke aus dem linken Flügel der SPD (wie Oskar Lafontaine) bzw. dem DGB (wie Klaus Ernst) gekommen sind, zeigt, dass es auch einen anderen Weg gibt. Für den Gesamtkurs hat die externe Alternativlosigkeit die Parteirechte/führung gestärkt. Es kann wohl nicht aufgezählt werden, wie oft die Linke in der

---

481 ebenda, Seite 197ff

482 SPÖ-Aktionsprogramm 1947,  
[http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947\\_SPOE-Aktionsprogramm\\_01.pdf](http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947_SPOE-Aktionsprogramm_01.pdf) (13.4.2016)

483 Hindels Josef, Die Linke in der SPÖ, Seite 15

SPÖ von einem „letzten Mal“, einer „letzten Chance“<sup>484</sup> gesprochen hat, um das Ruder herum zu reißen. Eben weil der Parteiführung stets klar war, dass es bei leeren Drohungen bleibt, wurden sie weitgehend ignoriert.

- *Es gab zwar immer Linke in der Partei, aber kaum eine organisierte Linke, die auch bereit war, die Machtfrage zu stellen und sich über das Fraktionsverbot hinweg zu setzen.*

„Die Linke“ gab es zu keinem Zeitpunkt in der SPÖ. Am homogensten scheint sie im Rückblick unmittelbar nach 1945 gewesen zu sein. Diese Sichtweise mag aber auch daran liegen, dass es im Wesentlichen nur eine Aufarbeitung der Gruppe um Scharf/Krones gibt. Immer existierten verschiedene ideologische Zugänge (einen austromarxistischen Kurs Bauerscher Prägung, einen stalinistischen, einen trotzkistischen Kurs u.a.). Es gab auch immer wieder Vernetzungsversuche zwischen verschiedenen Initiativen bzw. auch über verschiedene sozialdemokratische Organisationen hinweg (z.B. zwischen verschiedenen Jugendorganisationen), doch waren diese nie von Dauer. Grund dafür ist wohl der immer wiederkehrende Kurswechsel gerade bei den Jugendorganisationen. Grund ist natürlich auch die Repression, mit der sich KritikerInnen in der Sozialdemokratie konfrontiert sahen, und zwar insbesondere dann, wenn sie einen gewissen Einfluss hatten. Am stärksten betraf das Erwin Scharf, doch auch später gab es immer wieder Parteiausschlüsse, die Sperre der Finanzen, das de facto Verbot der offenen parteiinternen wie auch parteiexternen Kritik, bis hin zum Einsatz des staatlichen Repressionapparates gegen ParteikritikerInnen (Polizeieinsätze gegen Proteste v.a. aus den Reihen der Jugendorganisationen). Die Angst vor Repression durch die Partei war bei den Linken allgegenwärtig. Tatsächliche organisatorische Disziplinierungen waren aber nach Angaben von Hugo Pepper selten.<sup>485</sup> Die Linke stand, auch weil eben oft unorganisiert und organisatorisch alternativlos, dieser Repression, wenn sie dann einsetzte, weitgehend hilflos gegenüber. Kohlbacher erklärt, dass die Linken immer wieder aus der Jugend kamen und dann mit dem Älterwerden, Beruf, Heirat etc. viele verloren gingen: „Wenn nicht wirklich eine Linke sich organisatorisch in der Partei manifestiert, etwa als linke Fraktion, bleibt es bei Linken in der Partei, aber es gibt keine Parteilinke“.<sup>486</sup> Keine der linken Initiativen hat jemals ernsthaft die Machtfrage gestellt bzw. auch nur aufgeworfen. Man konzentrierte sich auf inhaltliche Kritik und den Kampf um programmatische Punkte, etwa auf Konferenzen. Die verschiedenen Parteivorsitzenden waren immer wieder herber Kritik ausgesetzt und auch mit Rücktrittsaufforderungen konfrontiert. Doch eineN linkeN Gegenkandidaten/in gab es bei

---

484 Bruno Aigner 1999, zitiert nach: Der Standard, Häupl: SPÖ-Politik „überprüfen“, [http://www.ifs.tuwien.ac.at/~andi/somlib/data/standard\\_1999/phrases/std\\_1999\\_5/files/19991012.63.HTM](http://www.ifs.tuwien.ac.at/~andi/somlib/data/standard_1999/phrases/std_1999_5/files/19991012.63.HTM) (28.2.2016)

485 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 36

486 Interview mit Ali Kohlbacher, 29.5.2016

keinem Parteitag. Sowohl Kohlbacher als auch Six zeichnen hier einen Widerspruch zwischen Basisarbeit und Machtfrage, den ich so nicht aufstellen würde, da eine organisierte Linke, die die Machtfrage stellt, nur mit einer aktiven Basis existieren und stark werden kann. Pelinka verweist auf die Bedeutung von Personenkomitees als „wesentliche Aktionsform der SP-Linken“ aus „Rücksicht auf das „große Mißtrauen (sic!)“ gegen Fraktionen.“<sup>487</sup> Auch wurde nie längerfristig rund um ein inhaltliches Programm versucht, eine organisierte Opposition, quasi eine Partei in der Partei, aufzubauen.

Einige Versuche zu einer gewissen Organisation gab es rund um ein Zeitungs/Zeitschriftenprojekt. Publikationen bzw. Medien sind für die Organisation (Lenin bezeichnete die Zeitung als „kollektiven Organisator“) aber auch als Sprachrohr für oppositionelle Strömungen zentral. Publizistisch war die Linke eingeschränkt, da vielen das Publizieren in den Parteizeitungen nicht möglich war. Josef Hindels z.B. hatte zwar für seine Rolle bei der Auflösung der Diskussionsgemeinschaft Victor Adler die Erlaubnis erhalten, im theoretischen Magazin der SPÖ (*Zukunft*) zu veröffentlichen, doch für andere blieb dieser Weg versperrt. Dass Paul Blau zuerst Chefredakteur von Arbeit&Wirtschaft und dann der AZ war, hat der Linken auch keinen Vorteil gebracht. Ein von den Strukturen und Geldmitteln der SPÖ unabhängiges Medium gab es lange nicht. Es entstand erst mit der *tribüne*. Dass es eine solche Publikation nicht früher gab, erklärt Hugo Pepper mit der „schlichten Furcht davor, eine eigene Zeitschrift würde sofort als Fraktioniererei angesehen und müsse disziplinarische Konsequenzen haben.“<sup>488</sup> Spätere unabhängige Publikationen im Rahmen der SPÖ-Linken waren die Zeitungen der „Vorwärts“ bzw. der „Funke“-Strömung. Die Existenz bzw. eben Nicht-Existenz einer eigenständigen Publikation der Linken ist auch ein Ausdruck für die Ernsthaftigkeit der Linken. Die SJ-Wien hatte ab 1991 überhaupt keine eigene Publikation mehr.<sup>489</sup>

Ein Ergebnis des Fehlens einer organisierten Parteilinken war, dass linke EinzelkämpferInnen es oft als einziges Mittel des Protestes sahen, Funktionen zurückzulegen (von Hugo Pepper in den 1950er Jahren bis Sonja Ablinger 2014). Denn: „Eine Person allein reicht nicht. Eine Linke im Klub ändert Nichts. Eine Linke in der Stadtregierung ändert Nichts.“<sup>490</sup> Und die fehlende Organisation verstärkte das ohnehin existierende Problem der fehlenden personellen Kontinuität. Nur wenige Linke waren über Jahrzehnte quasi „linke Fixsterne“ in der SPÖ: Josef Hindels und Hugo Pepper sind hier wohl die bekanntesten. Wo

---

487 Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985, Seite 70f

488 Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen, Seite 35

489 Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Seite 212

490 Blaha Barbara im Interview, Heimlich Willibald, Theorie und Praxis der SPÖ, Seite 204

aber personelle Kontinuität und eine Organisierung fehlt, die als „kollektives Gedächtnis“ agiert, dort beginnt jede Generation von neuen Linken weitgehend von vorne, führt ähnliche Diskussionen, muss Strategie und Taktik neu erarbeiten und lernt damit nicht von den Erfahrungen und Fehlern vorhergegangener Versuche.

- *Die Linken in der Sozialdemokratie konzentrierten ihre Arbeit auf jene Strukturen, die für Politik der SPÖ letztlich nicht ausschlaggebend waren: die Jugend (die stets das Privileg hat, „frecher“ zu sein, aber real wenig Einfluss hat) und die Bildungsarbeit. In der gewerkschaftlichen Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie gab es hingegen nie eine relevante Linke.*

Von Anfang an existierte in der SPÖ eine starke Trennung in Minimal- und Maximalprogramm. Schon das erste Parteiprogramm sprach zwar einerseits davon, dass „Sozialismus das Ziel“<sup>491</sup> ist, kümmerte sich dann aber sehr pragmatisch darum, dem österreichischen Kapitalismus auf die Beine zu helfen. Die Linke brachte sich zentral bei den verschiedenen Programmdebatten ein und konnte hier auch Erfolge verbuchen, die allerdings keinerlei Auswirkungen auf die praktische Arbeit der SPÖ hatten. Lange Zeit existierten die linke Theorie als Maximalprogramm und die rechte Praxis als Minimalprogramm nebeneinander, bis dann bei den Programmdebatten ab den 1980er Jahren auch das Maximalprogramm aus dem Programm entfernt wurde.

Nach dem Wegfall der Gruppe um Scharf lag das Schwergewicht der Linken in der SPÖ stets in den Jugendorganisationen, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Organisationen. Diese Spielwiese war für die Parteiführung weitgehend ungefährlich. Man hielt die Jugendorganisationen stark über die Finanzen unter Kontrolle bzw. sorgte für Säuberungen, wenn es nötig erschien. Durch die Integration der Jugendorganisationen in die Partei (Sitze in Parteigremien, Kandidaturen auf Parteilisten und eben die Finanzen) wurden rebellische Jugendliche „zurecht gebogen“.

Pleschberger beschreibt als eine der Hauptaufgaben der Linken und hier v.a. der, wie er sie nennt, „berufstätigen Linken“ (also v.a. intellektuelle Linke die häufig in einem beruflichen Nahverhältnis zur SPÖ standen/steht) „die allgemeine Traditionssicherung und die Bereitstellung politischen Personals“.<sup>492</sup> Viele VertreterInnen der Linken haben den Weg in einflussreiche Positionen gefunden, doch hat sie dieser „Weg durch die Institutionen“ auch verändert. Bei Personen wie Cap oder Gusenbauer ist unklar, ob die Taktik des „langen Weges durch die Institutionen“ schief gelaufen ist oder ob diese von Beginn an nicht so links gewesen

---

491 SPÖ-Aktionsprogramm 1947,  
[http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947\\_SPOE-Aktionsprogramm\\_01.pdf](http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947_SPOE-Aktionsprogramm_01.pdf) (13.4.2016)

492 Pleschberger Werner, Parteilinie und VSSStÖ, Seite 83

waren wie vorgegeben. Die Frage von Funktionen stellte sich für Linke in der SPÖ natürlich immer wieder: Sollten, wenn möglich, Positionen in der Partei übernommen werden? Denn hier existierte das Spannungsfeld zwischen dem Druck auch von unten, die Möglichkeiten nach mehr Einfluss und Öffentlichkeit zu nutzen und der Gefahr, durch die Position selbst korumpiert zu werden. Gusenbauer selbst beschreibt die „traditionell gute Integrationsfähigkeit des österreichischen politischen Systems“ und meint damit, dass politische AktivistInnen, insbesondere führende Köpfe von Bewegungen, über die Förderung und Unterstützung von politischen bzw. staatlichen Strukturen für diverse (heute würden wir sagen: zivilgesellschaftliche) Projekte, integriert und damit den Bewegungen die Schärfe und für die etablierte Politik existierende Gefährlichkeit genommen wurde.<sup>493</sup> 1983 schrieben Josef Cap und Alfred Gusenbauer "Privilegien, Postenschacher, nicht legitimierte Machtkonzentrationen muss glaubwürdig entgegengetreten werden."<sup>494</sup> Heute sind beide Sinnbild für eben jene Privilegien und Postenschacher. Tatsächlich gibt es kaum Fälle, wo dieser „lange Weg durch die Institutionen“ wirklich erfolgreich war. Hier kommt wieder das Fehlen einer organisierten Linken zum Tragen. Die Anpassung an den geänderten Lebensstil, das soziale Umfeld und der Druck dieser beruflichen Funktion können kaum von Individuen ohne eine korrigierende Struktur im Hintergrund verhindert werden. „Seit Josef Hindels im Jahr 1945 versucht die Linke, durch ihr Engagement in der Partei, diese zu verändern. Die Geschichte lehrt jedoch, dass die Partei die Linke verändert und nicht umgekehrt.“<sup>495</sup> Relativierend muss gesagt werden, dass die Gefahr einer selektiven Wahrnehmung besteht. Wir stolpern über jene Namen von (ehemaligen) Linken, die Karriere gemacht haben. Die anderen kennen wir nicht und wissen nicht, ob sie ebenfalls nach rechts gegangen sind. Und schreiben nicht stets die SiegerInnen die Geschichte? Wer sitzt heute in den Redaktionsräumen und fällt die Entscheidung über die AutorInnen für diverse Sammelbände?! Auch hier sind es nicht die links Gebliebenen, sondern die nach rechts abgebogenen „GenossInnen“.

Der Bereich der Schulungsarbeit war ein wichtiges Wirkungsfeld der Linken, hier v.a. auch von Josef Hindels. Die Arbeit der Parteilinken verlief teilweise nach dem Prinzip: wir schulen links und lassen euch rechts arbeiten. Ein in marxistischen Begriffen zusammengefasst idealistischer Zugang des „Ganges durch die Institutionen“: durch die Schulung einer neuen linken Generation könne eine künftige linke Führung aufgebaut werden. Paul Blau analysiert zutreffend, dass sich die Parteiführung auch aufgrund ihrer sozialen Situation von der

---

493 Gusenbauer Alfred, SPÖ und neue soziale Bewegungen, in: Auf dem Weg zur Staatspartei, Seite 356

494 Cap Josef/Gusenbauer Alfred, Zwei Seiten einer Medaille, in: Rot-Grüner Anstoß, Seite 106

495 Pittler Andreas, Zu neuen Ufern?, In: Rotzfrech Nr. 5 (Mai 1990), zitiert nach: Pittler Andreas P., Die Geschichte der Sozialistischen Jugend Österreichs, Geschichte der SJ, Seite 492

ArbeiterInnenklasse und ihren Interessen entfernt, appellierte aber, dass ein „Umdenken in den Führungsschichten (von SPÖ und ÖGB, Anm.) (...) eine große Aufgabe für die politische Bildungsarbeit“ ist.<sup>496</sup>

Dass diese Menschen im Zuge ihrer Parteiarbeit einer realen Veränderung ihrer Lebenssituation ausgesetzt sind und sich damit im Sinne des Marxschen „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein“ verändern, wurde ignoriert. Die Taktik hat in Bezug auf die Jugendorganisationen sicher bis zu einem gewissen Ausmaß funktioniert. Allerdings hat dies das Element einer „self-fulfilling prophecy“, also einer sich selbstbestätigenden Prophezeiung, da ja oft gerade jene an Schulungsangeboten teilnahmen, die auf der Suche nach grundsätzlicheren weitergehenden Analysen waren.

Diese Schulung verlief oft ohne konkrete Infragestellung der oder auch nur Bezugnahme zur aktuellen Politik der Partei. Der Wiener Bildungsausschuss der SPÖ veröffentlichte im Jahr 1982 die Broschüre *Marxismus und Gegenwart* von Josef Hindels, dem großen alten Mann der Parteilinken, verantwortlich für die Schulung von Generationen. Das Werk steht in der Tradition Otto Bauers und seines Austromarxismus, hat aber nur in abstrakter Form eine Bezugnahme zur Tagespolitik. 1981 war die SPÖ am Ende ihrer Alleinregierung, die Verstaatlichte war in der Krise, es gab eine Serie von Firmenpleiten und die Staatsverschuldung stieg an<sup>497</sup>; genügend Themen, die man beim Thema „Marxismus und Gegenwart“ hätte aufgreifen können. Völlig fehlte auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie die existierende SPÖ, die ja in der Praxis weit entfernt war von der Sozialismuskonzeption Hindels‘, den Weg eben dorthin beschreiten sollte. Eine konkrete Anleitung zum „Was tun?“ war dieses Schulungswerk nicht. Auch in anderen Schriften bewegte sich Hindels ganz auf Parteilinie. Es war nichts von Marxismus, Systemkritik oder auch nur linker Kritik an der SPÖ-Linie, dem bürgerlichen Staat etc. zu finden.<sup>498</sup> Schulungstätigkeit in den Sektionen bzw. Politisierung der SPÖ wird auch heute von Linken in der SPÖ als zentrale Aufgabe angesehen und auch umgesetzt.<sup>499</sup>

Nie wirklich gelungen ist die Verankerung der Linken in den Gewerkschaften. Hier gibt es ganz wenige Proponenten wie Hindels, Blau, Lehner, die auch im Rahmen der Gewerkschaft eine gewisse Verankerung hatten. Die „Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse“ war für die meisten Linken zwar Programm, doch der Aufbau eines linken Gewerkschaftsflügels wurde mit wenigen Ausnahmen (Vorwärts Strömung, Funke Strömung) nicht einmal als Ziel

---

496 Blau Paul, Sozialismus und Ökologie, in: Rot-Grüner Anstoß, Seite 44

497 Der Spiegel, Modell Österreich – abgewirtschaftet, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14337288.html>

498 So z.B. in „Widerstand und Befreiung – Der Weg zur Zweiten Republik“, von Hindels dass die SPÖ 1985 herausgab.

499 Interviews mit Magdalena Six und Ali Kohlbacher

formuliert und schon gar nicht konkret angegangen. Die Dominanz der Sozialpartnerschaft als gewerkschaftliche Strategie, die de facto zur Ideologie wurde, die Einbindung der Interessensverbände in Entscheidungen sowie die realen sozialen Verbesserungen in den 1950er bis 1970er Jahren hielten das Level von konfliktatorischer Gewerkschaftspolitik gering und reduzierten so auch den Raum für das Entstehen einer linken Opposition in der Gewerkschaft. Im Gegensatz zu anderen Staaten (z.B. Deutschland oder Britannien) gibt es in Österreich keine Tradition einer organisierten Gewerkschaftslinken. Mit wenigen Ausnahmen hat sich die SPÖ-Linke aus diesem Arbeitsfeld heraus gehalten. Der Unmut, den es in der Arbeiterschaft natürlich immer wieder gab, wurde auch deshalb nie zu einer organisierten Kraft, weil die linken Ansätze als zu klein wahrgenommen wurden.<sup>500</sup>

„So dringend die Linke heute wäre, so schwach ist sie“<sup>501</sup>. Und doch erklären die heutigen Linken in der SPÖ ihr Bleiben damit, dass die SPÖ noch immer „die Massenpartei der Erwerbsarbeitenden und Erwerbsarbeitslosen sowie deren Angehörigen“<sup>502</sup> sei<sup>503</sup>. Jeder kleinste Strohalm einer (vermeintlichen) Linksentwicklung der Partei wird ergriffen, um das Beharren auf dieser Position zu rechtfertigen. Lehner z.B. schreibt 2005, dass das Wirken der Linken nicht vergeblich war und sieht „eine Hinwendung (der SPÖ, Anm.) zu Überlegungen mit sozialistischem Hintergrund“<sup>504</sup>. Wo diese Hinwendung allerdings tatsächlich stattfindet bzw. sich gar in der politischen Praxis der SPÖ niederschlägt, ist fraglich. Und wenn eine Kursänderung nicht erreicht werden kann, bleibt doch zumindest die Sichtbarkeit als Legitimation: „Obwohl es den SPÖ-Linken niemals gelungen ist, auf die Praxis ihrer Partei Einfluss zu nehmen, kann nicht bestritten werden, dass sie als geistiger Faktor auch in den langen, bitteren Jahren der Koalition in Erscheinung getreten ist.“<sup>505</sup>

Ziel dieser Arbeit ist es einerseits, den in der Sozialdemokratie verbliebenen Linken ein Instrument zur Analyse ihrer Arbeit in die Hand zu geben, das verhindert, dass die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. Ob bei Vermeidung dieser Fehler eine Rückgewinnung der SPÖ möglich ist, ist zweifelhaft. Aber es würde die Linken politisch bewusster und geschulter zurück lassen und könnte helfen, ihre Perspektiven zu erweitern. Denn andererseits ist es auch Ziel dieser Arbeit, jenen Kräften, die in Österreich Teil eines Neuformierungsprozesses einer

---

500 ARKA, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Seite 64f

501 Interview mit Ali Kohlbacher, 29.5.2016

502 Lehner Peter Ulrich, Verblichenes oder verbliebenes Rot, in: Im Brennglas, Seite 61

503 In Gesprächen werden aber auch persönlich-emotionale Gründe genannt, dass die Partei noch immer als Heimat bzw. Familie gesehen wird.

504 Lehner Peter Ulrich, Verblichenes oder verbliebenes Rot, in: Im Brennglas, Seite 63

505 Hindels Josef, Die Linke in der SPÖ, Seite 18

neuen linken Partei sind bzw., wie ich hoffe, sein werden, Erfahrungen der Vergangenheit zukommen zu lassen. Und es gibt gerade auch in der SPÖ und den Gewerkschaften viele, die nur mehr darauf warten, dass sich endlich „etwas Neues“ entwickelt. In diesem Prozess gilt es, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Auch in einer neuen Partei werden sich die alten Fragen nach Taktik, Programm, Strategie, Methode und Demokratie stellen.

**Denn:**

**Wer aus der Geschichte nicht lernt, der ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.**

## **6. Anhänge:**

### **6.1. Die Resolution der 44:**

#### *Resolution zur politischen Lage*

*„In Anbetracht der von den Landes- und Bezirksorganisationen und der Sozialistischen Jugend eingebrachten Anträge und in Erwägung, dass von der Parteivertretung eine Resolution zur politischen Lage nicht vorgelegt worden ist, unterbreiten die Delegierten dem Parteitag folgende EntschlieÙung:*

*Zwei Jahre nach den Wahlen zum österreichischen Nationalrat und der Einsetzung der Konzentrationsregierung befindet sich Österreich in einem verzweifelten Zustand. Staats- und Wirtschaftsmoral sind zusammengebrochen. Die österreichische Wirtschaft ist in einen chaotischen Zustand geraten. Aufbringung und Bewirtschaftung haben versagt. Der Schleichhandel beherrscht die Wirtschaft.*

*Die Lebenshaltung der österreichischen Arbeiter und Angestellten und des kleinen Mittelstandes ist auf ein unerträgliches Minimum gesunken. Die Ernährungsbasis ist ungenügend. Ein qualifizierter Arbeiter muss, wenn er ein Kilo Fett auf dem Schwarzen Markt kaufen will, anderhalb Wochen arbeiten; er muss fast einen halben Wochenlohn ausgeben, wenn er zum offiziellen Preis auf Bezugsschein ein Hemd kaufen will. Der Abstand in der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten und der eines Großbauern oder Kapitalisten hat ein geradzu aufreizendes Ausmaß erreicht.*

*Die außenpolitische Lage Österreichs hat sich in den letzten Monaten weiter verschärft. Der Staatsvertrag ist bisher nicht zustande gekommen. Sein Abschluss ebenso wie der Abzug der Besatzungstruppen ist fraglich geworden. Die Sowjetforderungen in Österreich haben sich immer mehr verschärft und es scheint, als ob eine Einigung der Alliierten nur zustande kommen könne, wenn die Westmächte die sehr weitgehenden Forderungen Russlands auf Kosten Österreichs akzeptieren. Inzwischen aber wird innerhalb der österreichischen Wirtschaft ein ihre einheitliche Lenkung störender eigener Wirtschaftsstaat errichtet und immer weiter ausgebaut.*

*Für diese katastrophalen Ergebnisse der österreichischen Politik trägt die gegenwärtige Mehrheitspartei im österreichischen Nationalrat, die Volkspartei, die volle Verantwortung. Aus Rücksicht auf die Konzentrationsregierung hat die Partei ein energischeres Eintreten für sozialistische Wirtschaftsforderungen zurückgestellt. Aber indem die Sozialistische Partei den Schwerpunkt des innenpolitischen Kampfes so einseitig gegen die lächerlich kleine KPÖ verlegt hat, wurde der Eindruck erweckt, als ob die SPÖ für die gegenwärtige Politik mitverantwortlich sei, als ob sie in einem Koalitionsverhältnis zur ÖVP stünde. Indem die ÖVP*

*unsere Ablehnung von Neuwahlen als Freibrief für die Sabotage der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Reformen ausnützte, wurde der Eindruck unserer Mitverantwortung für die unfruchtbare Regierungspolitik noch verstärkt. Diese ganze Haltung steht mit unserer Wahlparole: ‚Der Feind steht rechts!‘ im Widerspruch und hat der demagogischen Propaganda der KPÖ Tür und Tor geöffnet.*

*Der Parteitag fordert die sozialistischen Minister auf, in Hinkunft den Fragen der Wirtschaftspolitik besonderes Augenmerk zuzuwenden und insbesondere in Fragen der Währungs-, Lohn- und Preispolitik die Interessen der Arbeiter und Angestellten ebenso wie die Interessen des kleinen Mittelstandes und der kleinen Bauern kompromisslos zu vertreten. Nur sozialistische Planung, nur eine ernsthafte Durchführung der Verstaatlichung und ihre Erweiterung zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft unter demokratischer Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Verwaltung der sozialisierten Betriebe kann zu einer Besserung der Wirtschaftslage führen.*

*Noch gibt es auf wichtigen Ämtern offene und versteckte Faschisten, und die jüngste Agitationskampagne der ÖVP erinnert sehr deutlich an die Methoden der Dollfußfaschisten von 1934. Demgegenüber kann die Demokratie nur gesichert werden, wenn die SPÖ, als ihr einziger Garant, eine klare, antifaschistische Politik führt und eine gründliche Reinigung des öffentlichen Lebens von allen faschistischen Elementen durchsetzt.*

*Der Parteitag begrüßt die Initiative zur Schaffung eines Aktionsprogramms. Für die künftige Entwicklung der politischen Verhältnisse in Österreich wird es aber entscheidend darauf ankommen, ob wir durch eine klare, sozialistische Linie unserer Politik die Arbeitermassen zu begeistern vermögen. Die SPÖ gerät nicht nur infolge der Widersprüchlichkeit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, sondern auch durch eine unklare und kompromisslerische Haltung in den entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen in Gefahr; den Glanz sowohl der alten Sozialdemokratischen Partei wie der illegalen Partei aus der Zeit von 1934 bis 1945 zu verlieren. Nur die Rückkehr zu der großen Tradition des österreichischen Sozialismus und der glanzvollen kämpferischen Haltung, die die Partei unter der Führung von Victor Adler vor dem Ersten Weltkrieg und unter Otto Bauers Führung in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen beseelte, kann der Partei politische Erfolge sowohl im Tageskampf wie in dem großen Ringen um die internationale Verwirklichung des demokratischen Sozialismus sichern. Für dieses Ringen soll der Kampf der österreichischen Sozialisten wieder symbolisch und richtungsweisend werden!“<sup>506</sup>*

---

506      Zitiert nach: Weber Fritz, Der kalte Krieg, Seite 158

## **6.2. Die Eisenstädter Erklärung**

*Die Eisenstädter Erklärung der SPÖ – gegen Diktatur und Unfreiheit, für die soziale Demokratie*

***Beschlossen vom SPÖ-Bundesparteivorstand am 2.10.1969***

*Schon vor mehr als 80 Jahren hat die österreichische Reaktion die damals entstehende sozialdemokratische Bewegung als Wegbereiter des Anarchismus denunziert. In der gleichen Weise versucht heute die ÖVP in offener oder versteckter Form, die demokratischen Sozialisten als Wegbereiter der kommunistischen Diktatur zu verdächtigen.*

*Die ÖVP tut es, obgleich die Geschichte der sozialistischen Bewegung geprägt ist vom Kampf um die Demokratie. Seine Höhepunkte waren die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes im Jahre 1907, die Gründung der Republik im Jahre 1918, die auch die Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung der Frau brachte, der Beschluss der Bundesverfassung des Jahres 1920, wonach Österreich eine demokratische Republik ist, deren Recht vom Volke ausgeht, und die berühmte Erklärung Karl Renners über die Selbstständigkeit Österreichs vom April 1945, in der Österreich als demokratische Republik im Geiste der Verfassung von 1920 wieder neu errichtet wurde.*

*Die demokratischen Sozialisten befanden sich nicht nur im Kampf um die Demokratie in der vordersten Reihe, sondern sie standen immer in der Frontlinie, wenn es galt, unsere Republik, ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu schützen:*

- *1918, als Soldaten des Königreichs Jugoslawien Österreich große Teile Kärntens entreißen wollten;*
- *1919, als von Ungarn her die kommunistische Räterediktatur nach Österreich greifen wollte;*
- *1921, als ungarische Bandenkrieger den Anschluss des Burgenlandes an Österreich mit Gewalt verhindern wollten;*
- *1925, als Mussolini drohte, „die Trikolore über den Brenner zu tragen“;*
- *1933/34, als das vom Volk gewählte Parlament und die Sozialdemokratische Partei von der Dollfuß-Diktatur aufgelöst wurden, wodurch es zum Untergang Österreichs kam;*
- *1945, als die Sozialistische Partei um die Wiederherstellung der Republik Österreichs in ihren alten Grenzen kämpfte;*
- *1950, im Oktober, in einer Stunde höchster Gefahr für die Einheit der Republik und in einer Zeit, in der die größte Armee der Erde ihre Soldaten in unserem Lande hatte.*

*Der Parteivorstand der Sozialistischen Partei hat damals unter dem Vorsitz Dr. Adolf Schärfs*

*festgestellt, dass „die österreichische Arbeiterschaft, auf sich allein gestellt, in den Betrieben und auf der Straße dem Terror der Kommunisten standgehalten hat und treu zu Freiheit und Demokratie unter der Fahne des demokratischen Sozialismus gestanden ist“.*

*Aus Anlaß der Ereignisse des 21. August 1968 erklärte der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Dr. Bruno Kreisky, unter stürmischer Zustimmung der Delegierten des Parteitages, dass jeder Gegner unserer Unabhängigkeit und Freiheit wissen muss, dass er mit dem Widerstand des österreichischen Volkes zu rechnen hat, und unser Vaterland, die demokratische Republik Österreich, mit der Sozialistischen Partei, mit den Hunderttausenden, die ihr angehören, und mit den Millionen, die zu ihr stehen, so wie in der Vergangenheit rechnen kann.*

*So haben wir österreichische Sozialdemokraten immer wieder die Republik, ihre Freiheiten im Inneren und ihre Unabhängigkeit nach außen geschützt. Die Bundespräsidenten Karl Renner, Theodor Körner, Adolf Schärff und Franz Jonas, die alle aus der Sozialistischen Partei kamen, sind die Kronzeugen dafür:*

*Der Bundesparteivorstand der Sozialistischen Partei Österreichs erklärt am Vorabend einer Wahlbewegung, in der von ihrem konservativen Gegner der Versuch gemacht wird, sie neuerdings zu verdächtigen, mit aller Eindeutigkeit:*

*Die Sozialistische Partei wünscht bei allem Bemühen um das Vertrauen einer möglichst großen Zahl von Österreichern und Österreicherinnen nur die Unterstützung jener, die sich zu ihren Zielen, der sozialen Gerechtigkeit und der uneingeschränkten Freiheit, bekennen. Sie lehnt daher jegliche Unterstützung oder Empfehlung durch die Kommunisten mit aller Entschiedenheit ab. Ihre Haltung und ihre Politik wird auch in Zukunft im Einklang mit dem Grundsatz ihres Programmes stehen:*

*„Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit.“<sup>507</sup>*

---

507 Eisenstädter Erklärung, in: Fröschl Erich (Hrsg.), Politik über den Tag hinaus, Seite 43ff

## 7. Literatur:

- Albers Detlev, Cap Josef u.a., Perspektiven der Eurolinken, Frankfurt 1981
- Blaha Barbara, Auf Spurensuche, in: Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben
- Blau Paul, Der Unbestechliche - Josef Hindels in der Sozialistischen Jugend, in: Gegen den Strom
- Blau Paul, Sozialismus und Ökologie – Eine neue Begegnung von Politik und Wissenschaft, in: Rot-Grüner Anstoß
- Broukal Josef (Hrsg.), Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben! Schafft die Sozialdemokratie den Turnaround? Wien,
- Broukal Josef, Durch Untätigkeit ans Ziel? in: Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben
- Cap Josef/Gusenbauer Alfred, Zwei Seiten einer Medaille – Ökologie und Friedensbewegung, in: Rot-Grüner Anstoß
- Der Funke, Jugend im Widerstand – Für eine marxistische SJ, 2001
- Dohnal Johanna/Karlsson Irmtraut, Die Unzufriedenen – Die sozialistische Frauenbewegung 1945-1955, in: Auf dem Weg zur Staatspartei
- Dr. Karl Renner Institut, Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, Wien 1964
- Evers John, Vorwärts, Sozialistische Jugend, in: Vorwärts Nr. 25 (1991), Wien
- Exenberger Herbert, Basisarbeit – ein Erlebnisbericht, in: SPÖ – Was sonst?
- Flatscher Alfons, Zur Lernfähigkeit politischer Organisationen - am Beispiel der SPÖ, Wien, 1987
- Ganglbauer Stephan, Wahl-Gewinne - Profil-Verluste : Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der SPÖ in der 2. Republik, Wien 1995
- Glaser Herbert, Sozialismus in Österreich – von Marx bis Pittermann und ?, 1966
- Göschl Winfried, SPÖ-Programm 1978: Entstehungsgeschichte, Diskussionsverlauf und Reaktionen, Wien 1986
- Götschl Johann und Klauser Christoph (Hrsg), Der sozialdemokratische Intellektuelle, 1983
- Gumplmaier Erich, Mit uns nicht – Betriebsratsarbeit in krisenhaften Zeiten, 1986
- Gusenbauer Alfred, Was die SPÖ von ÖVP und SPÖ unterscheiden muss, Interview in: Nachrichten vom Ableben der SPÖ sind stark übertrieben
- Gusenbauer Alfred, SPÖ und neue soziale Bewegungen, in: Auf dem Weg zur

## Staatspartei

- Gusenbauer Alfred, Sozialistische Jugend und Friedensbewegung – Wichtiger den je, in: Gegen den Strom
- Heimlich Willibald, Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010, Wien 2011
- Hindels Josef, Widerstand und Befreiung - Der Weg zur Zweiten Republik, Wien 1985
- Hindels Josef, Marxismus und Gegenwart, Wien 1982
- Hindels Josef, Austormarxismus und SPÖ-Linke: Verändern statt bewahren, in Roter Anstoß
- Hindels Josef, Die Linken in der SPÖ, VSStÖ-edition 1, Wien 1974
- Hindels Josef, Gegen den Strom – Die Linke in der SPÖ bis 1970, in: Gegen den Strom
- Hindels, Die Linke in der SPÖ, Wien 1979
- Hindels Josef/Pelinka Peter (Hrsg.), Roter Anstoß - Der „Österreichische Weg“ Sozialistische Beiträge, Wien-München 1980
- Ingrisch Doris, Ohne Kompromiss – Das Leben von Hilde Krones, in: „Die Partei hat mich nie enttäuscht“
- Jakes Jürgen-Klaus, Bravo Regierung! Hauptpunkte der innerparteilichen Kritik in der SPÖ während der drei Großen Koalitionen, Wien 2013
- Keller Fritz, Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945 – 1965, Wien 1985
- Keller Fritz, Reden kann man über alles ... sogar mit Kommunisten, in: Maimann Helene (Hrsg.) - Die ersten 100 Jahre
- Keller Fritz, In den Gulag von Ost und West – Karl Fischer, Arbeiter und Revolutionär, Frankfurt/Main, 1980 (AK)
- Keller Fritz, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde, Wien 1983
- Keller Fritz, Die Opposition der Pimpfe – die vom Parteitag beaufsichtigten Jugendorganisationen, in: Auf dem Weg zur Staatspartei
- Keller Fritz, „Neue Linke“ und Sozialdemokratie 1968-1982, in: SPÖ – was sonst?
- Kriechbaumer Robert, Parteiprogramme im Widerstreit der Interessen: die Programmdiskussion und die Programme von ÖVP und SPÖ 1945 – 1986, Wien und München 1990
- Kohlbacher Ali, Im Brennglas, 2005 Wien und Auberg
- Konecny Albrecht K. (Hg.), Modelle für die Zukunft – Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme, Wien 1993
- Konecny Albrecht/ Tieber Herbert: Bewegung oder Organisation – Zur

- Organisationssoziologie der SPÖ, in: Auf dem Weg zur Staatspartei
- Konecny K. Albrecht (Hrsg.), Modelle für die Zukunft, Die österreichische Sozialdemokratie und ihre Programme, Wien 1993
  - Lanc Erwin, Sozialdemokratie in der Krise: Zwischen ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlicher Atomisierung, Wien 1996)
  - Lehner Peter Ulrich, Die SP-Linke in Gewerkschaft und Betrieb, in: SPÖ – Was sonst?
  - Lehner Peter Ulrich, Verblichenes oder verbliebenes Rot, in: Im Brennglas
  - Lhotzky Peter, Manfred Ackermann zum 100. Geburtstag – Revolutionärer Sozialist, Gewerkschafter und Volksbildner, Wien 1998
  - Maderthaner Wolfgang und Müller C. Wolfgang (Hrsg.), Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889 – 1995, Wien 1996
  - Maimann Helene (Hrsg.), Die ersten 100 Jahren – Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988, Wien 1988, Verlag Christian Brandstätter
  - Maimann Helene, Vom Flüchten und Wiederkommen - „Die Rückkehr beschäftigt uns ständig“, in: Maimann Helene (Hrsg.) - Die ersten 100 Jahre
  - Matzl Siegfried, Zur Frage einer sozialistischen Strategie innerhalb der SPÖ, in: Rote Revue, Nr. 8/73
  - Mark Karl, Lebenserinnerungen - 75 Jahre Roter Hund, Wien 1990
  - Marschalek Manfred, Untergrund und Exil – Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945, 1990 Wien, Sozialistische Bibliothek im Löcker Verlag
  - Marschalek Renate und Pelinka Peter (Hrsg.), Rot-Grüner Anstoß, Wien 1983
  - Matzka Manfred (tribüne), in: SPÖ – Was sonst?
  - Matzka Manfred, Ein linker Versuch, mehr zu machen als eine Zeitung – Die „Tribüne“, in: Gegen den Strom
  - Gabriele Matzer-Holzer: Egon Matzner – Querdenker für eine andere Welt
  - Matzner Egon, Neokonservatismus oder Sozialismus, in: Politik über den Tag hinaus
  - Müller Jimmy, Reform oder... in: Vorwärts Nr. 24 (Jänner 1991), Wien
  - Müller Martin, Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Stamokap-Strömung in der Sozialistischen Jugend Österreichs unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung 1998-2003, Wien 2004
  - Müller Wolfgang C., SPÖ und große Koalition, in: Auf dem Weg zur Staatspartei
  - Neugebauer Wolfgang, SPÖ und Antifaschismus: Der Rechten neue Kleider, in: Roter Anstoß

- Neugebauer Wolfgang, Von der Koalition zur Alleinregierung (1958-1978), in: Modelle für die Zukunft
- Nittel Heinz, SPÖ Wien 1945 - 1975 : Programme - Daten – Fakten, 1978
- Nowotny Ewald (Hg), Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik – Die solidarische Leistungsgesellschaft, Wien 1992
- Pelinka Anton, Die Ära Kreisky – Zur symbiotischen Adaptionfähigkeit der Sozialdemokratie, in: Auf dem Weg zur Staatspartei
- Pelinka Peter, 90 Jahre SJÖ 1894-1984 – Die Geschichte der Sozialistischen Jugend, Wien 1984
- Pelinka Peter, Die SPÖ-Linke zwischen 1970 und 1985 – Aufstieg und Behauptung, in: Gegen den Strom
- Pelinka Peter, Die Sozialistische Jugend 1976-1982, in SPÖ – was sonst? 1983
- Pelinka, Peter/Steger, Gerhard (Hg.): Auf dem Weg zur Staatspartei, Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945, Wien 1988
- Pepper Hugo, Wir konnten Korrekturen anbringen – Die fünfziger Jahre, in: SPÖ - Was sonst? 1983
- Hugo Pepper, Erinnerungen an die SPÖ-Linke nach 1945 - Geistige Partisanen, in: Gegen den Strom
- Pittler Andreas P., Die Geschichte der sozialistischen Jugend Österreichs: unter besonderer Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels der achtziger Jahre, Wien
- Pittler Andreas, Ausser Thesen nichts gewesen, in: Vorwärts Nr. 5 (1984)
- Pleschberger Werner, Parteilinie und VSSStÖ in den Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung, in: SPÖ - Was sonst? 1983
- Prost Edith (Hsg), „Die Partei hat mich nie enttäuscht“ – Österreichische Sozialdemokratinnen, Wien 1989
- Raschke Joachim, Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien. Eine vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen, Opladen 1977
- Rehak Günter, Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende – Die sechziger Jahre, in: SPÖ - Was sonst? 1983
- Scharf Erwin, Ich darf nicht schweigen – Drei Jahre Politik des Parteivorstandes der SPÖ – von innen gesehen, Wien 1948
- Scheuer Georg, Genosse Unbekannt - Der junge Revolutionär Josef Hindels, 2. Auflage eines 1996 erschienen Textes ohne Datumsangabe, wahrscheinlich Wien
- Schweiger Peter, Parteireform als Ausweg aus der Parteikrise? Eine Untersuchung der

Reformbemühungen der SPÖ, Wien 1996

- Svoboda Wilhelm, Revolte und Establishment, Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953-73, Wien 1986
- Svoboda Hannes, Voraussetzung ist Organisierung, in: Rote Revue, Nr. 6/73
- Weber Fritz, Rechtsvorrang: Wie die Linken 1945 in die Sackgasse gerieten, in: Maimann Helene (Hrsg.), Die ersten 100 Jahre
- Weber Fritz, Der kalte Krieg in der SPÖ : Koalitionswächter, Pragmatiker und revolutionäre Sozialisten 1945 – 1950, Wien 1986 (SG)
- Weber Fritz, Der Kampf für eine austromarxistische Partei – Die ersten Nachkriegsjahre, in: SPÖ - Was sonst? 1983
- Weber Fritz, Die Angst der Parteiführung vorm Klassenkampf, in: Auf dem Weg zur Staatspartei

Sammelbände:

- Albers Detlev, Cap Josef, Ingrao Pietro, Montchane Didier (Hrsg.), Perspektiven der Eurolinken, 1981, Frankfurt (Main), Campus Verlag
- Häupl Michael, Nedwed Ernst, Pelinka Peter (Hrsg.), Gegen den Strom, Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels, Aufsatzsatzsammlung, Wien 1986, Verlag für Gesellschaftskritik
- Fröschl Erich (Hrsg.), Politik über den Tag hinaus – Ein Lesebuch zu den Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie von 1966-1996, Wien 1996
- F. Weber, H. Pepper, G. Rehak W. Pleschberger, P. Pelinka, U. Lehner, J. Dohnal, H. Exenberger, L. Spira, F. Keller, M. Matzka, E. Wimmer, H. Dworczak), SPÖ - Was sonst, Die Linke in der SPÖ Geschichte und Bilanz, Wien 1983

Zeitschriften und Broschüren:

- ARKA, Marxismus, Österreichischer Trotzkismus, Band 2, Wien 2012
- mitbestimmung – zeitschrift für demokratisierung der arbeitswelt, Abschlussheft Wien 2012
- Rote Revue – Zeitschrift für sozialistische Politik, VSSTÖ-Wien, 1970-73, Wien
- SLP, 1950 – Der große Oktoberstreik, Wien 2000
- SLP, Keine faulen Kompromisse – Vorwärts zum Sozialismus, Ein historischer Abriss unserer Arbeit und Methode, Wien 2005

- Sorger Claudia, Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ – Widerstand gegen Klima, in: Vorwärts 73, Wien 1997
- Sozialistische Jugend Österreich, Grundsatzprogramm,  
<https://www.sjoe.at/sjoe/grundsatzprogramm> zuletzt abgerufen am 8.5.2016
- Sozialistische Jugend Wien, 40 Jahre SJ Wien, Wien 1985
- SJ-Wien, Programm der SJ-Wien 1985, Wien
- Spira Leopold, KPÖ und SPÖ 1945-1982, in: SPÖ – Was sonst?
- SPÖ-Bundesparteivorstand, Die Eisenstädter Erklärung, in: Politik über den Tag hinaus
- SPÖ, Protokoll des 2. Bundesparteitags der SPÖ, Wien 1946

#### Onlinequellen:

- Austria Forum, <http://austria-forum.org/af/AEIOU/Verstaatlichung>, (18.5.2016)
- Demokratiezentrum:  
<http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/parteimitgliedschaft.pdf> (30.3.2016)
- Der Funke, Der Funke wird ein Feuer entfachen, 2007  
<http://www.marxist.com/der-funke-marxistische-stromung.htm> ( 2.4.2016)
- Der Funke, Wie weiter mit der Plattform „Wir sind SPÖ“?,  
<http://derfunke.at/theorie/linke-stroemungen/1002-wie-weiter-mit-der-plattform-wir-sind-spoe>, (6.4.2016)
- Der Funke, ... zur Sonne, zur Freiheit - 110 Jahre Sozialistische Jugend, Wien, wahrscheinlich 2005, <http://www.derfunke.at/pdf/broschueren/sjgeschichte.pdf> (27.2.2016)
- Der Spiegel, Modell Österreich – abgewirtschaftet, 3/1982  
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14337288.html> (27.2.2016)
- Der Standard, Häupl: SPÖ-Politik „überprüfen“,  
[http://www.ifs.tuwien.ac.at/~andi/somlib/data/standard\\_1999/phrases/std\\_1999\\_5/files/19991012.63.HTM](http://www.ifs.tuwien.ac.at/~andi/somlib/data/standard_1999/phrases/std_1999_5/files/19991012.63.HTM) (28.2.2016)
- Der Standard, 9.2.2001, Bruno Aigner sieht für die SPÖ nur „eine rot-grüne Perspektive“,  
<http://derstandard.at/472416/Bruno-Aigner-sieht-fuer-SPOe-nur-eine-rot-gruene-Perspektive>, (28.2.2016)
- Die Presse, 29.8.2008,  
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/weltbisgestern/410159/print.do> (7.2.2016)
- Die Presse

- <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4603088/SPO-verliert-rund-10000-Mitglieder-jaehrlich?xtor=cs1-15> ( 30.3.2016)
- Kleine Zeitung,  
[http://www.kleinezeitung.at/k/politik/4956154/BezügeAffäre\\_Babler-hatte-drei-Einkommen-und-Spesentopf](http://www.kleinezeitung.at/k/politik/4956154/BezügeAffäre_Babler-hatte-drei-Einkommen-und-Spesentopf) (8.6.2016)
  - Linsinger Eva und Christa Zöchling Linsinger, SPÖ: Sekundentriumph und Katzenjammer, in profil (24.3.2007),  
<http://www.profil.at/home/spoe-sekudentriumph-katzenjammer-168354>, zuletzt abgerufen am 6.4.2016
  - Österreich, Oe24, Über 1000 „Wir sind SPÖ“-ler,  
<http://www.oe24.at/oesterreich/politik/Ueber-1000-Wir-sind-die-SPOe-ler/73085> (6.4.2016)
  - Sektion 8, Entstehungsgeschichte der Sektion 8,  
<http://www.sektionacht.at/380/entstehungsgeschichte-der-sektion-8/> (6.4.2016)
  - SPÖ-Aktionsprogramm 1947,  
[http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947\\_SPOE-Aktionsprogramm\\_01.pdf](http://www.renner-institut.at/uploads/media/1947_SPOE-Aktionsprogramm_01.pdf) (13.4.2016)
  - SPÖ-Parteiprogramm 1978,  
[http://www.renner-institut.at/uploads/media/1978\\_SPOE-Parteiprogramm\\_01.pdf](http://www.renner-institut.at/uploads/media/1978_SPOE-Parteiprogramm_01.pdf)
  - SPÖ-Steiermark, Lexikon der SPÖ-Steiermark,  
<http://steiermark.spoe.at/service/lexikon>, (2015)
  - [www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/flossmann.htm](http://www.univie.ac.at/biografiA/daten/text/flossmann.htm) (19.2.2016)
  - Vorarlberg Online  
<http://www.vol.at/blaha-und-kuba-treten-aus-der-spoe-aus/news-20070113-11342783>  
(27.2.2015)
  - Wiener Zeitung vom 6.7.2005,  
[http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/295601\\_Wider-das-Vergessen.html?em\\_cnt=295601](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/295601_Wider-das-Vergessen.html?em_cnt=295601) (8.6.2016)
  - [https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis\\_90/Die\\_Gr%C3%BCnen\\_Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen_Berlin) (26.2.2016)
  - <http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisky-Peter-Wiesenthal-Aff%C3%A4re>
  - [https://de.wikipedia.org/wiki/Verband\\_Sozialistischer\\_Studentinnen\\_und\\_Studenten\\_%C3%96sterreichs#Bekannte\\_28ehemalige.29\\_Bundesvorsitzende](https://de.wikipedia.org/wiki/Verband_Sozialistischer_Studentinnen_und_Studenten_%C3%96sterreichs#Bekannte_28ehemalige.29_Bundesvorsitzende) (7.2.2016)

#### Interviews und Mailverkehr:

- Amon Michael, April 2016
- Trausmuth Gernot, 28.4.2016
- Keller Fritz, 6.4.2016
- Kohlbacher Ali, 29.5.2016
- Kollmer Michael, 23.5.2016
- Lehner Peter Ulrich, 20.5.2016
- Mikolasch Franz, 28.4.2016
- Six Magdalena, 20.5.2016
- Zenker Tibor, 8.5.2016

## 8. Abstract (English)

### “The Stockholm syndrome of the Left in the SPÖ”

The Social Democratic Party (SPÖ) is one of the political organizations in Austria about which a lot of research has been done. Since its founding it has substantially changed in character from a party in the political system fighting for the interests of working class people to a well-established party implementing neoliberal reforms. This process hasn't happened without criticism in the SPÖ itself. Again and again different Left individuals or structures have tried to influence the party towards a more left political line and program.

This paper tries to look into the different attempts to push the party to the left. This is complicated, as there have been no permanent ongoing structures within the SPÖ following this aim. “The Left” has at different times been located in different structures (mainly of the youth) and has taken up different issues to battle over. So while this paper follows the events from 1945 until today, it also takes up different structures and topics important for the left.

While there are objective reasons for the strength or weakness of left forces within in the SPÖ such as the economic situation, the Cold War and the collapse of the Stalinist states, the main interest of this paper is to look into the work of the different left individuals and structures for lessons that can be learned.

The following three theses are formulated for this paper:

- From the start the Social Democracy in Austria formulated the dogma of “unity,” which has continued to be extremely dominant within “the Left.” This has led to the situation where opposition within the SPÖ lacked an alternative to organize outside the party and therefore could not use the threat of splitting as a means of pressure.
- There have always been Lefties within the SPÖ, but an organized left that intervened on an organized basis and went as far as challenging the leadership, its policy and its positions has never been formed.
- The Left in the SPÖ has always concentrated on the fields of youth work and education, both fields of work that have had no essential importance for the party and its politics. Especially in the trade unions, the social democratic Left has hardly existed.

The balance sheet of the social democratic Left has been a negative one: no major successes have been won, the course of the party has not changed and the Left itself has become more and more irrelevant and small. The reason for this work is personal interest, but also to draw lessons for future struggles of Lefties within the SPÖ and even more for new Left formations that will hopefully come in the future.

## 9. Abstract (Deutsch)

### “Das Stockholm-Syndrom der SPÖ-Linken“

Die SPÖ gehört zu den am meisten untersuchten politischen Organisationen in Österreich. Seit ihrer Gründung hat sie sich stark verändert: von einer Partei, die für die Interessen der Arbeiterklasse gekämpft hat, zu einer etablierten Partei die neoliberale Reformen umsetzt. Diese Veränderung fand nicht ohne Widerstand aus den eigenen Reihen statt. Immer und immer wieder haben verschiedene linke Einzelpersonen oder auch Organisationen der Sozialdemokratie versucht, die Partei in Richtung eines linkeren Programms und einer linkeren Politik zu beeinflussen.

Diese Arbeit untersucht die verschiedenen Versuche, die Partei nach links zu drücken. Das gestaltet sich insofern schwierig, als es keine durchgängig aktive Organisationsstruktur gibt, die dieses Ziel verfolgt. „Die Linke“ war zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Parteistrukturen verortet (häufig in den Jugendorganisationen) und hat den politischen Kampf um verschiedene Themen geführt. Die Arbeit untersucht die Arbeit von Linken in der SPÖ von 1945 bis heute doch wird dafür der Fokus in unterschiedlichen Perioden auf unterschiedliche Parteistrukturen und Themen gelegt.

Es gibt zweifellos objektive Gründe für die Stärke bzw. Schwäche der linken Kräfte innerhalb der SPÖ: die wirtschaftliche Situation, der Kalte Krieg und der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten. Doch das zentrale Interesse dieser Arbeit liegt darin, das Wirken der verschiedenen linken Einzelpersonen und Strukturen zu untersuchen, um daraus Lehren ziehen zu können.

Die folgenden drei Thesen wurden für diese Arbeit formuliert:

- In Österreich ist es der Sozialdemokratie seit ihren Anfängen gelungen, sich als einzige relevante Kraft auf der Linken zu etablieren und zu behaupten. Damit kam der Linken aber auch das Druckmittel der Abspaltung abhanden, da eine Organisation außerhalb unmöglich erschien.
- Es gab zwar immer Linke in der Partei, aber kaum eine organisierte Linke, die auch bereit war, die Machtfrage zu stellen und sich über das Fraktionsverbot hinweg zu setzen.
- Die Linken in der Sozialdemokratie konzentrierten ihre Arbeit auf Jugend- und Bildungsarbeit und damit auf Bereiche, die für den Kurs der Partei nie essentiell waren. In der gewerkschaftlichen Arbeit der österreichischen Sozialdemokratie gab es hingegen nie eine relevante Linke.

Die Bilanz der Linken in der SPÖ ist eine Negative: es konnten keine großen Erfolge errungen werden, der Kurs der Partei wurde nicht maßgeblich beeinflusst und die linken Kräfte

selbst wurden immer kleiner und unbedeutender.

Der Grund für diese Arbeit ist das persönliche Interesse an diesem Thema. Es geht aber auch darum, Lehren für die künftigen Kämpfe von Linken innerhalb der SPÖ zu ziehen aber v.a. auch für neue linke Formationen mit deren Entstehung zu rechnen ist.